

Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2008

des Landes Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

Inhaltsverzeichnis

0.	Zusammenfassung.....	I
I.	Gegenstand des Fortschrittsberichtes	1
II.	Ökonomische, soziale und demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt.....	3
II.1	Wirtschaftliche Entwicklung	3
II.2	Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit	8
II.3	Demografische Entwicklung	11
II.4	Zusammenfassende Bewertung der Konvergenzfortschritte und der Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt	13
III.	Finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Neuverschuldung.....	15
III.1.	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf der Landesebene.....	15
III.1.1	Ausgaben	15
III.1.2	Einnahmen	25
III.1.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung auf Landesebene in Sachsen-Anhalt.....	28
III.2	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in Sachsen-Anhalt auf der kommunalen Ebene	32
III.2.1	Ausgaben	32
III.2.2	Einnahmen	37
III.2.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt	40
III.3	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt.....	42
III.3.1	Ausgaben im Land Sachsen-Anhalt insgesamt	42
III.3.2	Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt insgesamt	45
III.3.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Entwicklung der Neuverschuldung im Land Sachsen-Anhalt insgesamt	47
III.4	Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt.....	48
IV.	Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Berichtsjahr 2006 in Sachsen-Anhalt.....	50
IV.1	Der investive Einsatz der SoBEZ.....	50
IV.2	Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)	51
IV.3	Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SoBEZ	53

V.	Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt im	
	Berichtszeitraum.....	56
V.1	Zur Ausgangssituation: Höhe und Struktur der Infrastrukturlücke.....	56
V.2	Infrastrukturinvestitionen des Landes Sachsen-Anhalt 2006	58
V.3	Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt	62
VI.	Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt.....	67
VII.	Ausblick.....	71

0. Zusammenfassung

Entsprechend den Vereinbarungen im Solidarpakt II erhalten die Länder Mittel in Form von Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft (SoBEZ) und übernehmen die politische Verantwortung für den Erfolg der Mittelverwendung. Die neuen Länder einschließlich Berlin legen dem Finanzplanungsrat dazu jährlich „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ vor, in denen ihre Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der Solidarpaktmittel und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder und Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Nettoneuverschuldung dargelegt sind. Die Fortschrittsberichte werden zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Finanzplanungsrat erörtert. Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt das Land Sachsen-Anhalt seine Verpflichtung im Rahmen des Solidarpaktfortführungsgesetzes und legt den Fortschrittsbericht für das Jahr 2008 vor.

Der Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2008 des Landes Sachsen-Anhalt dokumentiert erneut die Konvergenzerfolge, die Sachsen-Anhalt auch durch die Hilfe der Solidarpakt-Mittel erfahren hat. Im Umfeld der anziehenden Wirtschaftsdynamik in Deutschland konnte sich Sachsen-Anhalt bei zentralen volkswirtschaftlichen Indikatoren weiter verbessern (siehe Abschnitt II des Berichts).

Besonders schwierige Ausgangslage

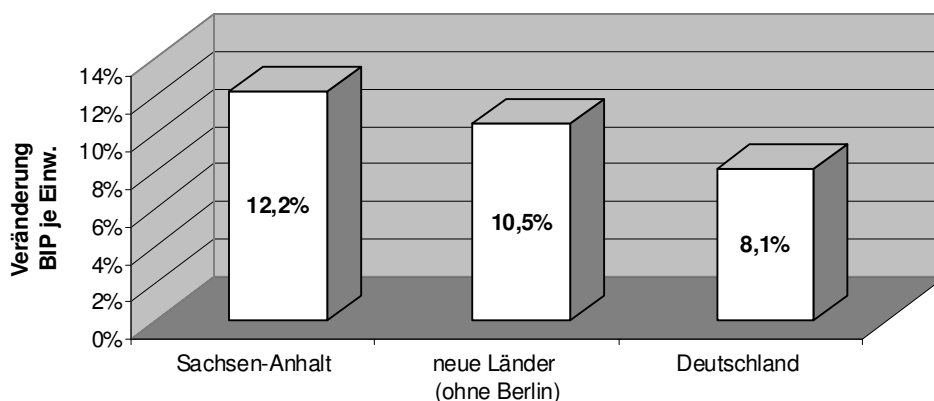
Die Ausgangslage nach der Wende war in Sachsen-Anhalt besonders schwierig. Der Zusammenbruch der Monostrukturen in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und Bergbau führte zum Verlust hunderttausender Industriearbeitsplätze und die schnelle Privatisierung führte nicht zu den erhofften Effekten auf dem Arbeitsmarkt. In vielen Fällen wurde eine Zweitprivatisierung notwendig. Insgesamt war der Systemwechsel 1989/90 in Sachsen-Anhalt mit besonderen Härten und hohen finanziellen Belastungen für das Land verbunden, die so von keinem anderen neuen Bundesland zu schultern waren. Diese Härten wirken bis heute nach und sind eine wesentliche Ursache für die nach wie vor viel zu hohe Arbeitslosigkeit, die etwa doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland. Zu nennen sind aber auch die immer noch zu hohen Personalbestände, die sukzessive abgebaut werden, weiterhin die teilungsbedingten Lasten für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR, die allein Sachsen-Anhalt mit jährlich rd. 400 Mio. Euro zu tragen hat. Weiterhin resultieren aus der demografischen Entwicklung sowohl ein relativer Einnahmerückgang (Steuern und Finanzausgleich) als auch erhöhte Pro-Kopf-Ausgaben auf Landes- und Kommunalebene.

Auswirkungen der Finanz- und Konjunkturkrise auch in Sachsen-Anhalt, aber insgesamt positive Entwicklung im gesamtdeutschen Vergleich

In der ersten Jahreshälfte 2008 hat die deutsche Konjunktur im Rahmen des üblichen zyklischen Verlaufsmusters an Dynamik eingebüßt, dennoch lagen die Wachstumsbeträge in Deutschland und in Sachsen-Anhalt weiter deutlich im positiven Bereich. Erst die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat den Wachstumskurs Sachsen-Anhalts im Herbst 2008 abrupt beendet und die deutsche Wirtschaft in die Rezession gestürzt. Auch die sachsen-anhaltische Wirtschaft wurde erfasst. Der massive Konjunkturreinbruch wird die Jahre 2009 und die folgenden in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten deutlich prägen; die Auswirkungen auf die Jahresergebnisse 2008 sind noch begrenzt und konzentrieren sich auf Umsatzeinbrüche in den exportorientierten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes im IV. Quartal.

Über weite Teile des Berichtszeitraumes von 2004 bis 2008 hat die sachsen-anhaltische Wirtschaft ein beachtliches Wachstumstempo gezeigt. Vor allem die gute Industriekonjunktur und eine positive Entwicklung bei den unternehmensnahen Dienstleistungen sorgten bis weit in das Jahr 2008 für ein robustes Wachstum. Die volkswirtschaftlichen Indikatoren zeigen die positive Entwicklung des Landes im gesamtdeutschen Vergleich.

Abbildung 0.1: Wachstum in Sachsen-Anhalt 2004-2008



Im Vergleich des Jahres 2008 gegenüber 2004 hatte **Sachsen-Anhalt**

- das zweithöchste Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe (+ 44,3 %),
- das zweitstärkste Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland (+ 12,2 %),
- sowie auch 2008 die günstigsten Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe bundesweit,
- Produktivitätsgewinne im vorderen Bereich bundesweit (+ 6,4 % / 3. Platz).

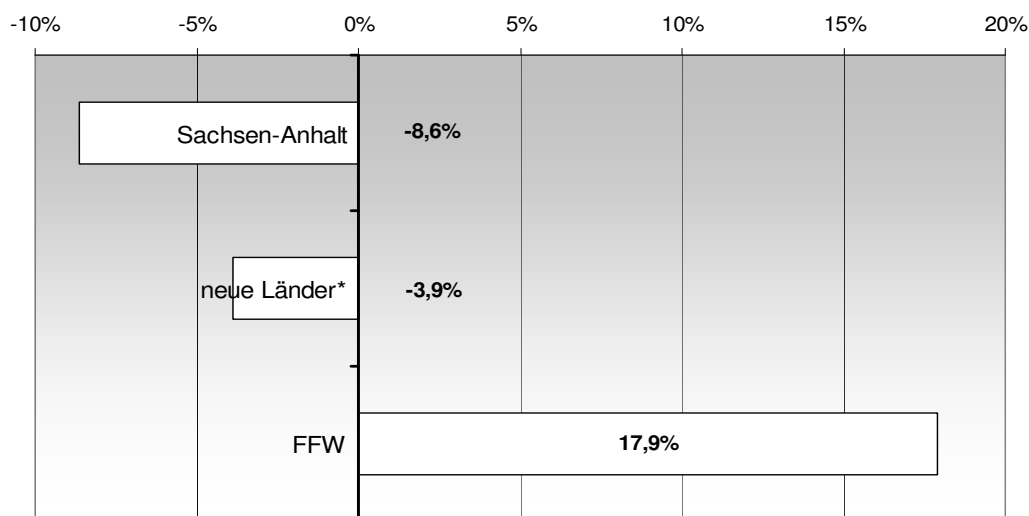
Zur kontinuierlichen, langfristigen Fortsetzung dieser Prozesse leisten die Solidarpaktmittel einen unverzichtbaren Beitrag, wie die bereits erreichten Erfolge bei Wachstum, Produktivität, Beschäftigung und Rückführung des Verbrauchsüberhangs belegen.

Konsolidierungsziele werden mit hoher Priorität verfolgt

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter mit hoher Priorität verfolgt. Land und Kommunen haben gerade in den letzten Jahren erhebliche Beiträge zur Ausgabensenkung und damit zur Begrenzung des Schuldenwachstums im Land geleistet. **Auf konsolidierter Landes- und Gemeindeebene wurde im Jahr 2008 gegenüber dem Ausgangsjahr 1995 des Solidarpakts eine nominale Ausgabenreduzierung um rd. 9 % erreicht (trotz neu hinzugetretener Ausgaben aus der Arbeitsmarktreform), während in den FFW im gleichen Zeitraum ein Anstieg um etwa 17 % zu verzeichnen war.**

Dazu hat beigetragen, dass das Land und seine Kommunen in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um die Personalbestände zu reduzieren. Im **Landeshaushalt** sind insbesondere durch die Stellenrückführungen bereits Erfolge zu verzeichnen. Auch die vorgenommenen Eingriffe in Leistungsgesetze des Landes haben Konsolidierungsbeiträge erbracht. Insgesamt hat das Land Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995 bis 2008 die Ausgaben (zur Herstellung der Vergleichbarkeit ohne Ausgaben Hartz IV) stärker zurückgeführt als dies im Durchschnitt der neuen Länder und der FFW der Fall war, s. Abbildung 0.2.

Abbildung 0.2: Konsequente Haushaltskonsolidierung in Sachsen-Anhalt - Ausgabenentwicklung im Landeshaushalt 1995-2008



*ohne Berlin

Der Bericht zeigt weiterhin, dass **das Land bei den gegenwärtigen durch einen hohen Anteil bundesgesetzlicher Verpflichtungen bestehenden Ausgabenstrukturen nicht in der Lage wäre, Investitionen ohne Solidarpakttransfers überhaupt durchzuführen. Damit sind die empfangenen SoBEZ die grundlegende Voraussetzung für die weitere Schließung der Infrastrukturlücke.** Darüber hinaus wird eine nachhaltige Konsolidierung auf der Landes- und Kommunalebene mittelfristig weiter zur Verbesserung der Haushaltsstruktur beitragen. **Die Landesregierung hat 2007 erstmals einen Haushalt ohne Neuverschuldung abgeschlossen. Dies konnte – trotz des sich verschlechternden gesamtwirtschaftlichen Umfeldes – auch 2008 erreicht werden.**

Grundsätzlich muss in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs Vorsorge für konjunkturell schlechtere Zeiten getroffen werden. Deshalb hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren eine Steuerschwankungsreserve gebildet, der 2007 und 2008 Mittel in Höhe von 73 Mio. Euro zugeführt wurden. Für 2009 sollen entsprechend dem verabschiedeten Nachtrag 25 Mio. EUR eingezahlt werden.

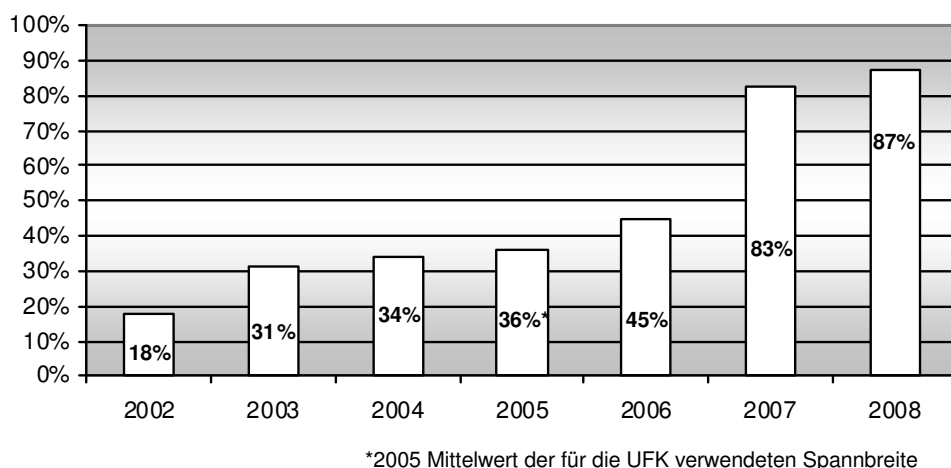
Es bleibt jedoch festzustellen, dass den fiskalischen Erfolgen teilweise zunächst volkswirtschaftliche Kosten gegenüberstehen, da sie kurzfristig zu einer Verminderung von Wirtschaftsleistung und Beschäftigung führen. Die positiven Wirkungen der Konsolidierungspolitik Sachsen-Anhalts werden daher erst mittel- bis langfristig einsetzen. Dies ist ein Grund dafür, dass die Schließung der noch bestehenden Infrastrukturlücke trotz bereits erzielter Fortschritte ein längerfristiger Prozess bleibt.

SoBEZ-Verwendungsnachweis 2008

Zum vorgelegten Verwendungsnachweis für die empfangenen SoBEZ 2008 lässt sich Folgendes feststellen (siehe auch Teil IV bzw. Tabelle IV.3.1 des Berichts):

- **Unter Zugrundelegung des vereinbarten Berechnungsschemas ergibt sich ein Nachweis von rd. 87 % der SoBEZ und damit im Bereich der *investiven* Verwendung eine kontinuierliche Steigerung seit 2002.**

Abbildung 0.3: Entwicklung des Nachweises der Verwendung der empfangenen SoBEZ (ohne teilungsbedingte Sonderlasten)



- Auf der Ausgabenseite sind die eigenfinanzierten Investitionsausgaben in Sachsen-Anhalt 2008 gegenüber 2007 etwa konstant geblieben. Gleichwohl hat sich der investive Anteil des SoBEZ-Nachweises um rd. 6 Prozentpunkte erhöht, da die anzurechnende Kredittilgung stärker als 2007 ausfiel. Gleichzeitig fiel der anrechenbare Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft um 2 Prozentpunkte. Sachsen-Anhalt wird in den nächsten Jahren weiter um eine hohe Nachweisquote bemüht sein, was angesichts der Folgen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ohne Weiteres zu erreichen sein wird. Da sich der Nachweis zudem allein auf den haushalterischen Investitionsbegriff stützt, darf gleichzeitig die hohe Gewichtung der Zukunftsausgaben (z. B. für Bildung und Forschung) nicht außer Acht bleiben. Hier gilt es, einen finanzierbaren Kompromiss zu finden.
- Ein wesentliches Ergebnis des Berichts ist die Feststellung, dass die neuen Länder – und somit auch Sachsen-Anhalt – ohne die SoBEZ nicht in der Lage wären, überhaupt überproportionale Investitionen zu tätigen.** Es müssten dann tiefe und irreversible Einschnitte in jene freiwilligen Leistungen gemacht werden, die zwar nach der Haushaltssystematik als konsumtiv gelten, tatsächlich aber investiven Charakter haben und standortpolitisch von größter Bedeutung sind. Dazu zählt vor allem die Finanzierung der Universitäten, Fachhochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen. Der Zusammenhang zwischen empfangenen SoBEZ und den überproportionalen Investitionen besteht somit unmittelbar. In diesem Zusammenhang wird auch die Einschätzung des Bundes in seiner Finanzplanung 2006 - 2010 verwiesen, nach der

„... die Einordnung einer Ausgabe als Investition nicht unbedingt gleichbedeutend mit ihrer höheren Qualität gegenüber konsumtiven Ausgaben ist. Dies zeigt ein Blick auf die Bereiche Forschung und Bildung, Kinder oder

Umwelt, bei denen auch viele im haushaltsrechtlichen Sinne ‚konsumtive‘ Ausgaben tatsächlich ‚Investitionen in die Zukunft‘ bedeuten.“

- Nach der geänderten Rechtslage des Solidarpakts II sind die Ausgaben für die teilungsbedingten Sonderlasten (z. B. Aufwendungen für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR) außerhalb von Infrastrukturausgaben nicht mehr auf die SoBEZ-Verwendung anrechenbar. Dies reduziert seit 2005 die Verwendungsquote, ebenso wie die verminderte Anrechenbarkeit der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK) aufgrund der Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs (LFA) und die Auswahl des Referenzlandes (2008 Bremen).

Weiterhin hohe Investitionen in die Infrastruktur

Die Darstellung der Investitionsaktivitäten des Landes und seiner Kommunen (siehe Abschnitt V des Berichts) zeigt, dass die Infrastrukturausgaben in den *vergangenen* Jahren zwar sukzessive reduziert wurden, um zwischenzeitliche Einnahmeausfälle und steigende Ausgaben zu kompensieren. **Die vorgelegten Indikatoren belegen jedoch, dass Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren und so auch 2008 deutlich höhere Ausgaben für Infrastrukturinvestitionen je Einwohner geleistet hat wie die Vergleichsländer West.** Dies zeigt den hohen Stellenwert der Infrastrukturinvestitionen, die weiter zum Schließen der Infrastrukturlücke beigetragen haben **und besonders in jene Bereiche gelenkt wurden, in denen hauptsächlich Infrastrukturlücken bestehen** (siehe Teil V des Berichts).

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die **Mittel für den Aufbau Ost entscheidend dazu beigetragen haben, dass die Rahmenbedingungen verbessert werden konnten** und sich Sachsen-Anhalt kontinuierlich zu einem attraktiven und erfolgreichen Industrie- und Dienstleistungsstandort entwickelt. Diese gestiegene Wettbewerbsfähigkeit hat auch 2008 zu weiteren bedeutenden Ansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen geführt, wie z. B. die Petraluxe GmbH in Aschersleben, Herstellung von keramischem Feinsteinzeug, oder die Firma Jungheinrich AG in Landsberg, Herstellung von Flurfördermitteln (Gabelstapler). Weitere bedeutende Investitionen erfolgten in Barleben - Getriebetechnik Magdeburg GmbH - sowie in Tangermünde - Tangermünder Holzpellet GmbH -. Unter den inzwischen in Sachsen-Anhalt angesiedelten Unternehmen befinden sich Investoren aus Italien, Belgien, den USA, Australien, Japan, Großbritannien und der Schweiz. Seit 1991 haben ausländische Investoren insgesamt mehr als 9 Mrd. Euro investiert und über 36.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen. Dies belegt die hohe Attraktivität des Standortes Sachsen-Anhalt.

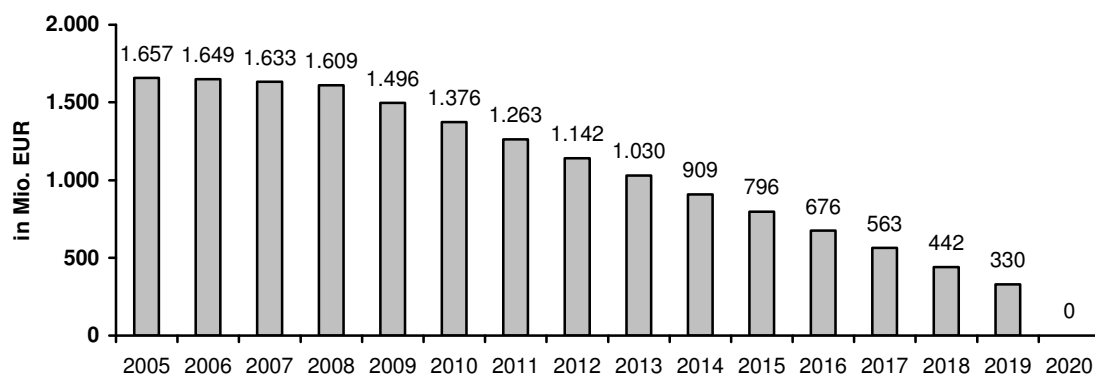
Zu den **Leistungen aus dem „Korb II“ des Solidarpakts II** haben Bund und Länder im November 2006 eine Vereinbarung über die weitere Ausgestaltung der zugesagten Mittel getroffen. Diese sieht vor, dass die Politikfelder Wirtschaft, Verkehr, Wohnungs- und Städtebau sowie Förderung von Forschung und Entwicklung, Innovation und Bildung die Kernbereiche der Korb-II-Förderung bilden. Dabei sollen die Zahlungen insgesamt degressiv ausgestaltet werden, so dass von rd. 6 Mrd. Euro im Jahr 2005 ein Rückgang bis 2012 auf unter 4 Mrd. Euro und letztmalig knapp 2 Mrd. Euro im Jahr 2019 vorgesehen ist (siehe Teil VI des Berichts).

Insgesamt ist festzuhalten, dass der Bericht in vielen Bereichen die laufenden Anpassungsprozesse in Sachsen-Anhalt aufgezeigt hat, die vom Land und seinen Kommunen im eigenen Interesse konsequent verfolgt werden. Trotz zeitweise schwieriger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen haben das Land und seine Kommunen mit Hilfe der Solidarpaktmittel den Abbau der Infrastrukturdefizite weiter vorangetrieben und entsprechende Konvergenzfortschritte erreicht. **So hat Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum seine Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern und wichtige internationale Ansiedlungserfolge bewirken können. Dies zeigt, dass der Aufbau Ost eine lohnende Zukunftsinvestition für ganz Deutschland ist.**

I. Gegenstand des Fortschrittsberichtes

Der Fortschrittsbericht dokumentiert die Fortschritte des Landes Sachsen-Anhalt beim wirtschaftlichen Aufholprozess und den diesbezüglichen Einsatz der Solidarpaktmittel. Das Land Sachsen-Anhalt hat wie auch die anderen neuen Länder – einschließlich des Landes Berlin – im Rahmen des Solidarpakt I von 1995 bis 2004 Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft (SoBEZ) erhalten. Entsprechend dem Solidarpakt II werden ab 2005 SoBEZ zum Ausgleich der teilungsbedingten Sonderlasten aus der bestehenden Infrastrukturlücke und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft weiter bereitgestellt. Dabei ist die jährliche Zuweisung degressiv ausgestaltet, so dass letztmalig im Jahr 2019 eine Zahlung erfolgt. Die Degression der dem Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellten Mittel ist in Abbildung I.1 dargestellt.

Abbildung I.1: Degressive Ausgestaltung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in den Jahren 2005 bis 2019



Neben der Gewährung der SoBEZ hat der Bund zugesagt, in einem Korb II den neuen Ländern weitere rd. 51 Mrd. Euro an überproportionalen Leistungen zur Verfügung zu stellen. Dazu haben Bund und Länder im November 2006 eine Vereinbarung getroffen, die die Bestandteile des Korbs II definiert und deren Fortführung bis zum Jahr 2020 festlegt (siehe Teil VI des Berichts).

Die neuen Länder einschließlich des Landes Berlin legen dem Finanzplanungsrat jährlich „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ vor, in denen die Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der Mittel aus dem Solidarpakt II und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder und Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Nettoneuverschuldung dargelegt sind. Die Fortschrittsberichte werden zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Finanzplanungsrat erörtert.

Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt das Land Sachsen-Anhalt seine bundesgesetzliche Verpflichtung für das Jahr 2008.

Methodik

Zur Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen sowie der Fortschritte beim Abbau der noch immer vorhandenen erheblichen infrastrukturellen Defizite orientiert sich die Darstellung an einem gleitenden Fünfjahreszeitraum. Im vorgelegten Bericht werden alle Daten des Landeshaushaltes auf Grundlage des endgültigen Haushaltsabschlusses 2008 ermittelt (Stand 10. März 2009). Seit 2007 werden die Darstellungen zur Haushaltsentwicklung des Berichtsjahres nicht mehr um die Einnahmen und Ausgaben des Landes im Zusammenhang mit der Fluthilfe bereinigt, da die Auswirkungen nur geringfügig sind. Lediglich in Zeitreihen erfolgt eine solche Bereinigung.

Als Referenzwert für den Vergleich der Entwicklung Sachsens-Anhalts wird vereinbarungsgemäß der *Pro-Kopf-Durchschnitt der finanzschwachen Westflächenländer (FFW)*, bestehend aus den Ländern Niedersachsen (NI), Rheinland-Pfalz (RP), Schleswig-Holstein (SH) und dem Saarland (SL) herangezogen. Als Referenzzeitraum wurde der Zeitraum 2004 bis 2008 zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung der Pro-Kopf-Zahlen wurde jeweils vom Einwohnerstand zum 30. Juni des Jahres ausgegangen.

Für den Verwendungsnachweis der SoBEZ ist der Wegfall der Anrechnungsfähigkeit der teilungsbedingten Lasten außerhalb der Infrastruktur von enormer Bedeutung. Deshalb werden zur besseren Vergleichbarkeit die Werte in neuer Abgrenzung auch rückwirkend bis 2002 dargestellt. Entsprechend der am 12. Juni 2006 erfolgten Abstimmung der Länderfinanzminister mit dem Bundesminister der Finanzen wird seit 2005 auch der Bereich der Schuldendiensthilfen (ohne Wohnungsbau) einvernehmlich in den Nachweis einbezogen, da diese für investive Zwecke gewährt werden und lediglich eine andere Form der Förderung darstellen (auch nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost war eine Förderung von Schuldendiensthilfen möglich). Für die Berechnung der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK) wird aufgrund der Vereinbarung in der Sitzung des Finanzplanungsrates vom November 2006 ab dem Berichtsjahr 2006 für jedes Land der genau berechnete Wert entsprechend der Methodik des BMF (2008 Referenzland Bremen als finanzschwächstes Bundesland West) angesetzt.

II. Ökonomische, soziale und demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt

II.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Zentraler Indikator für den Konvergenzprozess der neuen Länder ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner. Die Normierung auf die Einwohnerzahl ist notwendig, um den Unterschieden zwischen den Bundesländern in Größe bzw. Bevölkerungsstärke Rechnung zu tragen und die Aussagefähigkeit des Ländervergleichs zu gewährleisten. Tabelle II.1.1 zeigt die Entwicklung des realen BIP je Einwohner in den einzelnen Bundesländern und in Deutschland insgesamt im Jahr 2008.

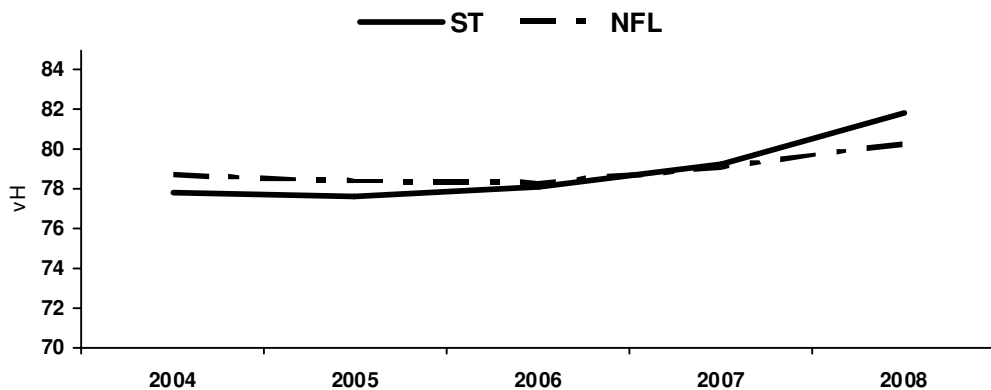
Tabelle II.1.1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2008

	in jeweiligen Preisen		preisbereinigt	preisbereinigt, verkettet je EW
	in Euro	in % des bundes- deutschen Durch- schnitts	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Wachstums- rate 2008/2004
Sachsen-Anhalt	22.427	73,9	3,0	12,2
Saarland	30.168	99,4	2,2	13,2
Mecklenburg-Vorpommern	21.439	70,7	2,0	10,6
Bremen	41.918	138,1	2,0	9,2
Niedersachsen	26.902	88,7	1,9	9,3
Thüringen	21.875	72,1	1,9	11,1
Nordrhein-Westfalen	30.113	99,2	1,7	6,3
Hamburg	50.640	166,9	1,7	4,8
Sachsen	22.620	74,5	1,6	10,0
Rheinland-Pfalz	26.623	87,7	1,5	7,1
Brandenburg	21.721	71,6	1,5	8,6
Bayern	35.530	117,1	1,4	8,6
Hessen	36.382	119,9	1,3	7,2
Schleswig-Holstein	25.945	85,5	1,1	4,9
Berlin	25.554	84,2	1,1	6,0
Baden-Württemberg	33.876	111,6	0,5	9,0
Deutschland	30.343	100,0	1,5	8,1

Im Zeitraum von 2004 bis 2008 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner um 12,2 %. Damit verzeichnete Sachsen-Anhalt das zweitstärkste Wachstum in Deutschland.

Wie Abbildung II.1.1. zeigt, konnte Sachsen-Anhalt den Konvergenzprozess zu den FFW erfolgreich fortführen. Betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner im Jahr 2004 erst 78 %, so verbesserte sich dieser Wert bis 2008 auf 82 %. Damit liegt Sachsen-Anhalt über den Durchschnittswert der neuen Flächenländer (NFL).

Abbildung II.1.1: Entwicklung des BIP je Einwohner in Sachsen-Anhalt und den NFL in % des Durchschnittswertes der FFW



In den meisten Wirtschaftsbereichen Sachsens-Anhalts hat die Bruttowertschöpfung in den zurückliegenden Jahren deutlich zugenommen, siehe Tabelle II.1.2.

Tabelle II.1.2: Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW in %

	ST	FFW	ST	FFW
	2008/2004	2008/2004	2008/2007	2008/2007
1. alle Wirtschaftsbereiche	7,9	8,5	1,9	1,5
2. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	-11,8	-9,9	9,8	4,9
3a. Produzierendes Gewerbe insgesamt	25,7	10,9	4,8	1,2
3b. Produzierendes Gewerbe ohne Bau	35,5	12,6	4,2	0,8
3.1 Verarbeitendes Gewerbe	44,3	17,2	4,8	2,0
3.2 Baugewerbe	-5,8	-0,2	7,9	4,2
4. Dienstleistungsbereiche	1,7	7,7	0,3	1,5
4.1 Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,5	6,8	1,8	1,8
4.2 Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	7,8	10,1	1,5	1,6
4.3 Öffentliche und private Dienstleister	-3,2	5,8	1,6	1,2

Insgesamt betrachtet war der Wertschöpfungszuwachs in Sachsen-Anhalt im Mehrjahresvergleich 2004 zu 2008 etwas verhaltener als in den FFW, im Jahresvergleich 2007/2008 legte die Bruttowertschöpfung in Sachsen-Anhalt etwas stärker zu als in den FFW.

Die Ursachen liegen im Bereich Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, der stärker rückläufig war als im Durchschnitt der FFW und in der schwächeren Entwicklung des Baugewerbes, wo die Strukturbereinigung zunächst noch andauerte, was sich in einer deutlich rückläufigen Wertschöpfung im Mehrjahresvergleich 2004/ 2008 niedergeschlagen hat. Inzwischen scheint der Anpassungsprozess weitgehend bewältigt zu sein. Im Jahresvergleich 2008/2007 ist die Wertschöpfung im Baugewerbe in Sachsen-Anhalt deutlich gestiegen – sogar stärker als im Durchschnitt der FFW.

Die Bruttowertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister Sachsens-Anhalts war im Berichtszeitraum insgesamt rückläufig, während sie in den FFW deutlich zunahm. Hier schlagen sich die konsequenten Konsolidierungsanstrengungen des Landes und der Kommunen nieder, die auch einen sukzessiven, nachhaltigen Abbau von Personal im öffentlichen Dienst beinhalten. Bei einem positiven Wertschöpfungsbeitrag der privaten Dienstleister zieht der schrumpfende öffentliche Sektor das Gesamtergebnis dieses Wirtschaftsbereichs im Berichtszeitraum 2004-2008 ins Negative. Im aktuelleren Vorjahresvergleich 2007/2008 kompensieren aber Zuwächse der privaten Dienstleistungen die rückläufige Wertschöpfung bei den öffentlichen Dienstleistungen wieder.

Im Verarbeitenden Gewerbe, sowie im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister war eine positive Veränderungsrate zu verzeichnen. **Das Verarbeitende Gewerbe Sachsens-Anhalts wies weiterhin eine überdurchschnittliche Wachstumsdynamik auf. Die reale Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes stieg 2008 gegenüber 2004 um 44,3 %, während sie in den FFW nur um 17,2 % anstieg. Diese Tatsache ist besonders hervorzuheben, da dem Verarbeitenden Gewerbe für den gesamten weiteren gesamtwirtschaftlichen Konvergenzprozess eine herausragende Rolle zukommt.**

Als Folge des Wachstums bei gleichzeitig moderater Lohnentwicklung hat sich die Produktivität (gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) weiter verbessert. Seit 2006 gehen diese Produktivitätsfortschritte auch mit einem Beschäftigungsaufbau einher, anders als in den Vorjahren, in denen Produktivitätsgewinne zumeist noch mit einem Abbau von Beschäftigung einher gingen. **Bundesweit liegt Sachsen-Anhalt 2008 gegenüber 2004 mit real + 6,4 % bei den Produktivitätsgewinnen im vorderen Bereich (3. Platz) und kann 2008 mit + 1,1 % auf den besten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs unter**

allen Bundesländern verweisen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat Sachsen-Anhalt 2008 mit 72 % des Bundesdurchschnitts **die günstigsten Lohnstückkosten in Deutschland** und erweist sich somit gerade in diesem Bereich als besonders wettbewerbsfähig.

Der Vergleich der Sektorstruktur in Sachsen-Anhalt und den FFW in der Tabelle II.1.3 zeigt, dass die industrielle Basis in den neuen Ländern zwar immer noch etwas kleiner ist als in den alten Ländern, der Abstand zu den FFW sich jedoch langsam verringert. Während der Bereich „Produzierendes Gewerbe ohne Bau und Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ anteilmäßig noch unter dem Wert der FFW liegt, ist die Bauwirtschaft dagegen in Sachsen-Anhalt trotz des in den letzten Jahren erfolgten Schrumpfungsprozesses immer noch ein höheres Gewicht als in den alten Ländern. Auch der Anteil der öffentlichen und privaten Dienstleister liegt mit 26,3 % in Sachsen-Anhalt über dem der FFW.

Tabelle II.1.3: Wirtschaftsstruktur: Anteil der Bruttowertschöpfung (BWS) 2008 nach Wirtschaftsbereichen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW in %

	ST	FFW
1. alle Wirtschaftsbereiche	100,0	100,0
2. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	1,8	1,4
3. Produzierendes Gewerbe ohne Bau	25,5	25,7
4. Baugewerbe	6,0	4,4
5. Handel, Gastgewerbe und Verkehr	19,5	18,7
6. Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	20,9	26,0
7. Öffentliche und private Dienstleister	26,3	23,8

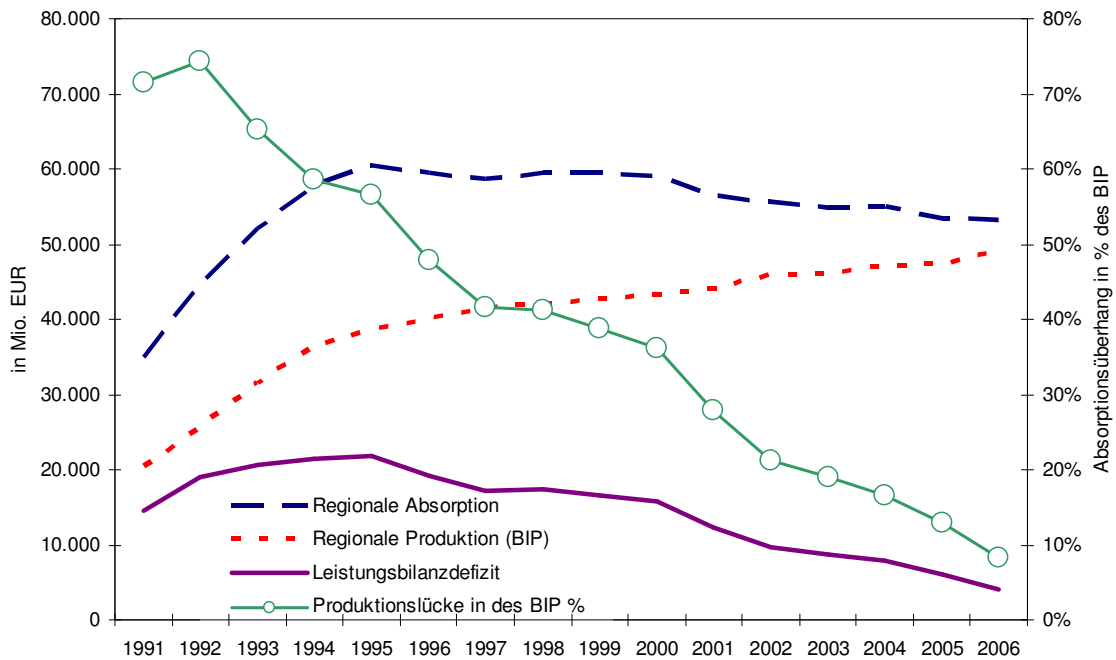
Die Anpassungsfortschritte Sachsens-Anhalts kommen auch in der deutlich rückläufigen Produktionslücke („Leistungsbilanzdefizit“) des Landes zum Ausdruck, siehe Abbildung II.1.2. Sie berechnet sich als die Differenz zwischen dem Verbrauch von Haushalten, Unternehmen und öffentlicher Hand einerseits und dem regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) andererseits. Die Produktionslücke in % des BIP gibt an, um welchen Prozentsatz das Bruttoinlandsprodukt wachsen müsste, damit es dem regionalen Verbrauch gleicht.

Während die Produktionslücke im Jahr 1991 noch 71 % des BIP betrug, sank sie bis 2006¹ auf 8 %. Gegenüber 2004 wurde ein Rückgang um 9 Prozentpunkte erreicht. Dafür verantwortlich ist zum einen die stetig wachsende Produktion (BIP) und zum anderen der seit 1995 rückläufige regionale Verbrauch. Sachsen-Anhalt deckt seinen Verbrauch somit zu-

¹ aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor (Quelle: VGR der Länder)

nehmend aus der eigenen wirtschaftlichen Leistungskraft. Dazu leisten die Solidarpaktmittel die Erfolge bei Wachstum, Produktivität und Beschäftigung, die unter anderem mit Hilfe der Solidarpaktmittel erzielt wurden, einen wichtigen Beitrag.

Abbildung II.1.2: Rückläufige Produktionslücke in Sachsen-Anhalt



Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Sachsen-Anhalt deutliche Konvergenzfortschritte erzielt hat, sowohl bei der Wertschöpfung als auch bei der Entwicklung der sektoralen Wirtschaftsstruktur.

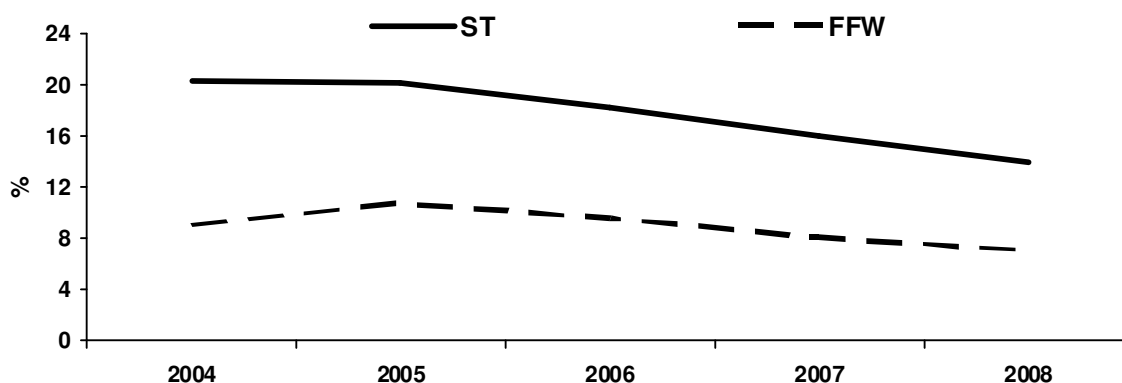
Noch ist nicht abzusehen, wie sich die Wirtschaftskrise auf den Konvergenzprozess auswirken wird. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten jedoch, dass die gesamtwirtschaftlichen Einbußen in den neuen Ländern geringer ausfallen als in Westdeutschland.

II.2 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Über das Jahr 2008 hinweg blieb die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt deutlich unter Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt waren 175.081 Personen arbeitslos. Das war die geringste Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt seit 1992. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug 14,0 % (2007: 16,0 %). Auch im ersten Halbjahr 2009 ging die Arbeitslosigkeit trotz des Konjunkturreinbruchs weiter zurück.

Trotz dieser Erfolge ist die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt - wie auch in allen anderen neuen Ländern - immer noch fast doppelt so hoch wie in den FFW, vgl. Abbildung II.2.1 zeigt

Abbildung II.2.1: Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) in Sachsen-Anhalt sowie den FFW, Jahresdurchschnittswerte von 2004 bis 2008



Mit durchschnittlich 14,0 % wies Sachsen-Anhalt im Jahr 2008 weiterhin die zweithöchste Arbeitslosenquote in Ostdeutschland auf. Allerdings sank die **Anzahl** der Arbeitslosen 2008 gegenüber dem Jahr 2004 um 33,4 %, dies war der zweitstärkste Rückgang im Vergleich der neuen Länder – nach Thüringen.

Wie Tabelle II.2.1 zeigt, ist in Sachsen-Anhalt die Arbeitslosen**quote** im Referenzzeitraum mit am stärksten zurückgegangen (- 31 %).

Tabelle II.2.1: Veränderung der Arbeitslosenquote 2008 gegenüber 2004 bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen (2004=100)

Bundesland	2008/2004
Bayern	61
Baden-Württemberg	66
Thüringen	68
Sachsen-Anhalt	69
Mecklenburg-Vorpommern	69
Brandenburg	70
Sachsen	72
Rheinland-Pfalz	73
Deutschland	74
Schleswig-Holstein	78
Berlin	79
Saarland	79
Niedersachsen	80
Hessen	80
Nordrhein-Westfalen	83
Hamburg	83
Bremen	86

Die Beschäftigungsentwicklung hat sich im Berichtszeitraum, getragen von der positiven konjunkturellen Entwicklung seit 2006, deutlich aufgehellt. Die Erwerbstätigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2008 um 1,4 % über dem Wert des Jahres 2004. Eine ähnliche Entwicklung war in allen neuen Ländern zu verzeichnen.

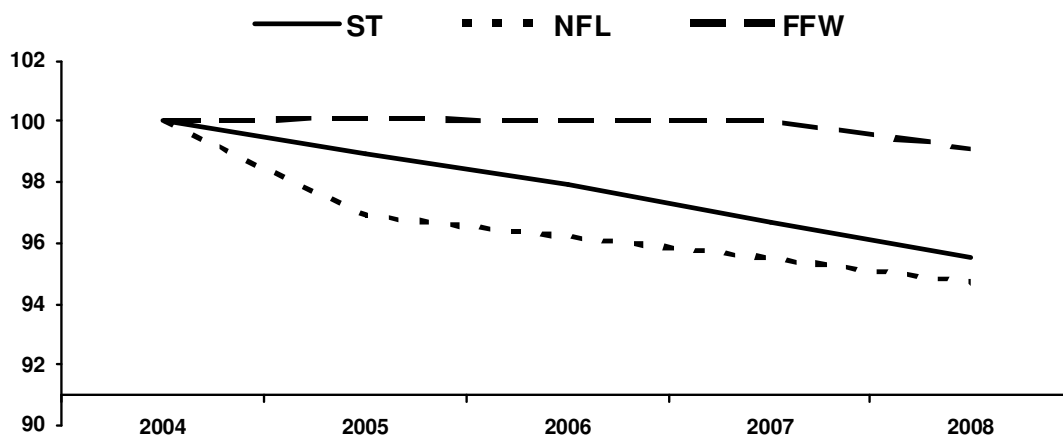
Tabelle II.2.2: Entwicklung der Erwerbsquote (Erwerbstätige je 1000 Einwohner) 2008 gegenüber 2004 (2004=100)

Bundesland	2008/2004
Mecklenburg-Vorpommern	106
Sachsen- Anhalt	106
Thüringen	105
Berlin	105
Sachsen	105
Hamburg	105
Rheinland-Pfalz	105
Brandenburg	105
Bayern	104
Niedersachsen	104
Nordrhein-Westfalen	104
Saarland	104
Baden-Württemberg	104
Schleswig-Holstein	104
Deutschland	104
Hessen	103
Bremen	103

II.3 Demografische Entwicklung

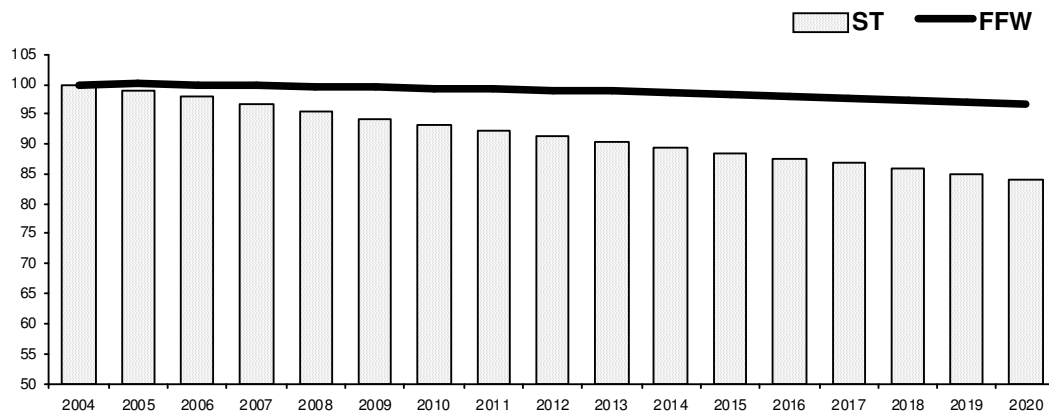
Das Land Sachsen-Anhalt hat in den zurückliegenden Jahren einen erheblichen Bevölkerungsverlust erlitten. Am 30.6.2008 lag die Einwohnerzahl um 4,7 % niedriger als am 30.6.2004. Im gleichen Zeitraum hatten die neuen Flächenländer insgesamt einen Bevölkerungsverlust von rd. 2,9 % und die finanzschwachen Westflächenländer ebenfalls einen leichten Einwohnerverlust in Höhe von rd. 0,4 % zu verzeichnen, siehe [Abbildung II.3.1](#). Verantwortlich für diese Entwicklung ist insbesondere der negative Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen, bedingt durch **im Durchschnitt zu geringe Zuwanderungen, aber auch ein überdurchschnittlich hohes Geburtendefizit**. Die Entwicklung ist auch in den anderen neuen Ländern ähnlich verlaufen, selbst Brandenburg, das zwischenzeitlich von Suburbanisierungsprozessen im Großraum Berlin profitierte, muss inzwischen wieder Bevölkerungsverluste verkraften. Nachdem die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt 2001 und 2002 gegenüber dem Vorjahr jeweils um rd. 1,3 % sank, hat sich der Bevölkerungsrückgang in den Jahren 2003 bis 2005 verlangsamt. Ab dem Jahr 2006 kam es zu einer erneuten Verstärkung.

Abbildung II.3.1: Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt seit 2004 im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern (FFW) und der Gesamtheit der neuen Flächenländer (NFL)/ 2004 = 100



Nach der 2007 vorgelegten 4. regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes wird sich der Bevölkerungsrückgang auch in den nächsten Jahren fortsetzen, siehe [Abbildung II.3.2](#). Längerfristig geht die Prognose davon aus, dass die Bevölkerungszahl des Landes von 2,412 Mio. Einwohner Ende 2007 bis 2020 auf rd. 2,115 Mio. Einwohner sinkt (-12 Prozent). Im Vergleich hierzu rechnet das Statistische Bundesamt für die FFW bis zum Jahr 2020 nur mit einem leichten Bevölkerungsrückgang um etwa 3 Prozent.

Abbildung II.3.2: Bevölkerungsprognose für den Zeitraum von 2004 bis 2020 in Sachsen-Anhalt und den finanzschwachen Westflächenländern (FFW) im Vergleich (2004 = 100)



Aus den durch die Prognose aufgezeigten demografischen Entwicklungen resultieren sowohl auf Länder- als auch auf Kommunalebene erhebliche **fiskalische Anpassungslasten, die zusätzlich zu den Aufbaulasten von den neuen Ländern zu tragen sind und denen in den alten Ländern in den nächsten Jahren kaum vergleichbare Lasten gegenüberstehen**. Sachsen-Anhalt verliert mit jedem Einwohner, der das Land verlässt, gegenwärtig etwa 2.400 Euro pro Jahr an Steuereinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Die Landesregierung wird auch aus diesem Grund durch entsprechende Gegenmaßnahmen dazu beitragen, den Bevölkerungsrückgang nach Möglichkeit zu verlangsamen. In einem ersten Schritt hat die Landesregierung ein Familienfördergesetz mit konkreten Maßnahmen beschlossen. Außerdem wurden Forschungs- und Modellprojekte auf den Weg gebracht, wie „Ländliche Lebensmodelle für junge Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt“ und „Innovative Ansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels – Generationswechselmanagement in Sachsen-Anhalt“.

Eine Studie über die Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass in Sachsen-Anhalt neben der eher durchschnittlichen Abwanderung und dem Geburtendefizit insbesondere die **geringere Zuwanderung** ein Problem darstellt. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf für künftige politische Entscheidungen, um eine höhere Attraktivität des Standorts und Lebensraums Sachsen-Anhalt zu bewirken. Im Juli 2007 hat die Landesregierung die Fortschreibung 2007 des Handlungskonzeptes „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ beraten und weitergehende Prüfaufträge an die Landesverwaltung erteilt. Nach Vorliegen der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose, die für Ende 2009 erwartet wird, wird eine Fortschreibung des Handlungskonzeptes erfolgen.

II.4 Zusammenfassende Bewertung der Konvergenzfortschritte und der Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt

Wie das Kapitel II gezeigt hat, hat Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum deutliche Konvergenzfortschritte aufzuweisen. Dies betrifft namentlich die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit und das stetige Wachstum der industriellen Produktion. Der Unternehmensbesatz ist allerdings weiterhin sehr kleinbetrieblich strukturiert; Großunternehmen beziehungsweise Unternehmenszentralen bleiben Einzelercheinungen. Zugleich haben sich vor allem mittelständische Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes kräftig entwickelt und ihre betriebliche Substanz ausgebaut. Solche strukturellen Veränderungen vollziehen sich üblicherweise sukzessive über längere Zeiträume. Beim Ausbau und bei der Entwicklung der Wirtschaftsstruktur hat Sachsen-Anhalt bereits deutliche Fortschritte erzielt; weitere Anpassungsfortschritte sind für eine langfristig tragfähige, finanziell eigenständige Wirtschaft notwendig. Die strukturelle Erneuerung Sachsens-Anhalts muss weiter vorangetrieben werden.

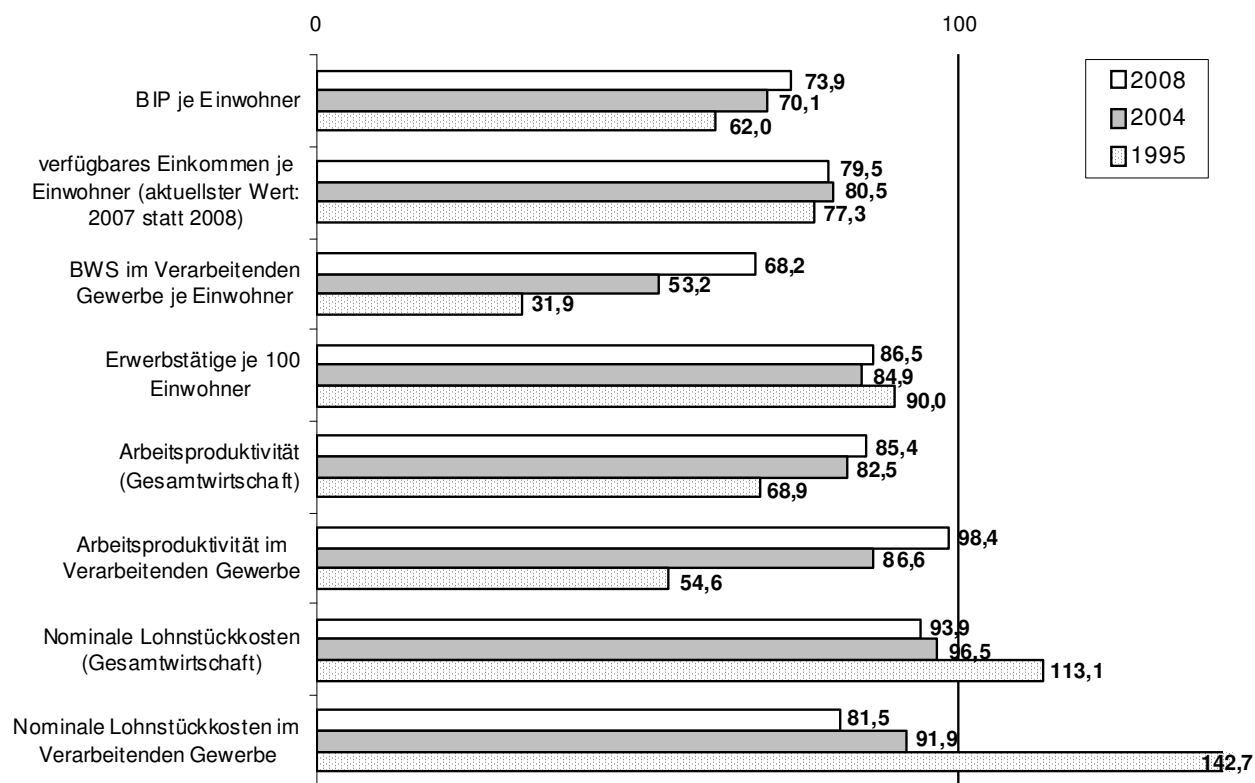
Auch auf anderen Feldern, wie besonders auf dem Arbeitsmarkt, gibt es – bei allen Erfolgen – noch erhebliche Entwicklungsrückstände, deren Beseitigung eine längerfristige Aufgabe bleibt. Über den zweifellos unabdingbaren Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung dürfen diese notwendigen strukturellen Herausforderungen daher nicht vernachlässigt werden.

Abbildung II.4.1 fasst den erreichten Anpassungsstand Sachsens-Anhalts anhand zentraler Konvergenzindikatoren zusammen. Sie zeigt, dass es Sachsen-Anhalt seit 1995 – dem Jahr der Einbeziehung der neuen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich – gelungen ist, beachtliche Konvergenzerfolge zu erzielen. So stieg das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 12 % und damit deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig haben hohe Produktivitätsgewinne und deutlich gesunkene Lohnstückkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nachhaltig verbessert. Zahlreiche Neuansiedlungen sind der Beleg für die günstigen Rahmenbedingungen und die neu gewonnene Attraktivität des Industriestandortes Sachsen-Anhalt.

Obwohl das Verarbeitende Gewerbe besonders dynamisch wächst, erreicht die gesamtwirtschaftliche Leistung im Jahr 2008 – bezogen auf die Einwohnerzahl – jedoch erst rd. 74 % des Bundesdurchschnitts. Ein Grund hierfür ist die immer noch vergleichsweise schmalere industrielle Basis in Sachsen-Anhalt. Obwohl die Wirtschaftsleistung überdurchschnittlich anstieg, hat sich bei den verfügbaren Einkommen der Rückstand zum Bundesdurchschnitt vergrößert. Auch hat das wirtschaftliche Wachstum bislang noch in zu gerin-

gem Umfang neue Arbeitsplätze mit sich gebracht, obwohl die Arbeitslosenquote von 16,0 % im Jahr 2007 auf 14,0 % im Jahr 2008 zurück ging.

Abbildung II.4.1: Zentrale Indikatoren zum erreichten Anpassungsniveau Sachsen-Anhalts im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (=100) in den Jahren 1995, 2004 und 2008



Die Solidarpaktmittel haben einen wesentlichen Beitrag zu den bereits erreichten Konvergenzerfolgen Sachsen-Anhalts geleistet. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zeigt, dass die Hilfen effektiv im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Ziele des Aufbaus Ost eingesetzt wurden und dass es dem Land zunehmend gelingt, sich aus seiner Transferabhängigkeit zu befreien. Gleichwohl sind die noch vorhandenen Entwicklungsrückstände unübersehbar und bedürfen auch künftig überdurchschnittlicher Investitionen.

Auch weiterhin sind große Anstrengungen erforderlich, um die Transferabhängigkeit Ostdeutschlands weiter zu reduzieren und das Konvergenzziel des Aufbaus Ost zu erreichen. In dieser Situation ist die mit dem Solidarpakt II geschaffene Planungssicherheit für den weiteren Prozess des Aufbaus Ost von großer Bedeutung, damit die Konvergenzerfolge verstetigt werden können und das Ziel – finanziell auf eigenen Beinen zu stehen – erreicht wird.

III. Finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Neuverschuldung

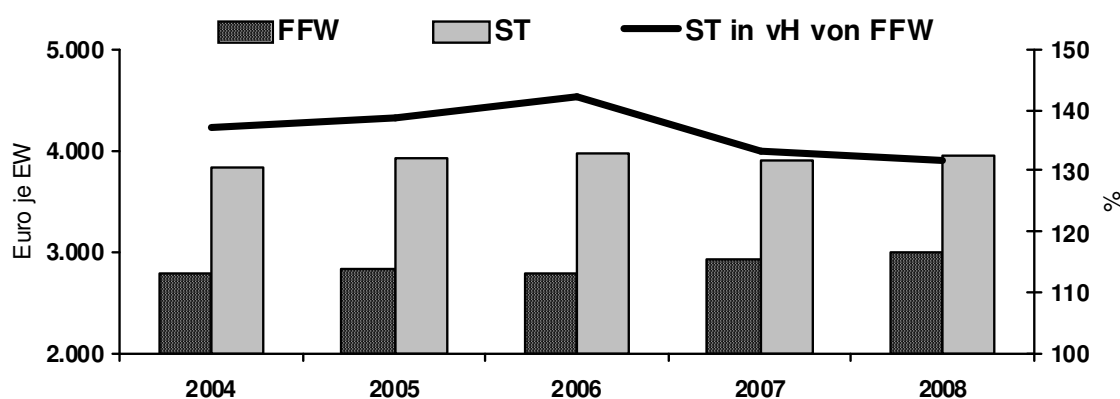
III.1. Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf der Landesebene

III.1.1 Ausgaben

Bereinigte Gesamtausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben² auf Landesebene sind von rd. 9,64 Mrd. Euro im Jahr 2004 absolut um 1,76 % auf rd. 9,81 Mrd. Euro im Jahr 2008 angestiegen, im Vergleich zu den FFW sind sie aber seit 2004 leicht zurückgegangen. Ohne Berücksichtigung der 2005 erstmalig weitergeleiteten Mittel des Bundes für die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für FFW und Sachsen-Anhalt und der nur in den neuen Ländern zur Verfügung gestellten SoBEZ zur Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit, die vom Land an die Kommunen weitergeleitet werden - Hartz IV -, die den Landeshaushalt nur durchlaufen, ergibt sich auch absolut ein Rückgang von 1,68 %. Im Vergleich zum Niveau der finanzschwachen Westflächenländer hat sich der Abstand pro Kopf von rd. 137 % im Jahr 2004 auf rd. 132 % im Jahr 2008 verringert, siehe Abbildung III.1.1.

Abbildung III.1.1: Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV)



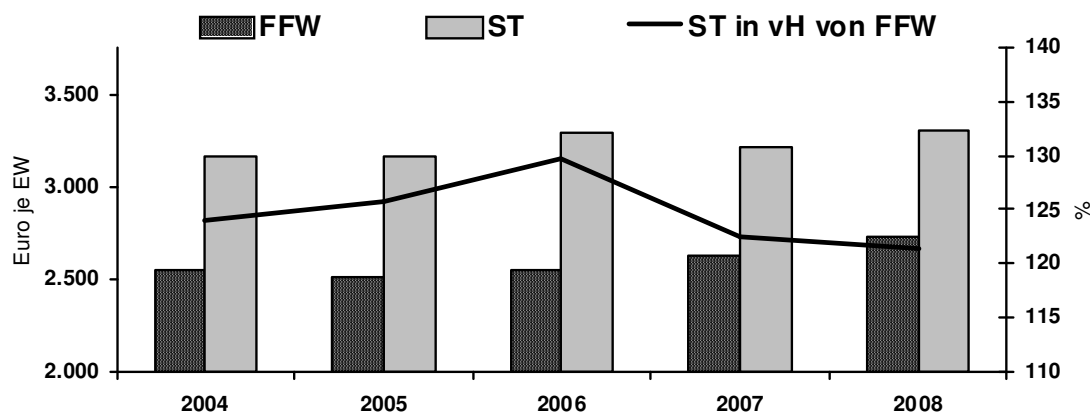
Ausgaben der laufenden Rechnung

Die Ausgaben der laufenden Rechnung, siehe Abbildung III.1.2, haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert, gegenüber dem Referenzjahr 2004 erfolgte eine Steigerung um rd. 4,5 %, ohne die durchlaufenden Leistungen Hartz IV ergibt sich eine Verringerung

² alle Zeitreihenvergleiche zu den FFW im Folgenden ohne Ausgaben für Fluthilfe, die vollständig aus dem Aufbauhilfefonds finanziert wurden

um rd. 0,3 %. Die verbleibende Erhöhung ist hauptsächlich in den weiter angestiegenen Zins- und Personalausgaben begründet. In den Vergleichsländern West hat in diesem Zeitraum ebenfalls eine Steigerung der Ausgaben der laufenden Rechnung stattgefunden, die Relation hat sich gegenüber dem Vorjahr für Sachsen-Anhalt um fast 1,2 Prozentpunkte verbessert.

Abbildung III.1.2: Ausgaben der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV) auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Die höheren Pro-Kopf-Ausgaben im Vergleich zu den FFW, siehe Tabelle III.1.1, sind insbesondere auf deutlich höhere Zuweisungen an die Kommunen zurückzuführen. Während das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2008 hierfür je Einwohner rd. 919 Euro³ (ohne Hartz IV 771 Euro) verausgabt hat, wurden in den FFW durchschnittlich nur rd. 656 Euro je Einwohner (ohne Hartz IV 609 Euro) verausgabt. Die vergleichsweise höheren Zuweisungen an die Kommunen sind weiter erforderlich, um die unterproportionale kommunale Finanzkraft auszugleichen⁴ und den Kommunen ausreichend Mittel zur Finanzierung überproportionaler Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung zu stellen.

Ebenfalls deutlich über den Vergleichswerten der FFW liegen die laufenden Zuweisungen an andere Bereiche in Sachsen-Anhalt. Zu nennen sind hier zum einen die Ausgaben für Renten und Unterstützungen (um rd. 52 Euro je Einwohner), zum anderen die Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen (um rd. 192 Euro je Einwohner). **Dies ist Ausdruck des derzeitigen noch hohen Förderniveaus in den neuen Ländern.**

³ Für die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ist zu beachten, dass die Zahlungen für die überörtl. Sozialhilfe (Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen) aufgrund einer Umstellung im Buchungsverfahren seit 2007 in der Gruppe veranschlagt sind und somit dem lfd. Sachaufwand zugeordnet werden.

⁴ siehe hierzu Abschnitt IV.2 des Berichts

Die weiter steigenden Zinsausgaben als Folge der Neuverschuldung in den Jahren bis 2006 haben dazu geführt, dass Sachsen-Anhalt 2008 bereits 106 Euro je Einwohner mehr aufwenden musste als die Vergleichsländer West (im Durchschnitt).

Eine weitere Ausgabenkomponente, die keine Entsprechung in den alten Ländern hat, resultiert aus den Leistungen, welche die neuen Länder im Rahmen des AAÜG (Anspruchs- und Anwartschaftsüberleitungsgesetz; Ausgaben für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR) zu erbringen haben, die immerhin rd. 4,8 % der laufenden Ausgaben ausmachen. Nach einem kurzzeitigen Rückgang in den Jahren 2003 und 2004 steigen diese Ausgaben zwischenzeitlich wieder an.

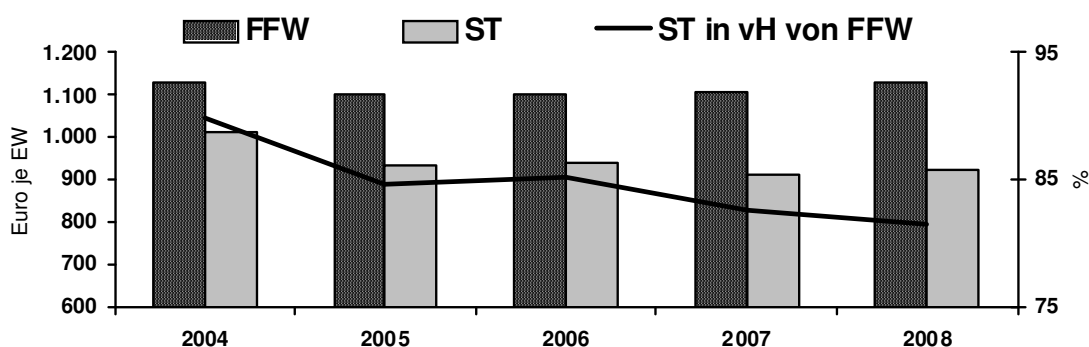
Tabelle III.1.1: Die Struktur der laufenden Ausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW im Jahr 2008

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. laufende Ausgaben gesamt	3.453	100,0	2.770	100,0
- davon:				
2. Personalausgaben	922	26,7	1.130	40,8
-- davon:				
2.a Versorgungsleistungen	30	0,9	274	9,9
2.b Bezüge für aktives Personal	892	25,8	856	30,9
3. Zinsausgaben	407	11,8	301	10,9
4. Laufender Sachaufwand	215	6,2	221	8,0
5. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Kommunen	919	26,6	656	23,7
<i>ohne Hartz IV</i>	771		609	
6. Lfd. Zuweisungen an andere Bereiche	824	23,9	463	16,7
-- darunter:				
6.a Renten, Unterstützungen und dgl.	87	2,5	35	1,3
6.b Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	62	1,8	74	2,7
6.c Zuweisungen und Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	138	4,0	144	5,2
6.d Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen	335	9,7	143	5,2
7. AAÜG-Zahlungen	166	4,8	0	0,0

Personalausgaben

Die [Abbildung III.1.3](#) zeigt die Entwicklung der Personalausgaben bis zum Jahr 2008. Die Personalausgaben sind danach seit dem Jahr 2004 absolut um rd. 13 % und je Einwohner – aufgrund des Einwohnerrückgangs – um rd. 9 % gesunken. Gleichzeitig wurden vom 1.1.2004 bis 31.12.2008 13.564 Stellen auf der Landesebene abgebaut. Im Personalhaushaltsvollzug 2008 wies Sachsen-Anhalt noch 60.000 Stellen im Planpersonal aus. Das sind 25,0 Stellen je 1000 Einwohner.

Abbildung III.1.3: Personalausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Einmaleffekt Auszahlung Lehrer-Arbeitszeitkonten 2004)



Da die neuen Länder vergleichsweise mehr oder weniger große Personalüberhänge aufweisen, kann sich der Stellenabbau mittel- und langfristig nicht am derzeit bestehenden Durchschnitt aller Flächenländer oder nur der neuen Länder orientieren, sondern eher an den gleich großen alten Flächenländern. Im Durchschnitt der Länder Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz errechnen sich 18,9 Vollzeitäquivalente je 1.000 Einwohner. Die Landesregierung legt ihrem aktualisierten Personalentwicklungskonzept (PEK) eine Zielgröße von 19 VZÄ je 1.000 Einwohner zugrunde.

Die Pro-Kopf-Personalausgaben 2008 liegen um rd. 18,5 % unter denen der FFW, beim Vergleich der Aufwendungen für aktives Personal je Einwohner, d. h. Personalausgaben ohne Versorgungsausgaben - siehe [Tabelle III.1.2](#), liegen aber die Personalausgaben auf Landesebene in Sachsen-Anhalt aber um rd. 4,2 % über dem Durchschnittswert der FFW (2004 waren es noch 12,7 % mehr). Zum Teil ist dies auch dem Umstand geschuldet, dass aufgrund der in Sachsen-Anhalt wie auch anderen neuen Ländern nicht erfolgten Verbeamtung der Lehrer gegenwärtig höhere Ausgaben je Stelle anfallen, wodurch im Gegenzug allerdings künftige Pensionsbelastungen reduziert werden. Dies ist bei einer Bewertung des gegenwärtigen Ausgabevolumens zu berücksichtigen, weil dadurch die Vergleichbarkeit der Zahlen eingeschränkt wird. Zudem differieren auch die Ausgaben der einzelnen FFW-

Länder deutlich. **Durch die konsequente Umsetzung der beschlossenen Stellenrückführungen konnte in Sachsen-Anhalt die Relation zu den Vergleichsländern deutlich verbessert werden, und durch die geplanten Stellenrückführungen bis 2011 auf rund 55.000 Stellen wird der Abstand zu den Vergleichsländern weiter verringert.**

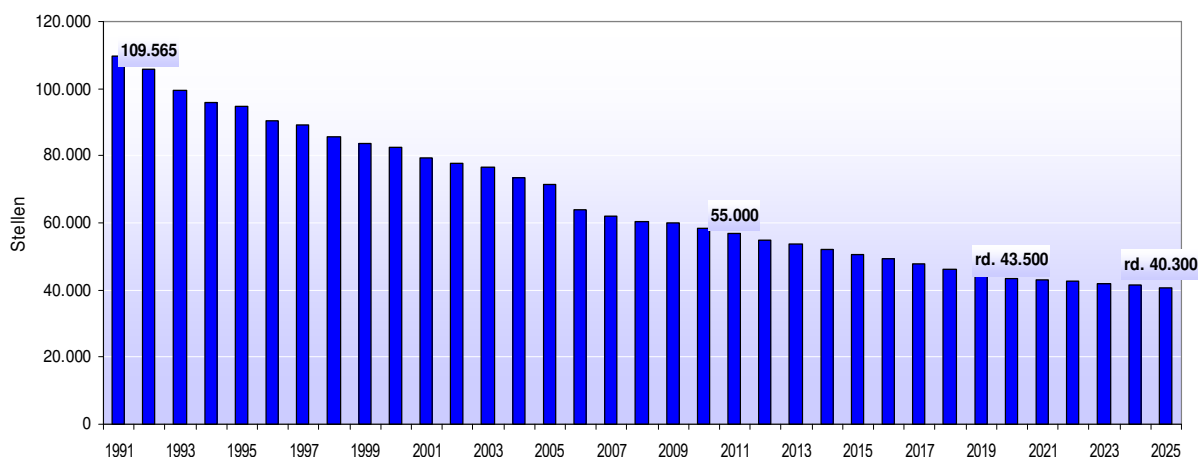
Tabelle III.1.2: Personalausgaben insgesamt und für aktives Personal auf Landesebene im Jahr 2004 und 2008 in Euro je Einwohner

	Personalausgaben insgesamt			Ausgaben für aktives Personal (Personalausgaben minus Versorgungsausgaben)		
	2004	2008	2008/2004 in %	2004	2008	2008/2004 in %
ST	1.015	922	90,8	1.000	892	89,2
FFW	1.130	1.130	100,0	887	856	86,5

Entsprechend dem Personalentwicklungskonzept soll sich der Stellenbestand des Landes im Zeitraum 2007 bis 2011 um insgesamt 5.256 auf 55.000 Stellen und bis 2020 auf 43.500 Stellen verringern, s. Abbildung III.1.4. Damit wird der Stellenbestand in der Landesverwaltung auf das Durchschnittsniveau der finanzschwachen Flächenländer West zurückgeführt und die Grundlage dafür geschaffen, dass sich auch die Personalausgaben je Einwohner weiter denen der Vergleichsländergruppe annähern werden. Nach dem Jahr 2020 soll der Stellenbestand entsprechend dem PEK der voraussichtlichen demografischen Entwicklung angepasst und einem erneuten Anstieg der Personalausgaben auf diese Weise entgegengewirkt werden.

Verbeamtungen werden künftig auf die Aufgabenbereiche beschränkt, in denen dies unbedingt erforderlich ist. Gleichzeitig werden seit 2007 für Neuverbeamtungen Pensionsrücklagen gebildet. Beide Maßnahmen werden die Ausgaben kurz- und mittelfristig erhöhen, jedoch langfristig eine Entlastung bewirken.

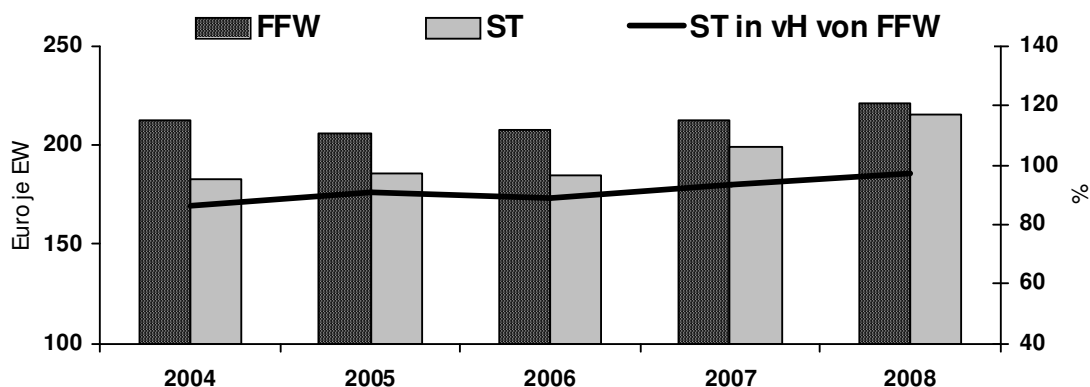
Abbildung III.1.4: Entwicklung des Personals (VZÄ) bis 2025 entsprechend PEK 2009



Laufender Sachaufwand

Die Abbildung III.1.5 zeigt die Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand. Hier hat sich der Abstand im Vergleich zu den FFW in den Jahren von 2004 bis 2008 rückläufig entwickelt und seit 2004 die Ausgaben der FFW unterschritten. Dies liegt teilweise auch an der Gründung von Landesbetrieben sowie der Globalisierung der Mittel für die Universitäten und Fachhochschulen. Jedoch haben auch die FFW-Länder in zum Teil nennenswertem Umfang Ausgliederungen vorgenommen. Zur Herstellung der Vergleichbarkeit mit den Vorjahren werden die Zahlungen für die überörtliche Sozialhilfe (Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen), die aufgrund einer Umstellung im Buchungsverfahren seit 2007 in der Gruppe 671 gebucht werden und somit dem lfd. Sachaufwand zugeordnet werden, entsprechend bereinigt.

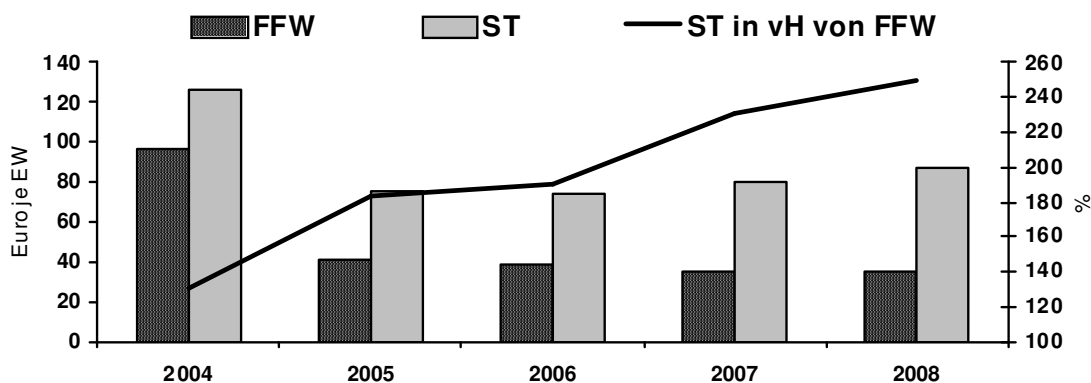
Abbildung III.1.5: Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand auf Landesebene im Vergleich zu den FFW
(bereinigt um Zahlungen für die überörtl. Sozialhilfe - Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen - wegen systematischer Umstellung in die Gruppe 671 ab 2007)



Sozialausgaben

Abbildung III.1.6 zeigt das Niveau der Sozialausgaben (im engeren Sinne, d.h. Renten, Unterstützungen und dgl.) im Land Sachsen-Anhalt gegenüber den FFW. Sichtbar wird, dass die Belastung des Landeshaushaltes 2008 bereits mehr als doppelt so hoch war als in den FFW (im Durchschnitt). Dies wird im Vergleich zu den FFW allerdings teilweise durch noch geringere Belastungen der kommunalen Ebene (siehe Abbildung III.2.5) ausgeglichen.

Abbildung III.1.6: Pro-Kopf-Ausgaben für Renten, Unterstützungen und dgl. auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Gegenüber dem Jahr 2004 haben sich die dargestellten Sozialausgaben des Landes Sachsen-Anhalt 2008 um rd. 31 % vermindert. Die Verringerung beruht auf den gesunkenen Ausgaben nach dem Wohngeldgesetz, die sich durch die Reformen am Arbeitsmarkt ergeben. Eine deutliche Verringerung der Sozialausgaben (- 53 %) hat auch in den FFW stattgefunden. Die auf Landesebene eingesparten Mittel werden jährlich den Kommunen in einer gesonderten Zuweisung auf der Grundlage der Vereinbarungen zum 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt.

Aufwendung im Rahmen des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG)

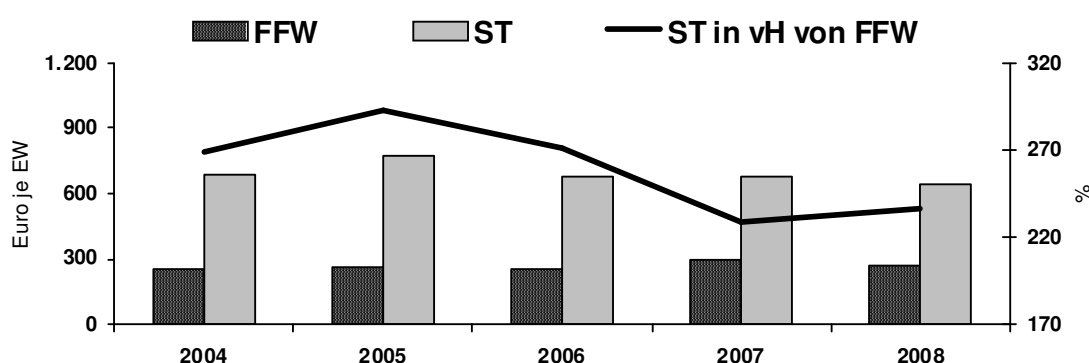
In der Tabelle III.1.1 wurden bei den laufenden Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt die Zahlungen zur Finanzierung von Rentenansprüchen, die im Rahmen des AAÜG gesetzlich geregelt sind, ausgewiesen. Diese Ausgaben sind in allen neuen Ländern seit Mitte der neunziger Jahre bis zum Jahr 2002 explosionsartig gestiegen und steigen auch gegenwärtig weiter an. Sie betragen derzeit je Einwohner mehr als das Doppelte der Ausgaben des Jahres 1995 und machen für Sachsen-Anhalt zwischenzeitlich rd. 398 Mio. Euro bzw. rd. 4,8 % der laufenden Ausgaben aus.

Bei den AAÜG-Zahlungen handelt es sich um eine einigungsbedingte Sonderlast. Diese sind grundsätzlich nicht mit den Pensionslasten der alten Länder vergleichbar, da hier (insbesondere in der Zusatzversorgung) viele Berufsgruppen aus der DDR versorgt werden, die nicht zum öffentlichen Sektor zu rechnen sind (z.B. Künstler und sogenannte „technische Intelligenz“). Zahlungstechnisch sind die gesetzlichen Rentenversicherungen für die Rentenauszahlungen im Rahmen des AAÜG zuständig. Diese Aufwendungen – einschließlich der damit verbundenen Verwaltungsaufwendungen – werden den Rentenversicherungsträgern vom Bund erstattet. Der Bund wiederum lässt sich – gemäß dem Einigungsvertrag – die auf die neuen Länder entfallenden Anteile (ca. zwei Drittel) von diesen im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen erstatten. Die Höhe der AAÜG-Lasten entspricht in Sachsen-Anhalt rd. 24,7 % der SoBEZ. Diese Mittel fehlen dem Land Sachsen-Anhalt und auch den anderen neuen Ländern bei der weiteren Gestaltung des Aufbaus Ost. Deshalb wird der Bund seine Beteiligung an den Zahlungen für die Zusatzversorgungssysteme von bislang 33,3 % sukzessive bis auf 40 % im Jahr 2010 erhöhen.

Investive Ausgaben

Die Ausgaben der Kapitalrechnung, siehe [Abbildung III.1.7](#), sind auf Landesebene gegenüber 2004 rückläufig, sie betragen im Jahr 2008 je Einwohner aber immer noch rd. 640 Euro und damit rd. 236 % des FFW-Niveaus. Auch hier haben die Zuweisungen an die Kommunen einen maßgeblichen Anteil.

Abbildung III.1.7: Ausgaben der Kapitalrechnung auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Fluthilfe)



Die [Tabelle III.1.3](#) zeigt die Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2008. Auf Landesebene wurden in Sachsen-Anhalt rd. 35 % der investiven Ausgaben in Form von Investitionszuweisungen an die kommunale Ebene geleistet. Dabei lagen die Pro-Kopf-Zuweisungen an die Kommunen in Sachsen-Anhalt bei 243 % des Niveaus in den finanzschwachen Westflächenländern, was auch auf die insgesamt höheren Investitionsausga-

ben zurückzuführen ist. Deutliche Unterschiede bei den investiven Ausgaben zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und den FFW sind auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen an andere Bereiche zu verzeichnen, wobei auf Landesebene insbesondere betriebliche Investitionsfördermaßnahmen, z.B. im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, den Hauptanteil ausmachen. Die Sachinvestitionsausgaben betragen im Jahr 2008 112 Euro je Einwohner und lagen damit bei rd. 273 % der Sachinvestitionsausgaben der FFW.

Tabelle III.1.3: Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2008

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt	645	100,0	271	100,0
-- davon:				
2. Sachinvestitionen	112	17,4	41	15,1
3. Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden/ GV	224	34,7	92	34,0
4. Sonstige investive Zuweisungen und Zuschüsse	309	47,9	138	50,9

Bei den für die Schließung der Infrastrukturlücke bedeutsamen Sachinvestitionen konnte in den letzten Jahren ein Rückgang aufgrund der extremen Konsolidierungserfordernisse nicht vermieden werden. Im Jahr 2008 waren deutliche Minderausgaben aus dem EFRE IV und dem ELER zu verzeichnen, die auf das Anlaufen der neuen EU-Förderperiode 2007-2013 und auch auf die Priorität der Abwicklung der alten Förderperiode (EFRE III) zurückzuführen ist, die 2008 abzuschließen war. Da auch in den FFW die Sachinvestitionen auf Länderebene deutlich gesunken sind, wurden im Ergebnis 2008 in Sachsen-Anhalt rd. 171 Mio. Euro mehr verausgabt als in den Vergleichsländern West, in den Jahren 2004 bis 2008 waren es insgesamt 773 Mio. Euro⁵.

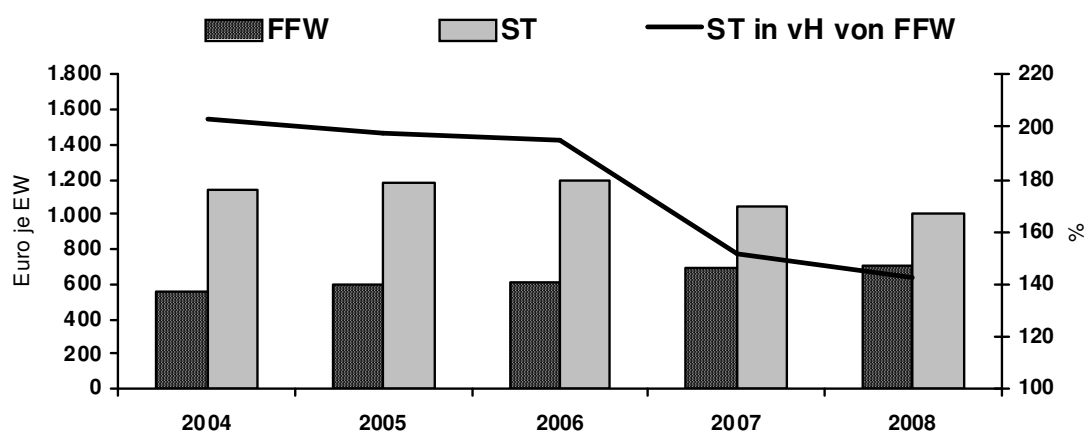
Zahlungen an die Gemeinden/ Gemeindeverbände (GV)

Eine wesentliche Ausgabenkomponente sind gerade in den neuen Ländern die Zahlungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. In Sachsen-Anhalt wurden 2008 rd. 25 % der Gesamtausgaben des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände geleistet. In den Zahlungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände sind sowohl Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke als

⁵ Hochrechnung des Pro-Kopf-Unterschiedes mit der Einwohnerzahl Sachsen-Anhalts

auch Vermögensübertragungen des Landes an die Kommunen (Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen) enthalten. Da die Struktur der Zahlungen der Länder an ihre Kommunen im Hinblick auf laufende Zuweisungen/ Zuschüsse auf der einen Seite und Vermögensübertragungen (investive Zuweisungen) auf der anderen Seite sehr unterschiedlich ist, werden beide Komponenten in der Abbildung III.1.8 zusammen betrachtet. Wie die Abbildung zeigt, liegen die Zahlungen je Einwohner gerechnet fast eineinhalb mal so hoch wie in den FFW. Ursache für den deutlichen Niveaurückgang 2007 ist die bereits beim laufenden Sachaufwand dargestellte Umstellung bei den Zahlungen für die überörtliche Sozialhilfe. Unter Einbeziehung der Leistungen für die Sozialhilfe ergeben sich 165 % im Vergleich zu den FFW.

Abbildung III.1.8: Zahlungen des Landes Sachsen-Anhalt an die Gemeinden/GV inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs je Einwohner (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV)



Grund für die hohen Zahlungen des Landes an seine Kommunen ist die weiterhin unterproportionale Finanzkraft der Kommunen in Sachsen-Anhalt und die Notwendigkeit, die Kommunen finanziell durch hohe Zuweisungen zur Durchführung überdurchschnittlicher Investitionen zum Abbau der infrastrukturellen Defizite im Land zu befähigen (vgl. Abschnitt IV.2). Daher erhalten die Kommunen aus den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen über den kommunalen Finanzausgleich einen Anteil von 22,3 %, das waren im Jahr 2008 rd. 359 Mio. Euro. Für den Nachweis der SoBEZ-Verwendung können entsprechend der in Abschnitt IV.2 dargestellten Berechnungsmethode jedoch nur rd. 134 Mio. Euro, das sind etwa 37 % der tatsächlich vom Land gezahlten Mittel, berücksichtigt werden.

III.1.2 Einnahmen

Bereinigte Gesamteinnahmen

Die Tabelle III.1.4 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen im Jahr 2008. Das Land Sachsen-Anhalt verbuchte bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von 4.121 Euro je Einwohner (ohne Einnahmen Hartz IV 3.973 Euro je Einwohner), die damit rd. 41 % (ohne Einnahmen Hartz IV 38 %) über denen der FFW lagen. Von den Gesamteinnahmen entfielen etwa 53 % auf Steuereinnahmen, während in den FFW der Steueranteil bei rd. 77 % lag. Die höheren Gesamteinnahmen gegenüber den FFW werden wesentlich durch höhere Zuweisungen vom Bund und von der EU bestimmt. Allein rd. 16 % der Einnahmen des Landes entfallen auf die SoBEZ.

Tabelle III.1.4: Struktur der Einnahmen im Jahr 2008

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. bereinigte Einnahmen	4.121	100,0	2.913	100,0
darunter:				
2. Steuereinnahmen	2.175	52,8	2.258	77,5
3. Einnahmen aus dem LFA	274	6,7	65	2,2
4. Zahlungen vom Bund	1.312	31,8	262	9,0
-- darunter:				
Einnahmen Hartz IV	148	3,6	46	1,6
SoBEZ	671	16,3	0	
5. Verwaltungseinnahmen	186	4,5	222	7,6
-- darunter:				
Vermögensveräußerungen	2	0,0	6	0,2

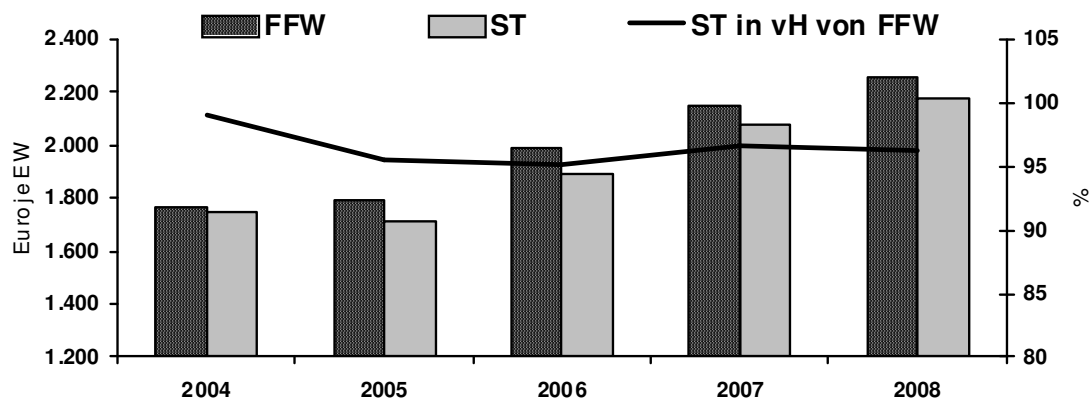
Steuereinnahmen

Die *originäre* Steuerkraft ist in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 gegenüber den Vorjahren weiter gestiegen, 2008 blieb sie auf Vorjahresniveau. Gemessen an den FFW-Ländern liegt sie jedoch erst bei 48 %.

Auch *nach der Umsatzsteuerverteilung* haben die Pro-Kopf-Steuereinnahmen auf Landesebene das Niveau der finanzschwachen Westflächenländern noch nicht erreicht, siehe Abbildung III.1.9, obwohl das Pro-Kopf-Steueraufkommen 2008 gegenüber dem Jahr 2004

insgesamt in Sachsen-Anhalt um 24,5 % gestiegen ist (FFW um 28 %). Je Einwohner lag Sachsen-Anhalt 2008 nur bei 96,4 %, gemessen an den Steuereinnahmen je Einwohner der finanzschwachen Westflächenländer. Die Steuereinnahmen im Jahr 2008 nahmen gegenüber dem Vorjahr eine positive Entwicklung (+ 3,3 %). Die Pro-Kopf-Einnahmen haben, obwohl ein hoher Einwohnerrückgang zu verzeichnen ist (rd. 30.000 Einwohner), gegenüber dem Jahr 2007 um 98 Euro zugenommen und gegenüber dem Vergleichszeitraum 2004 um 428 Euro.

Abbildung III.1.9: Steuereinnahmen und steuerähnlichen Abgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW

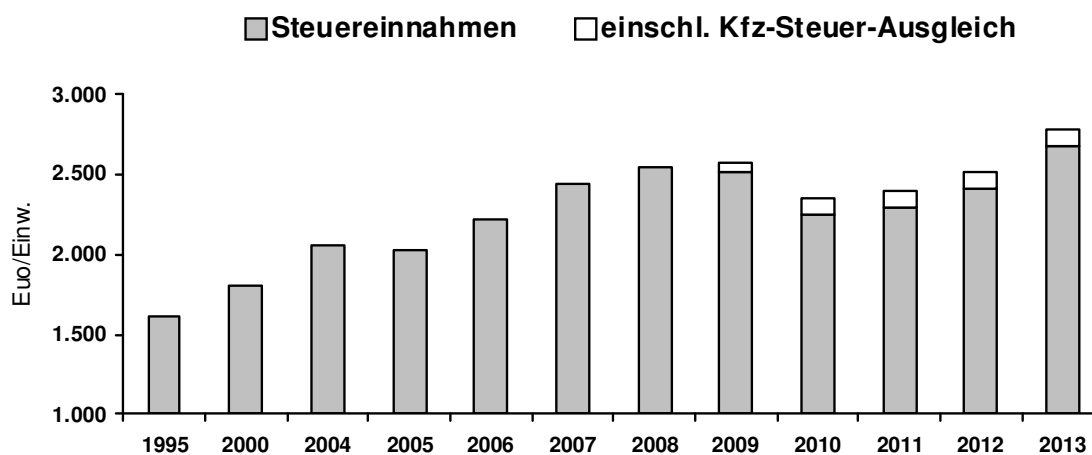


Auf der Landesebene entfallen allein 68 % des Steueraufkommens in Sachsen-Anhalt auf die Umsatzsteuer; in den FFW-Ländern liegt diese Quote bei lediglich 42 %. Dies ist eine Folge des geringeren originären Steueraufkommens. Die Umsatzsteuer wird im Länderfinanzausgleich nach den Einwohnern eines Landes und dem Durchschnitt aller Länder verteilt. Da Sachsen-Anhalt nach wie vor jährliche Einwohnerverluste zu verzeichnen hat, fehlten dem Land im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr 75 Mio. Euro aus dem Länderfinanzausgleich. Bei den Gemeinschaftsteuern lag das Aufkommen in Sachsen-Anhalt erheblich unter den Pro-Kopf-Einnahmen in den FFW-Ländern (bei 52 %), bei den Landessteuern erreichte Sachsen-Anhalt einen Vergleichswert von 65 %.

In absoluten Werten hat das Steueraufkommen in Sachsen-Anhalt gegenüber dem Jahr 2004 um 830 Mio. Euro zugenommen. Im Aufwuchs gegenüber dem Vorjahr wirkt allein bei der Lohnsteuer ein um 101 Mio. Euro höheres Aufkommen, was die gute konjunkturelle Entwicklung im ersten Halbjahr 2008 und die damit verbundene Stabilisierung des Arbeitsmarktes widerspiegelt. Aber auch die veranlagte Einkommensteuer hat eine Steigerung erfahren. Hier führte vor allem der Rückgang bei den Erstattungen im Arbeitnehmerbereich nach § 46 EStG und die Abschaffung der Eigenheimzulage zu dem positiven Ergebnis.

In Abbildung III.1.10 werden die mittelfristig zu erwartenden *Pro-Kopf*-Steuereinnahmen für Sachsen-Anhalt dargestellt. Aufgrund der Auswirkungen der aktuellen Konjunkturkrise sowie infolge der wirkenden Steuerrechtsänderungen ergibt sich von 2008 bis 2010 ein Rückgang um etwa 12 %. Bis 2013 wird wieder ein moderater Anstieg der Steuereinnahmen erwartet, jedoch ergibt sich bis 2013 nach den derzeitigen Erwartungen für das absolute Aufkommen (einschl. Ausgleichszahlung für die Kfz-Steuer⁶) gegenüber 2008 ein Zuwachs von nur rd. 4 %, bei den Pro-Kopf-Einnahmen wegen des demografischen Effekts um rd. 9 %.

Abbildung III.1.10: Entwicklung der Steuereinnahmen/ Einnahmen aus LFA und allg. BEZ je Einwohner auf Landesebene bis 2013



Leistungen des Bundes

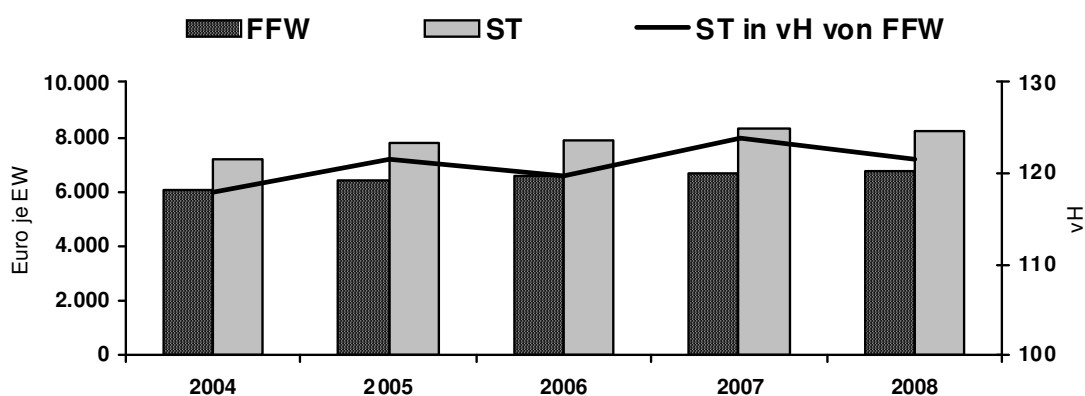
Das Land Sachsen-Anhalt empfing im Jahr 2008 Zahlungen vom Bund in Höhe von rd. 1.312 Euro je Einwohner, davon rd. 671 Euro je Einwohner aus den SoBEZ (Korb I des Solidarpakts II). Im Vergleich hierzu ergab sich für die finanzschwachen Flächenländer West ein Betrag in Höhe von rd. 262 Euro je Einwohner. Wie der Tabelle III.1.4 (s. Gesamteinnahmen) zu entnehmen ist, hatten die Einnahmen vom Bund im Jahr 2008 einen Anteil von rd. 32 % an den Gesamteinnahmen des Landes. Ohne SoBEZ betrug der Anteil rd. 15 %, in den FFW rd. 9 % der Einnahmen.

⁶ Durch die Neuregelung der Kfz-Steuer liegt die Ertragshoheit ab 01.07.2009 beim Bund; gleichzeitig erfolgt eine Kompensationszahlung des Bundes als Zuweisung im Rahmen der HGr. 2.

III.1.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung auf Landesebene in Sachsen-Anhalt

Im gesamten Vergleichszeitraum liegen die Pro-Kopf-Schulden des Landes Sachsen-Anhalt über dem Durchschnitt der finanzschwachen Westflächenländer, siehe [Abbildung III.1.11](#). Am 31.12.2008 betrug der Schuldenbestand auf Landesebene nach Abgrenzung der Schuldenstatistik 8.259 Euro (FFW: 6.790 Euro) je Einwohner. **Im Haushaltsjahr 2008 wurden wie bereits 2007 keine neuen Schulden aufgenommen. Im Ergebnis konnte die Relation gegenüber den FFW erneut leicht verbessert werden.**

Abbildung III.1.11: Pro-Kopf-Schulden auf Landesebene am 31.12. in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW

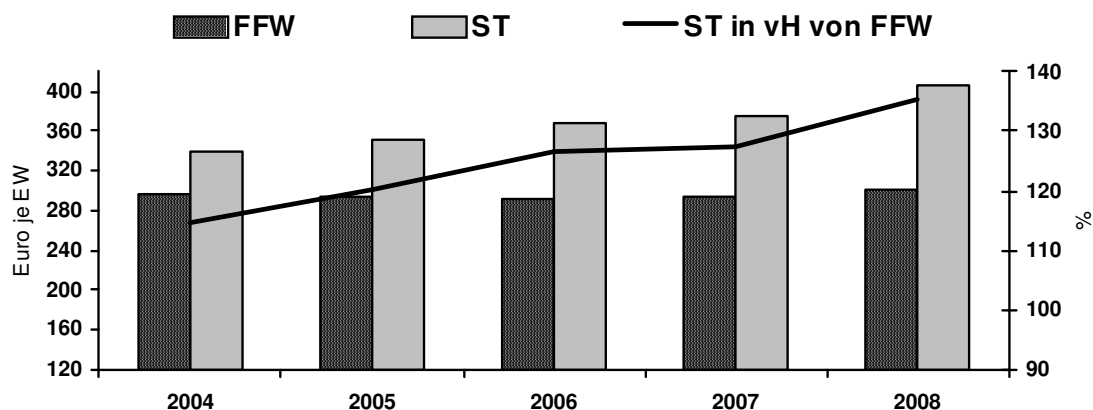


Ca. ein Drittel der Schulden des Landes am Ende des Jahres 2008 entstammt noch den Jahren von 1991 bis 1994. Dieser hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, dass die Finanzausstattung des Landes Sachsen-Anhalt und auch der anderen neuen Länder in den Jahren vor der Einbeziehung der neuen Länder in das Finanzausgleichssystem eindeutig zu gering war und den aufbaubedingten Ausgabenerfordernissen nicht entsprochen hat.⁷

Die insgesamt hohe Schuldenbelastung des Landes Sachsen-Anhalt führte im Jahr 2008 zu Zinszahlungen, die bei rd. 407 Euro je Einwohner (FFW: 301 Euro je Einwohner) lagen. Die Zinsausgaben banden damit bereits rd. 11,8 % der laufenden Ausgaben des Landes und belasten die Konsolidierung des Landeshaushaltes in deutlichem Maße. Im Verhältnis zu den FFW, siehe [Abbildung III.1.12](#), lag das Zinsausgabenniveau 2008 bei rd. 135 %.

⁷ In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass in den frühen 90er Jahren auch argumentiert wurde, dass die neuen Länder – da sie mit einem Schuldenstand von nahezu Null „gestartet“ waren – auch das Verschuldungsinstrument zur Finanzierung des Aufbaus einsetzen sollten.

Abbildung III.1.12: Zinsausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



In den Jahren bis 2008 wurden insbesondere folgende Maßnahmen zur Begrenzung der Neuverschuldung umgesetzt:

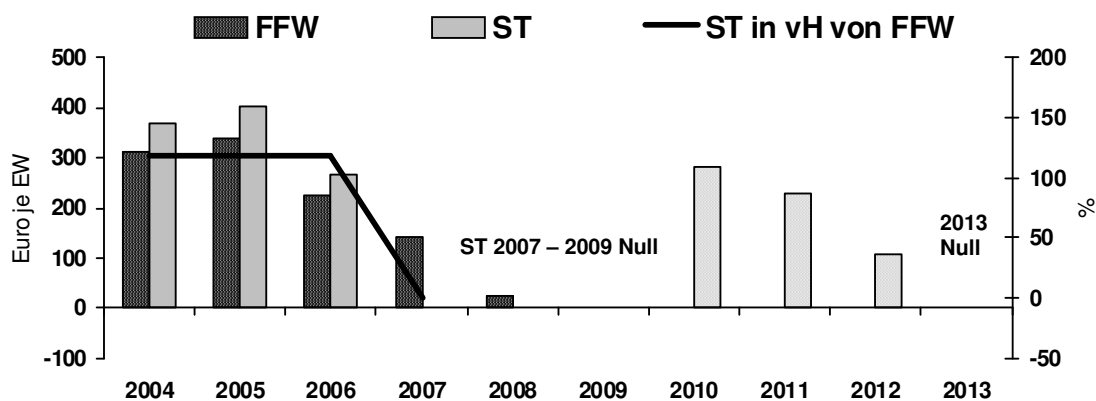
- ein fortgesetzter jährlicher Stellenabbau von rd. 2.000 Stellen entsprechend dem beschlossenen Personalentwicklungskonzept,
- die Streichung der Sonderzuwendungen der Beamten und Arbeitszeitverkürzung bis zu 7,5 % im Tarifbereich bei entsprechender Kürzung der Vergütung, die über das Jahr 2009 zunächst bis 2011 weitergeführt wird,
- Eingriffe in Leistungsgesetze des Landes (insbesondere Kürzung der Zuweisungen für Kindertagesstätten nach dem KiFöG um rd. ein Viertel, Absenkung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich),
- Beginn einer Verwaltungs- und Funktionalreform in Sachsen-Anhalt.

Mit dem Nachtragshaushalt 2009 hat die Landesregierung auch für 2009 keine weitere Neuverschuldung beschlossen. Allerdings musste die ursprünglich geplante Tilgung aufgrund der zu erwartenden Steuermindereinnahmen infolge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ausgesetzt werden. Für die Jahre 2010/2011 ist im Regierungsentwurf des Doppelhaushaltes eine Kreditaufnahme von 662 bzw. 534 Mio. Euro geplant. Der Entwurf der am 29. Sept. 2009 zu beschließenden Mittelfristigen Finanzplanung 2009 bis 2013 sieht vor, dass ab dem Jahr 2013 keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden (s. [Abbildung III.1.13](#)). Längerfristig ist der Beginn der Tilgung von Landesschulden geplant.

Ziel der Landesregierung ist es, die aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Jahre 2010 – 2012 wieder notwendige Neuverschuldung 2013 zu beenden und ab 2014 erneut in die Tilgung der bestehenden Schulden einzusteigen. Zur Erreichung dieser Zielsetzung wie auch mit Blick auf das im Grundgesetz verankerte Verschul-

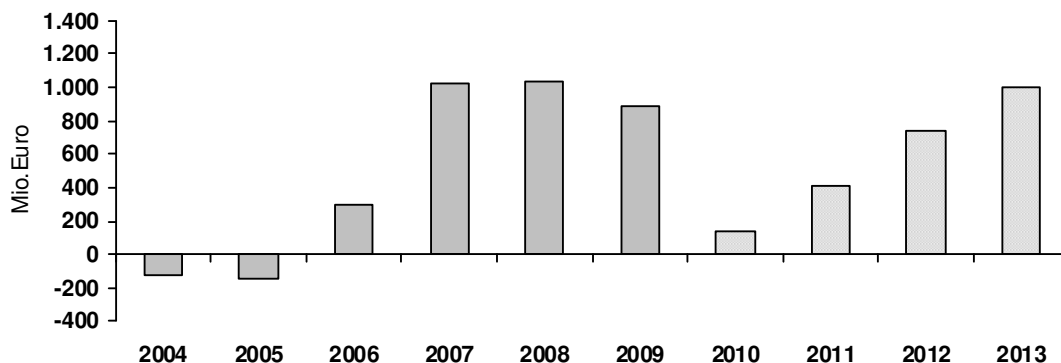
dungsverbot für die Länder ab 2020 bleibt der Bund aufgefordert, die Länder durch die Verringerung bundesgesetzlicher Standards bei der weiteren Konsolidierung zu unterstützen und entsprechende Vorschläge des Bundesrates konstruktiv zu prüfen.

Abbildung III.1.13: Neuverschuldung auf Landesebene in Euro je Einwohner (Fehlbeiträge dem Entstehungsjahr zugeordnet) im Vergleich zu den FFW



Mit der Rückführung der Neuverschuldung seit 2006 war auch der Übergang von Primärdefiziten zu Primärüberschüssen⁸ verbunden. Die entsprechend der Mittelfristigen Finanzplanung 2009 bis 2013 geplante Entwicklung des Primärsaldos zeigt Abbildung III.1.14.

Abbildung III.1.14: Entwicklung des Primärsaldos in Sachsen-Anhalt



Für die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen werden Eingriffe in die Förder- und Sachhaushalte, aber insbesondere in die Personalhaushalte weiter unerlässlich sein. Entsprechend wurde die Zielzahl des Personalentwicklungskonzepts bereits 2008 von 20 auf

⁸ Der Primärsaldo ist der Saldo zwischen bereinigten Einnahmen ohne Veräußerungserlöse und bereinigten Ausgaben ohne Zinsausgaben. Er gibt an, wie die aktuellen Ausgaben eines Jahres ohne "Erblasten" durch die jeweiligen Einnahmen gedeckt werden können. Erst bei einem Primärüberschuss ist dies vollständig möglich.

19 Vollzeitäquivalenten je 1.000 Einwohner korrigiert, um weitere Einsparbeiträge zu ermöglichen.

Anzumerken ist mit Blick auf die gebotene Konsolidierung grundsätzlich, dass die Sichtweise, dass öffentliche Konsumausgaben allgemein als eher „schlecht“ anzusehen sind, während öffentliche Investitionsausgaben als „gut“ angesehen werden, deutlich zu kurz greift. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung wird eine Bewertung der Ausgaben an ihrer Zukunftswirksamkeit erfolgen. Hier haben Ausgaben für Bildung und Wissenschaft trotz überwiegend konsumtiver Veranschlagung eine hohe Priorität. Eine ähnliche Einschätzung hat übrigens auch die Bundesregierung in ihrer Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 getroffen (vgl. dort, S. 44, bzw. S. 54 dieses Berichts).

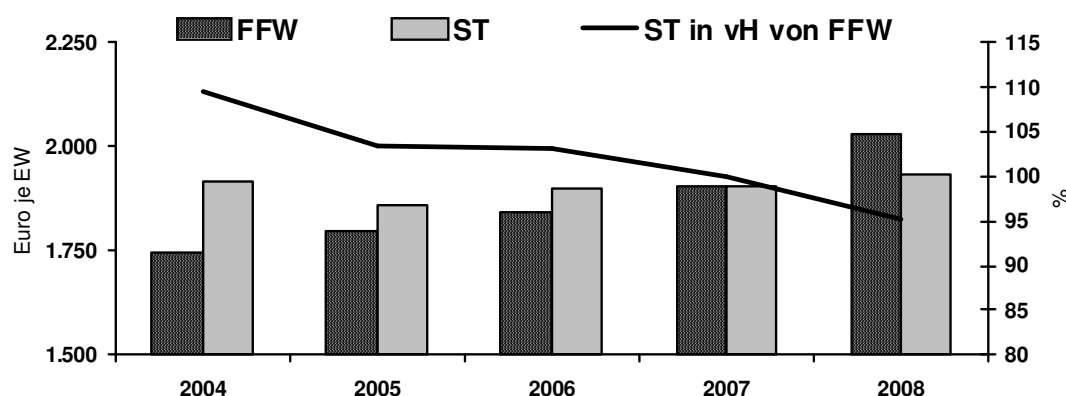
III.2 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in Sachsen-Anhalt auf der kommunalen Ebene

III.2.1 Ausgaben

Bereinigte Gesamtausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben der Kommunen⁹ des Landes Sachsen-Anhalt, siehe Abbildung III.2.1, sind in den vergangenen Jahren sowohl absolut als auch in Relation zu den Kommunen in den finanzschwachen Westflächenländern gesunken. Während diese 2004 noch rd. 10 % über dem FFW-Durchschnitt lagen, waren sie 2008 erstmals deutlich unter dem Vergleichswert. Die bereinigten Gesamtausgaben betragen nur noch 95 % der Ausgaben der FFW-Kommunen.

Abbildung III.2.1: Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben der kommunalen Ebene (ohne Fluthilfe) im Vergleich zu den FFW

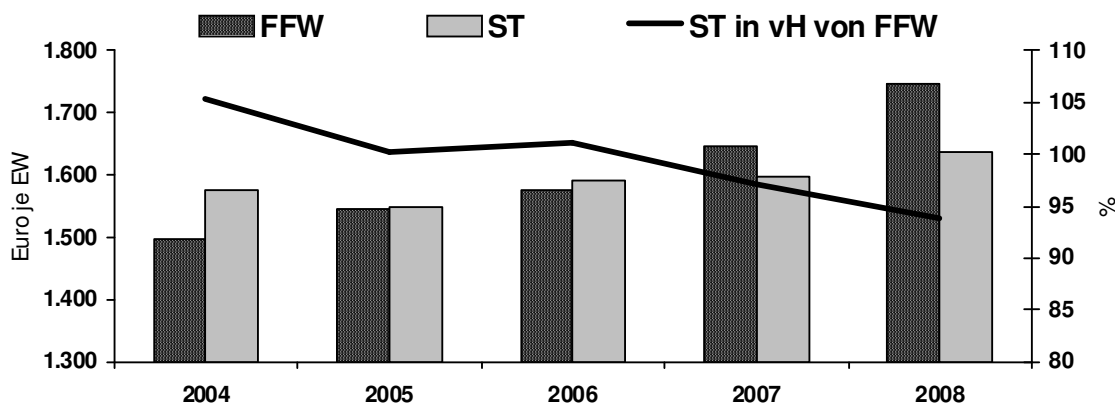


Ausgaben der laufenden Rechnung

Auf kommunaler Ebene sind die Ausgaben der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt gegenüber 2004 um rd. 62 Euro je Einwohner angestiegen, siehe Abbildung III.2.2. Der Zuwachs fiel allerdings deutlich geringer aus als in den FFW-Kommunen (rd. 249 Euro je Einwohner). **Nachdem 2004 die Mehrausgaben gegenüber dem FFW-Niveau noch etwa 5 Prozentpunkte ausmachten, liegen die laufenden Ausgaben der Kommunen in Sachsen-Anhalt nunmehr etwa 6 Prozentpunkte unter dem Niveau in den Vergleichsländern.**

⁹ Im Jahresvergleich ohne Ausgaben für Fluthilfe, die vollständig aus dem Aufbauhilfefonds finanziert wurden. In der kommunalen Kassenstatistik werden die Leistungen der Fluthilfe nicht gesondert erfasst. Daher wurden hier die vom Land geleisteten Beträge berücksichtigt.

Abbildung III.2.2: Ausgaben der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe) je Einwohner auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Die Tabelle III.2.1 zeigt die Hauptkomponenten der laufenden Ausgaben sowie die Ausgabenanteile im Jahr 2008 auf der Kommunalebene. Die laufenden Ausgaben der Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt lagen um 16 Euro je Einwohner unter denen der FFW-Kommunen, wobei erhebliche Strukturunterschiede zu beobachten sind. So waren die Aufwendungen für aktives Personal in den Kommunen des Landes um 127 Euro je Einwohner höher als in den FFW-Kommunen.

Das in Sachsen-Anhalt höhere Niveau der Ausgaben für aktives Personal wird wesentlich dadurch verursacht, dass in den neuen Ländern immer noch mehr Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft geführt werden. Daher sind auch die Aufwendungen für den laufenden Sachaufwand höher als in den FFW-Kommunen; hier war der Unterschied zwischen Sachsens-Anhalts Kommunen und den FFW-Kommunen 2008 aber ebenfalls geringer als im Vorjahr. Dagegen sind - aufgrund des höheren Anteils von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft - bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt und auch in den anderen neuen Ländern die Zuschüsse an soziale Einrichtungen derzeit geringer als in den Kommunen in den Vergleichsländern West. Auch die Sozialausgaben und die Zinsausgaben liegen unter dem Niveau der FFW-Kommunen.

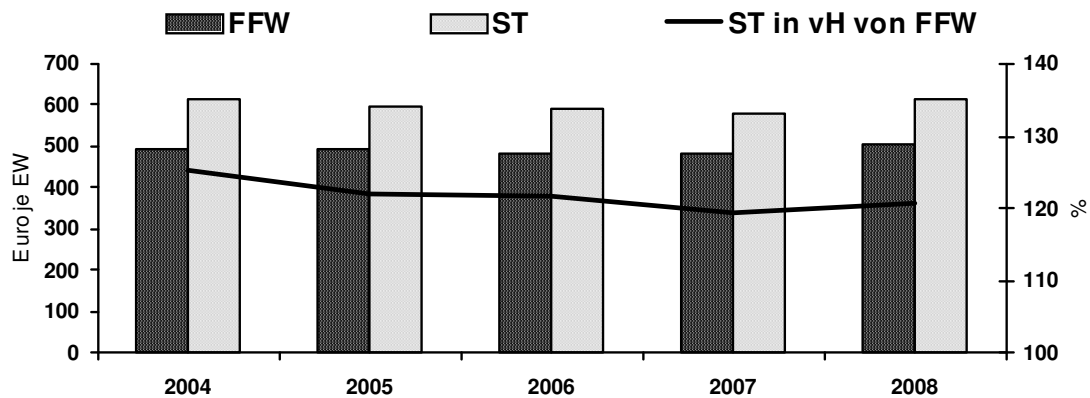
Tabelle III.2.1: Struktur der laufenden Ausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene im Jahr 2008

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. laufende Ausgaben gesamt	1.637	100,0	1.653	100,0
- davon:				
2. Personalausgaben	611	38,2	507	29,0
-- davon:				
2.a Versorgungsleistungen	37	2,3	60	3,4
2.b Bezüge für aktives Personal	574	35,9	447	25,6
3. Zinsausgaben	74	4,6	77	4,0
4. laufender Sachaufwand	402	25,2	406	23,2
5. laufende Zuweisungen an andere Bereiche	515	31,4	684	41,4
-- darunter:				
5.a Renten und Unterstützungen	345	21,6	540	31
5.b Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen				

Personalausgaben

Die Abbildung III.2.3 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben in Euro je Einwohner auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW. **Die Kommunen des Landes haben seit 2004 die Personalausgaben trotz der deutlichen nominalen Tariflohnsteigerungen um knapp 80 Mio. Euro reduziert. Auch im Vergleich der Pro-Kopf-Ausgaben zu den FFW-Kommunen ist ein erheblicher Rückgang der Personalausgaben auf kommunaler Ebene zu erkennen.** Lagen die Personalausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Jahr 2004 noch bei 125 % des Westwertes, sind diese zwischenzeitlich auf rd. 120 % gesunken. Hierbei ist zu beachten, dass gerade die Kommunen nach der Wende in erheblichem Umfang Personalüberbestände aus Einrichtungen der DDR sowohl im Verwaltungs- als auch im Sozialbereich übernommen haben, die nur sukzessive abgebaut werden können. Auch hohe Betreuungsstandards und eine überdurchschnittliche Versorgungsquote im Bereich der Kinderbetreuung sind ein Grund für überdurchschnittliche Ausgaben. Weiterhin sind Unterschiede in der kommunalen Verwaltungsstruktur zu berücksichtigen. Der in Abbildung III.2.3 deutlich sichtbare Rückgang in Relation zu den FFW ist Ausdruck der noch fortdauernden Anpassungsprozesse.

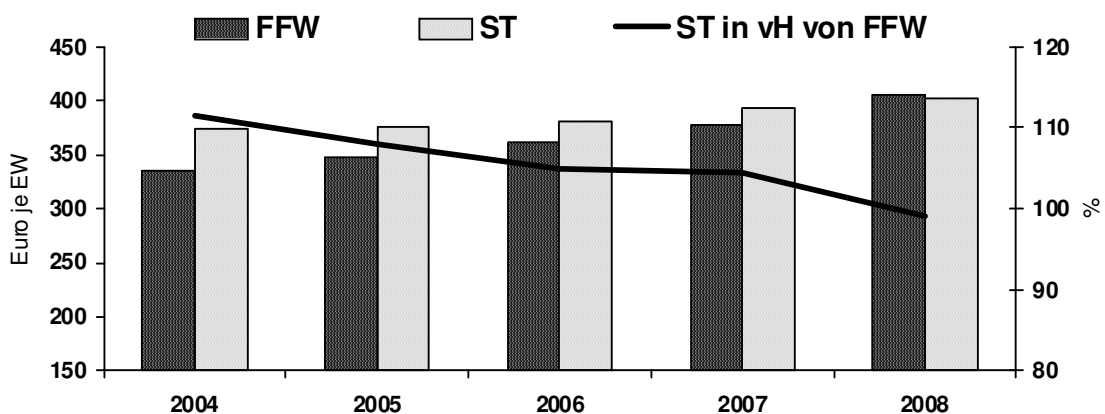
Abbildung III.2.3: Pro-Kopf-Personalausgaben auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Laufender Sachaufwand

Die Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand lagen im Jahr 2008 in den Kommunen Sachsen-Anhalts je Einwohner um rd. 4 Euro unter denen der FFW-Kommunen. Dazu ist anzumerken, dass in den Kommunen Sachsen-Anhalts ein höherer Anteil von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft besteht. Der Abstand hat sich in den letzten Jahren reduziert, siehe [Abbildung III.2.4](#), da der Anstieg bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt unter dem Anstieg des laufenden Sachaufwandes in den FFW-Kommunen gehalten werden konnte.

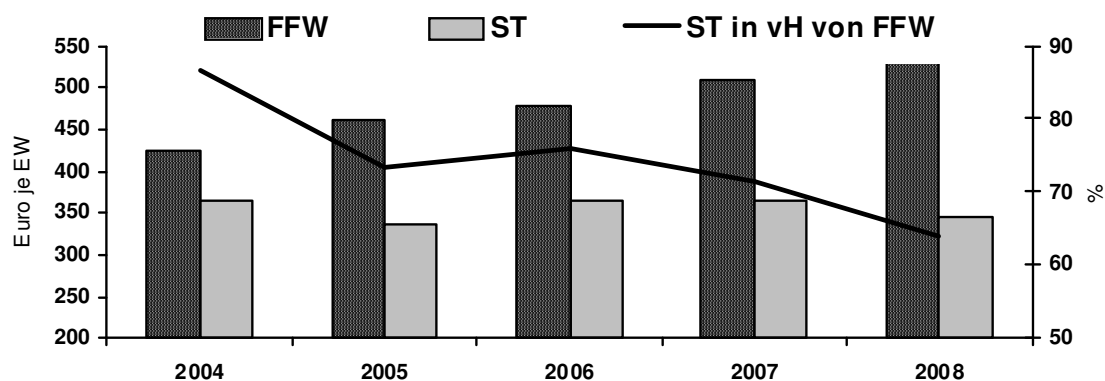
Abbildung III.2.4: Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Sozialausgaben

Abbildung III.2.5 zeigt die Entwicklung der Sozialausgaben auf kommunaler Ebene seit dem Jahr 2004 in Sachsen-Anhalt und den FFW. In Sachsen-Anhalt liegen die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen je Einwohner 2008 unter dem Niveau des Jahres 2004. Der Anstieg von 2005 bis 2008 beträgt gut 2 %. Die sozialen Leistungen der Kommunen 2004 sind mit den Jahren 2005 bis 2008 wegen der Neuregelungen im SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende - und wegen der Änderung des Buchungsverfahrens bei der überörtlichen Sozialhilfe ab 1. Januar 2005, wodurch die Ausgaben der Kommunen in Sachsen-Anhalt deutlich geringer ausgewiesen werden, nur bedingt vergleichbar. Zudem ist anzumerken, dass ein Vergleich unter den Ländern wegen unterschiedlicher Zuständigkeitsregelungen zwischen Land und Kommunen bei der überörtlichen Sozialhilfe nur eingeschränkte Aussagekraft hat.

Abbildung III.2.5: Pro-Kopf-Sozialausgaben auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Investive Ausgaben

Seit 2004 sind die Ausgaben der Kapitalrechnung um rd. 46 Euro je Einwohner gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf die in den letzten Jahren gesunkenen Sachinvestitionen der Kommunen in Sachsen-Anhalt zurückzuführen.

Tabelle III.2.2 zeigt die Struktur der investiven Ausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene. Die Sachinvestitionsausgaben lagen im Jahr 2008 in Sachsen-Anhalt nur noch rd. 1,5 % über denen der Kommunen in den FFW, während dieser Abstand im Jahr 2004 noch bei rd. 60 % lag.

Die Mittel wurden insbesondere in die Infrastrukturbereiche Straßenbau, Städtebau und Schulbau investiert.

Tabelle III.2.2: Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung je Einwohner auf kommunaler Ebene im Jahr 2008

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt	296	100,0	283	100,0
-- darunter:				
2. Sachinvestitionen	237	80	233	82
3. Vermögensübertragungen und Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	40	14	26	9

III.2.2 Einnahmen

Bereinigte Gesamteinnahmen

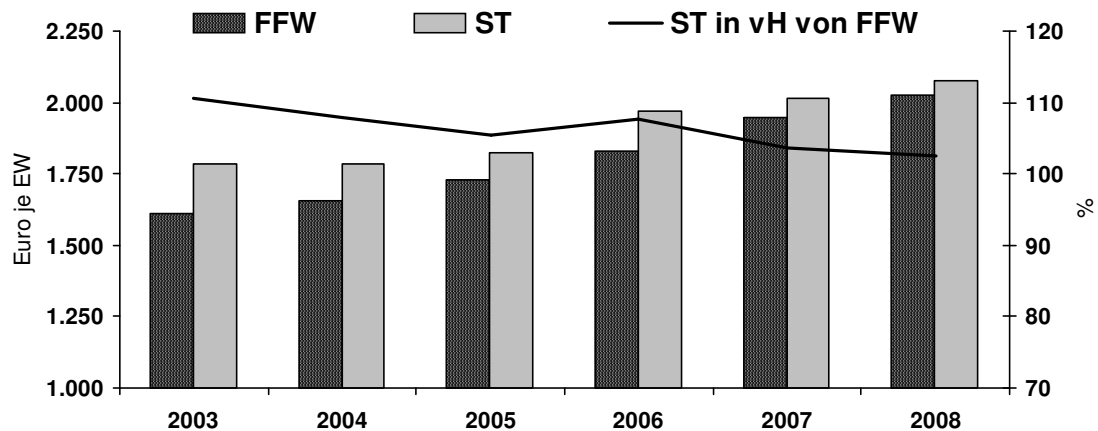
Tabelle III.2.3 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen der Kommunen im Jahr 2008. Diese verbuchten im Jahr 2008 je Einwohner bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von rd. 2.079 Euro und damit um rd. 3 % höhere Einnahmen als die FFW-Kommunen. 55 % der Einnahmen entfielen dabei auf Zahlungen des Landes innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs, während in den FFW-Kommunen der Anteil der Zuweisungen aus dem Landeshaushalt bei lediglich rd. 35 % lag, der Steueranteil also deutlich höher liegt.

Tabelle III.2.3: Struktur der Einnahmen je Einwohner in Euro auf kommunaler Ebene im Jahr 2008

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. bereinigte Einnahmen insgesamt	2.079	100,0	2.028	100,0
darunter:				
2. Steuereinnahmen	536	25,8	811	40,0
3. Zahlungen vom Land	1.136	54,6	719	35,4
4. Gebühren und Verwaltungseinnahmen	145	7,0	154	7,6
5. Vermögensveräußerungen	48	2,3	31	1,5

In Abbildung III.2.6 wird die Entwicklung der bereinigten Einnahmen auf der kommunalen Ebene dargestellt. Die Einnahmen sind seit 2004 gestiegen und lagen im Jahr 2008 um rd. 23 Euro je Einwohner über dem Wert des Jahres 2004. Im Jahr 2004 erreichten die Einnahmen noch rd. 112 % der durchschnittlichen Einnahmen der Kommunen in den finanzschwachen Westflächenländern, dieser Wert hat sich bis 2008 auf 103 % verringert. Auch hier ist die Umstellung der Sozialhilfe 2005 zu berücksichtigen.

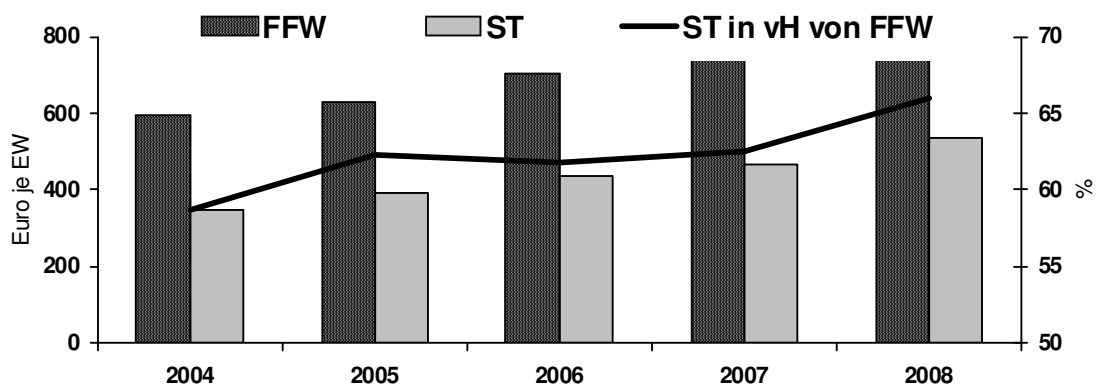
Abbildung III.2.6: Bereinigte Pro-Kopf-Einnahmen auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Steuereinnahmen

Aus eigenen Steuereinnahmen erwirtschafteten die Kommunen des Landes im Jahr 2008 rd. 26 % der Einnahmen und damit deutlich mehr als im Jahr 2004 (rd. 19 %). 2004 wurden in Sachsen-Anhalt rd. 59 % der durchschnittlichen Steuereinnahmen in den FFW-Kommunen erreicht. Dieser Wert ist bis 2008 auf 66 % gestiegen. Den größten Beitrag dazu leistete der Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen infolge der Gewerbesteuerreform im Rahmen der Gemeindefinanzreform. Die Entwicklung der Steuereinnahmen im Vergleich zu den FFW zeigt Abbildung III.2.7.

Abbildung III.2.7: Steuereinnahmen je Einwohner auf Ebene der Gemeinden im Vergleich zu den FFW



Die Steuerkraft der Gemeinden in Sachsen-Anhalt hat sich zwischen 2004 und 2008 um rd. 54 % erhöht, im Vergleich zu rd. 37 % bei den Kommunen der FFW. Allerdings

liegt die tatsächliche Finanzkraftlücke 2008 bei 275 Euro/EW, 2004 waren dies nur 244 Euro/EW. Diese kann nur teilweise auf die SoBEZ-Verwendung angerechnet werden, vgl. hierzu auch Abschnitt IV.2.

Ergänzend zeigt die Tabelle III.2.4 das Pro-Kopf-Aufkommen der wichtigsten Steuerarten. Die Steuerkraft der Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt liegt insbesondere beim Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (52 % des FFW-Niveaus) noch deutlich unter dem Wert der finanzschwachen Westflächenländer. Bei der Grundsteuer B und bei der Gewerbesteuer netto betragen die Abstände rd. 31 und 27 %. Die Steuereinnahmen der Gemeinden werden im Rahmen der Darstellung der SoBEZ-Verwendung zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft im Abschnitt IV ausführlicher behandelt.

Tabelle III.2.4: Steuereinnahmen auf Ebene der Gemeinden in Euro je Einwohner 2008

	ST	FFW	ST in % von FFW
1. Grundsteuer A	9	6	145,0
2. Grundsteuer B	83	121	68,8
3. Gewerbesteuer netto (./. Gewerbesteuerumlage)	243	333	73,1
4. Anteil an der Lohn- / veranl. Einkommensteuer	158	304	51,9
5. Anteil an der Umsatzsteuer	36	34	105,2
6. Sonstige Gemeindesteuern/steuerähnl. Einnahmen	5	10	54,8
7. Steuereinnahmen der Gemeinden/ GV insgesamt	536	811	66,0

Zahlungen vom Land

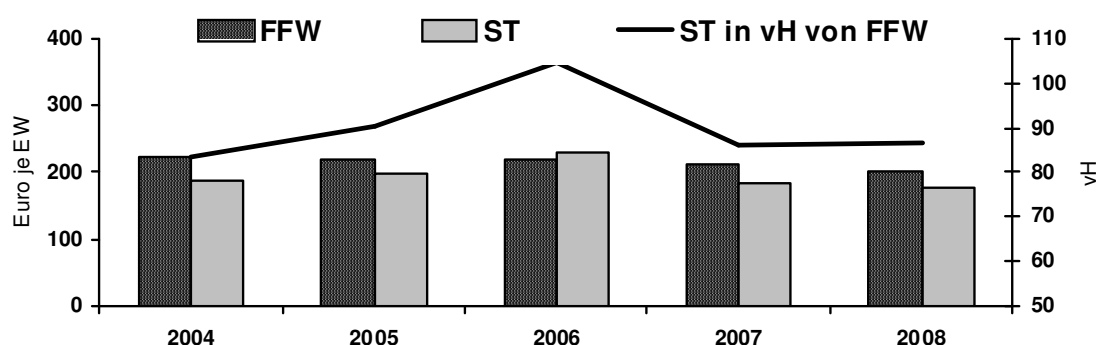
Die Einnahmen aus Zahlungen des Landes an die Kommunen wurden bereits im Abschnitt III.1 bei der Darstellung der Entwicklung des Landeshaushaltes erwähnt, siehe Abbildung III.1.8. In Abgrenzung der Kassenstatistik vereinnahmten die Kommunen Sachsen-Anhalts im Jahr 2008 rd. 1.136 Euro/EW (einschließlich der seit 2005 zu leistenden aufgabenbezogenen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung), das sind im Vergleich zu 2005 (ohne Fluthilfe) rd. 11 % mehr.

Einnahmen aus Gebühren usw. sowie Einnahmen aus Vermögensveräußerungen

Auf Kommunalebene waren die Einnahmen aus Gebühren in Sachsen-Anhalt in 2008 um 9 Euro je Einwohner niedriger als in den FFW-Ländern. 2004 betrug dieser Abstand rd. 7 Euro. In Sachsen-Anhalt wie auch in den FFW-Ländern ist das Pro-Kopf-

Gebührenaufkommen der Kommunen seit 2004 kontinuierlich gefallen. Die Pro-Kopf-Einnahmen aus *Vermögensveräußerungen* sind in 2008 in den Kommunen Sachsen-Anhalts gegenüber 2004 rückläufig, in den FFW-Kommunen sind diese Einnahmen noch deutlicher zurückgegangen. Bei den Pro-Kopf-Einnahmen aus Gebühren und Vermögensveräußerungen insgesamt ist in Sachsen-Anhalt gegenüber 2004 ein Rückgang um rd. 6 % zu verzeichnen (in den FFW-Ländern um rd. 9 %), siehe Abbildung III.2.8.

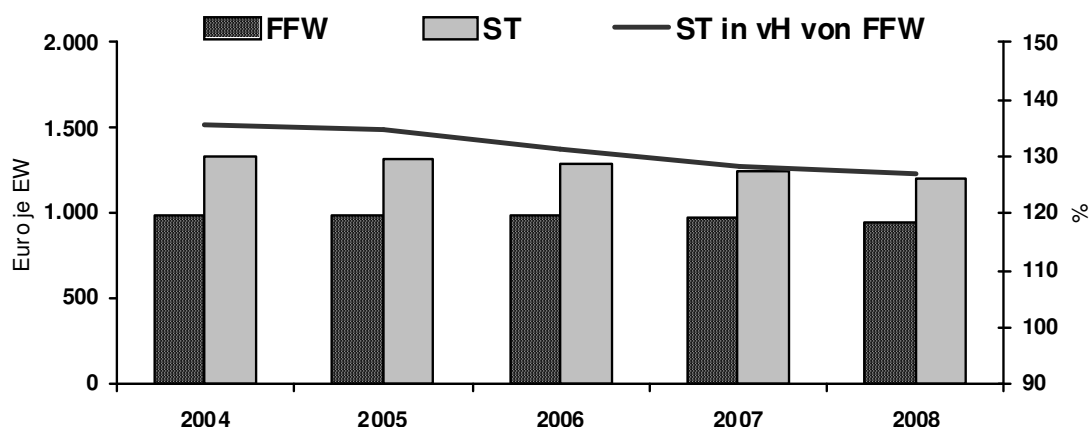
Abbildung III.2.8: Einnahmen der Kommunen aus Gebühren und Veräußerungserlösen je Einwohner im Vergleich zu den FFW



III.2.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt

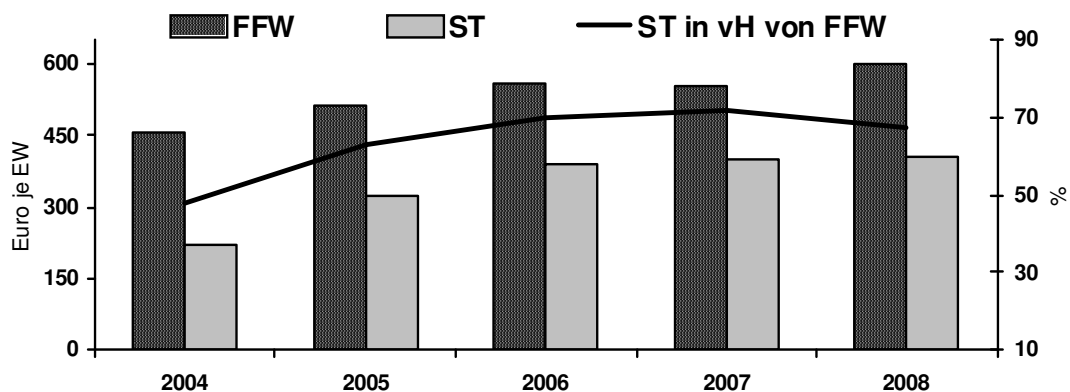
Im Jahr 2008 wurden in den FFW-Kommunen und in Sachsen-Anhalt erneut Schulden getilgt. Für die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung ergibt sich gegenüber 2004 in Sachsen-Anhalt mit rd. 130 Euro je Einwohner ein deutlicherer Rückgang als in den FFW-Kommunen mit 34 Euro je Einwohner. Dagegen haben sich die von den Kommunen in Sachsen-Anhalt aufgenommenen Kassenkredite um rd. 185 Euro je Einwohner erhöht. In den FFW-Ländern sind die kommunalen Kassenkredite im gleichen Zeitraum durchschnittlich um 141 Euro gestiegen.

Abbildung III.2.9: Pro-Kopf-Schulden auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW



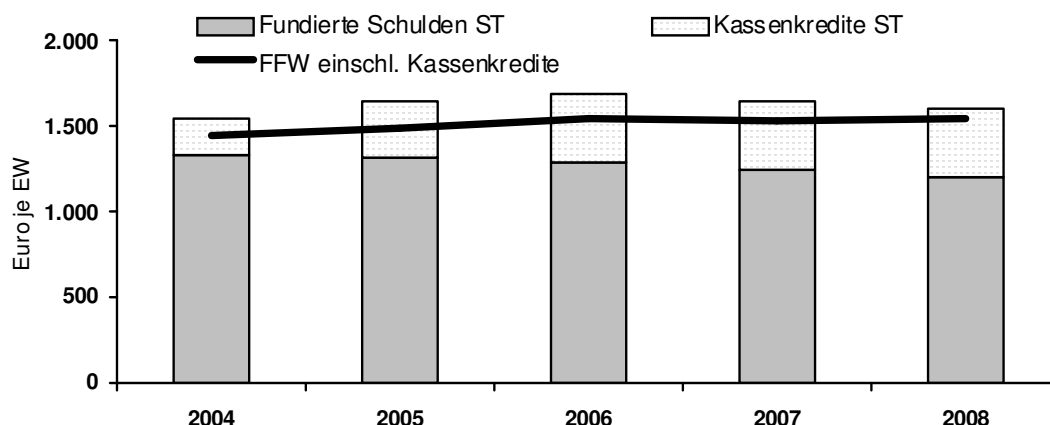
Die Kommunen des Landes konnten seit 2004 Kredite netto tilgen, 2008 in Höhe von rd. 57 Euro je Einwohner. Die Kassenkredite haben sich gegenüber dem Vorjahr absolut leicht verringert (um etwa 0,3 %), je Einwohner ergibt sich jedoch wie bereits im Vorjahr eine leichte Steigerung aufgrund des demografischen Effekts. Der absolute Betrag an Kassenkrediten je Einwohner erreicht in Sachsen-Anhalt rd. 68 % des FFW-Niveaus (2004 rd. 48 %), siehe [Abbildung III.2.10](#).

Abbildung III.2.10: Pro-Kopf-Kassenkredite der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW



Insgesamt ist bei fundierten Schulden und Kassenkrediten je Einwohner gegenüber 2004 ein Aufwuchs um rd. 3,5 % zu verzeichnen (FFW um rd. 7 %), siehe [Abbildung III.2.11](#).

Abbildung III.2.11: Pro-Kopf-Schulden und Kassenkredite auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt und den FFW



Die Zinsausgaben lagen im Jahr 2008 in Sachsen-Anhalt auf kommunaler Ebene mit rd. 74 Euro je Einwohner niedriger als die durchschnittlichen Zinsausgaben der FFW-Kommunen mit rd. 77 Euro je Einwohner.

III.3 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt

III.3.1 Ausgaben im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

Tabelle III.3.1 zeigt die bereinigten Gesamtausgaben, die Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (ohne Fluthilfe¹⁰) in Sachsen-Anhalt auf der konsolidierten Länder- und Kommunalebene im Vergleich zum Durchschnittswert der finanzschwachen Westflächenländer.

Tabelle III.3.1: Entwicklung der bereinigten Gesamtausgaben, der Ausgaben der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt (ohne Fluthilfe)

in Euro je Einw.

	bereinigte Gesamtausgaben		Ausgaben der Kapitalrechnung		laufende Ausgaben	
	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes
2004*	4.741	120,0	836	195,3	3.905	110,9
2005	4.883	123,4	881	203,6	4.002	113,8
2006	4.900	122,2	766	176,3	4.134	115,7
2007	4.786	116,4	756	161,8	4.030	110,4
2008	4.881	113,6	732	153,7	4.150	108,6

in Mio. Euro

	bereinigte Ausgaben	Ausgaben der Kapitalrechnung	laufende Ausgaben
2004*	11.904	2.100	9.803
2005	12.127	2.188	9.939
2006	12.038	1.882	10.156
2007	11.624	1.836	9.788
2008	11.707	1.755	9.953

* 2004 ohne Einmaleffekt Ausgleich Lehrer-Arbeitszeitkonten

¹⁰ Zu den Fluthilfeausgaben der einzelnen Kommunen liegen keine gesonderten Angaben vor. Daher werden die Fluthilfeausgaben auf der aggregierten Ebene bis 2006 in gleicher Höhe der jeweils empfangenen Einnahmen aus dem Aufbauhilfefonds abgesetzt. Ab 2007 erfolgt keine Bereinigung mehr, da die Beträge nur noch geringfügig sind.

Es wird ersichtlich, dass die bereinigten Gesamtausgaben 2008 unter denen des Jahres 2004 liegen. Durch den zu verzeichnenden Einwohnerrückgang ist diese Entwicklung auf der Ebene der Pro-Kopf-Ausgaben nicht sichtbar.

Die laufenden Pro-Kopf-Ausgaben der zusammengefassten Haushalte beider Ebenen in Sachsen-Anhalt lagen 2008 um rd. 9 % über den laufenden Ausgaben der finanzschwachen Westflächenländer (Vorjahr 10 %), je Einwohner bedeutet das einen Betrag von rd. 330 Euro an Mehrausgaben 2008 (Vorjahr 380 Euro) in Sachsen-Anhalt. Zu den Ursachen wird auf die Abschnitte III.1 und III.2 verwiesen.

Die investiven Ausgaben sind sowohl absolut als auch in Relation zu den FFW zurückgegangen. Sie lagen aber auch 2008 noch um mehr als 50 % über denen der FFW. Je Einwohner gerechnet waren die investiven Ausgaben im Jahr 2008 um rd. 16 % bzw. 354 Euro geringer als im Jahr 2004. Eine wesentliche Ursache des Rückgangs insgesamt liegt darin, dass die laufenden Ausgaben im Gegensatz zu den investiven Ausgaben weitgehend durch Leistungsgesetze des Bundes und des Landes bestimmt werden und daher bei den starken Konsolidierungserfordernissen der letzten Jahre ein überproportionaler Beitrag aus den Investitionsausgaben erbracht werden musste. Ab 2007 tritt hinzu, dass aufgrund der späten Genehmigung des Operationellen Programms für die EU-Förderperiode 2007 – 2013 beim EFRE IV deutliche Minderausgaben anfielen.

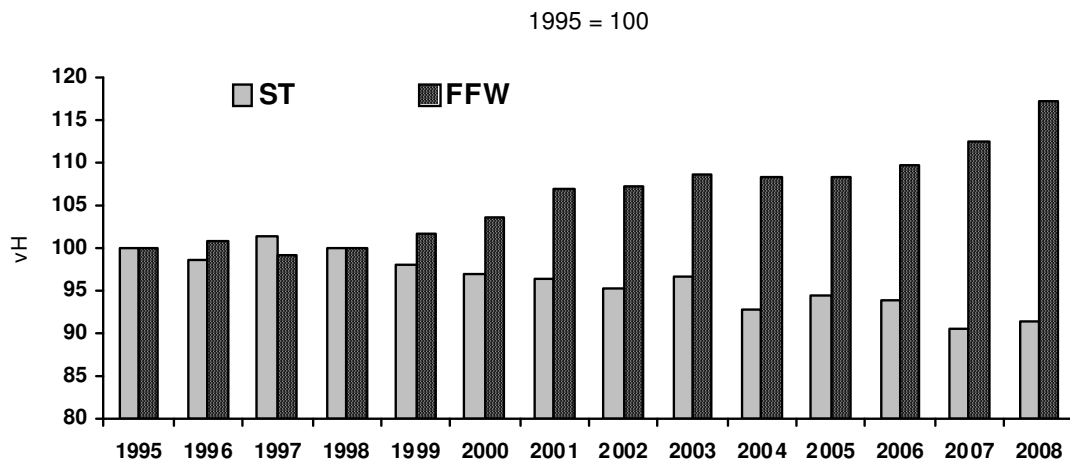
Die Tabelle III.3.2 zeigt die einzelnen Ausgabenkomponenten der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung im Jahr 2008. Zu den Ursachen der einzelnen Abweichungen wird auf die Abschnitte III.1 und III.2 des Berichts verwiesen.

Tabelle III.3.2: Höhe und Struktur der Ausgaben auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern im Jahr 2008

	ST			FFW	
	Euro je EW	%- Anteil	ST in % von FFW	Euro je EW	%- Anteil
A. laufende Ausgaben	4.150	85,0	108,6	3.820	88,9
- davon					
1. Personalausgaben	1.533	31,4	93,6	1.637	38,1
-- davon:					
1a. Versorgungsleistungen	66	1,4	19,8	333	7,8
1b. Bezüge für aktives Personal	1.467	30,1	112,5	1.304	30,3
2. Zinsausgaben	480	9,8	127,8	376	8,7
3. laufender Sachaufwand	776	15,9	123,8	627	14,6
4. Laufende Zuweisungen an andere Bereiche	1.194	24,4	101,1	1.180	27,5
-- darunter:					
4a. Renten, Unterstützung und dgl.	432	8,8	75,2	575	13,4
4b. Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	140	2,9	85,8	163	3,8
4c. Zuweisungen und Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	224	4,6	120,4	186	4,3
4d. Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen	340	7,0	219,5	155	3,6
5. AAÜG-Ausgaben	167	3,5			
B. Ausgaben der Kapitalrechnung	732	14,9	153,8	476	11,1
1. Sachinvestitionen	349	7,1	127,4	274	6,4
2. Vermögensübertragungen an andere Bereiche	294	6,0	269,8	109	2,5
C. bereinigte Gesamtausgaben	4.881	100,0	113,6	4.296	100,0

Bei Betrachtung der zurückliegenden Jahre wird deutlich, dass Sachsen-Anhalt seine Ausgaben seit 1995 erheblich stärker konsolidiert hat als die ebenfalls von den vorhandenen Sparzwängen betroffenen FFW. So zeigt Abbildung III.3.1 einen Ausgabenrückgang um etwa 9 % seit 1995 für Sachsen-Anhalt, dagegen war in den FFW im gleichen Zeitraum ein Ausgabenzuwachs von etwa 17 % zu verzeichnen. Dies führt zu einer allmählichen Angleichung des Ausgabenniveaus.

Abbildung III.3.1: Ausgabenzuwachsraten in Sachsen-Anhalt einschließlich der kommunalen Ebene im Vergleich zu den FFW (bereinigte Ausgaben ohne Fluthilfe und Lehrer-Arbeitszeitkonten 2004)



III.3.2 Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

In Tabelle III.3.3 wird die Entwicklung der bereinigten Einnahmen insgesamt, der Einnahmen der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung (Vorjahre ohne Fluthilfe) seit dem Jahr 2004 in Euro je Einwohner sowie in Prozent der Vergleichswerte des Durchschnitts der FFW ausgewiesen.

Tabelle III.3.3: Entwicklung der bereinigten Einnahmen, der Einnahmen der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt

in Euro je Einwohner

	bereinigte Gesamteinnahmen		Einnahmen der Kapitalrechnung		laufende Einnahmen	
	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes
2004	4.345	121,7	428	202,7	3.917	116,1
2005	4.443	126,2	425	190,9	4.018	121,8
2006	4.731	123,5	445	194,6	4.286	119,0
2007	4.948	122,3	390	172,7	4.558	119,3
2008	5.050	121,2	318	199,6	4.732	118,1

Die Gesamteinnahmen lagen im Jahr 2008 bei etwa 121 % des FFW-Vergleichswertes. Gegenüber 2007 ist ein Zuwachs von rd. 2,1 % (FFW 2,9 %), insbesondere aufgrund gesteigerter Steuereinnahmen (auf Landes- und Gemeindeebene), zu verzeichnen.

Die Tabelle III. 3.4 zeigt die Struktur der Einnahmen im Jahr 2008. Während die gesamten Pro-Kopf-Gesamteinnahmen rd. 21 % über denen der FFW lagen, erreichten die Steuer-

einnahmen des Landes und seiner Kommunen nur rd. 88 % des FFW-Vergleichswertes (wie Vorjahr), wobei die ausschließliche Ursache für die unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen die geringe kommunale Steuerkraft in Sachsen-Anhalt ist, da über die Umsatzsteuerverteilung die Pro-Kopf-Steuerkraft der Nehmerländer auf Länderebene im Finanzausgleich weitgehend angeglichen wird.

Die weiter bestehende Transferabhängigkeit der Finanzausstattung des Landes Sachsen-Anhalt wird insbesondere sichtbar, wenn man beachtet, dass das Land erst rd. 54 % seiner Einnahmen aus Steuern erzielt hat (Vorjahr 51 %), während in den finanzschwachen Westflächenländern die Quote bei rd. 74 % lag. Aus Leistungen des Bundes – laufende und investive Zuweisungen – bezog das Land einschl. der Kommunen im Jahr 2008 rd. 23 % seiner Einnahmen, davon entfallen rd. 13 % auf unmittelbare Zuweisungen aus dem Solidarpakt II (Korb I = SoBEZ).

Tabelle III.3.4: Höhe und Struktur der Einnahmen auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern im Jahr 2008

	ST			FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	ST in % von FFW	Euro je EW	%-Anteil
A. laufende Einnahmen	4.732	93,7	118,1	4.008	96,2
-- darunter:					
1. Steuereinnahmen	2.711	53,7	88,3	3.069	73,7
2. Verwaltungseinnahmen	474	9,4	88,1	538	12,9
3. Einnahmen aus dem LFA	274	5,4	421,5	65	1,6
4. Laufende Zahlungen des Bundes	1.172	23,2	523,2	224	5,4
-- darunter:					
4a. SoBEZ	671	13,3		0	
B. Einnahmen der Kapitalrechnung	318	6,3	200,0	159	3,8
-- darunter:					
1. Zuweisungen vom Bund	157	3,1	296,2	53	1,3
2. Zuweisungen von der EU	108	2,1	308,6	35	0,8
C. bereinigte Gesamteinnahmen	5.050	100,0	121,1	4.137	100,0

Langfristig hat Sachsen-Anhalt deutliche Einnahmenverluste im Zuge der Abschmelzung der Transferleistungen im Rahmen des Solidarpakt II zu kompensieren. Dies betrifft die SoBEZ, die von 1.609 Mio. Euro im Jahr 2008 auf letztmalig 330 Mio. Euro im Jahr 2019 zurückgehen werden, weitere überproportionale Leistungen, die das Land vom Bund im Rahmen anderer Programme erhält, sowie Zuweisungen von der EU.

III.3.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Entwicklung der Neuverschuldung im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

In den Jahren 2004 bis 2007 sind die Pro-Kopf-Schulden des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen um 1.016 Euro je Einwohner angestiegen, siehe Abbildung III.3.2. Ursache sind die bereits beschriebenen extrem hohen Einnahmefälle der Jahre 2002 bis 2005 infolge der letzten Konjunkturschwäche, aber auch aufgrund der Steuergesetze 2000 und 2002. Dazu tritt der demografische Effekt aufgrund des Einwohnerrückgangs. **Seit dem Jahr 2007 ist für die konsolidierte Ebene eine Nettotilgung zu verzeichnen, die sich ab 2008 auch pro Kopf auswirkt.** Im Vergleich zu den FFW hat sich die Relation gegenüber dem Vorjahr damit leicht verbessert. Gleichzeitig sind die für die Ermittlung des Schuldenstandes nicht berücksichtigten kommunalen Kassenkredite weiter angestiegen.

Abbildung III.3.2: Pro-Kopf-Schulden des Landes und der Kommunen im Vergleich zu den FFW

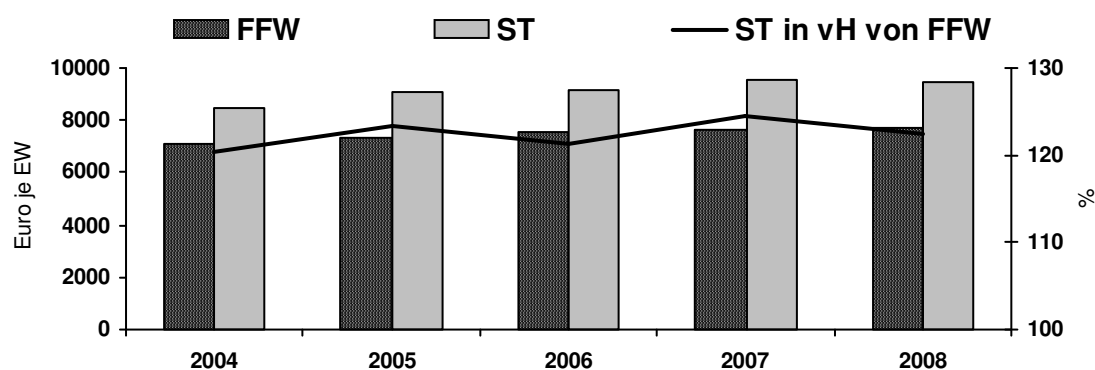
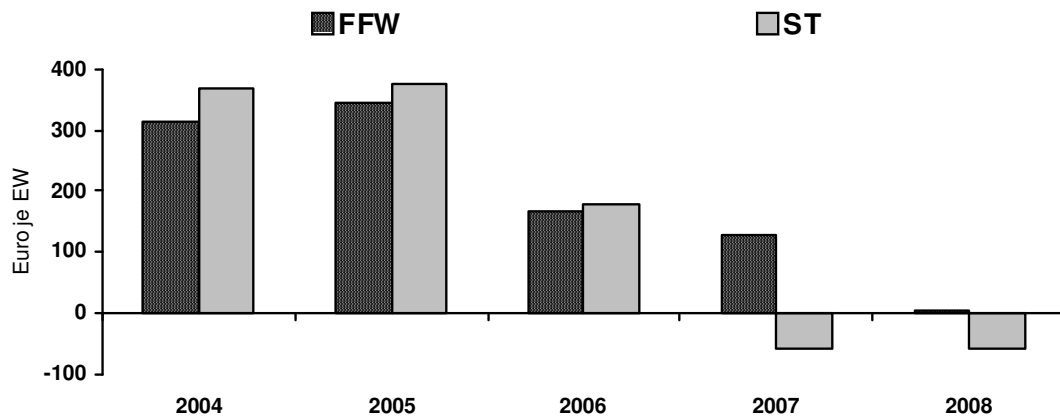


Abbildung III.3.3. zeigt die jeweilige jährliche Neuverschuldung im Vergleich zu den FFW. Seit 2007 ist für Sachsen-Anhalt in konsolidierter Betrachtung eine Tilgung zu verzeichnen.

Abbildung III.3.3: Pro-Kopf-Neuverschuldung des Landes und der Kommunen im Vergleich zu den FFW



III.4 Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt

Die im Abschnitt III. vorgenommene Analyse zeigt, dass das Land eine Reihe von spezifischen finanzwirtschaftlichen Problemen zu bewältigen hat, die vielfach noch auf teilungsbedingte Lasten und die im Jahr 1990 übernommene „Erbmasse“ zurückzuführen sind. Es konnte aber auch sichtbar gemacht werden, dass sowohl Land als auch Kommunen erhebliche Beiträge zur Ausgabenkonsolidierung und damit zur Begrenzung des Schuldenwachstums im Land geleistet haben. **So wurde im Jahr 2008 gegenüber dem Ausgangsjahr 1995 des Solidarpakts eine Ausgabenreduzierung auf konsolidierter Ebene um etwa 9 % erreicht (trotz neu hinzugetretener Ausgaben aus der Arbeitsmarktreform), während in den FFW gleichzeitig ein Anstieg um etwa 17 % erfolgte.**

Nach den Einnahmenverlusten aus den Steuerausfällen der vergangenen Jahre fand die konjunkturelle Erholung 2006/2007 und im ersten Halbjahr 2008 einen entsprechenden Niederschlag bei den Steuereinnahmen und der Rückführung der Neuverschuldung. Dies und die Konsolidierungsleistungen führen dazu, dass **2007 erstmals in der Geschichte des Landes keine neuen Schulden mehr aufgenommen wurden. Dies konnte auch 2008 fortgesetzt werden.** Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt aber auch, dass Sachsen-Anhalt sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite von Faktoren und Entwicklungen abhängig ist, die vom Land nicht direkt kontrollierbar sind und auch nicht in der ausschließlichen Entscheidungsverantwortung des Landes liegen. Zu nennen sind hier zum einen die jährlichen Steuereinnahmen, die bei konjunktureller Talfahrt erheblich zurückgehen, zum anderen aber auch z. B. die gestiegenen Aufwendungen im Rahmen der Sozialausgaben und insbesondere auch das weiterhin hohe Niveau der Zahlungen im

Rahmen des AAÜG, bei denen der Bund eine teilweise Entlastung der neuen Länder durch eine sukzessive Steigerung seines Anteils von 33 auf 40 % bis 2010 vornehmen wird.

Die Landesregierung hat den mit dem Haushalt 2009 ursprünglich beschlossenen Einstieg in die Tilgung der bestehenden hohen Landesschulden aufgrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zeitlich verschieben müssen, da die deutlich geringer fließenden Steuereinnahmen nicht durch entsprechende Ausgabenkürzungen aufgefangen werden können – dies wäre auch angesichts der schlechten Konjunkturlage kontraproduktiv. Entsprechend dem Entwurf der am 29. Sept. 2009 zu beschließenden Mittelfristigen Finanzplanung 2009 bis 2013 wird deshalb in den Jahren 2010 bis 2012 wieder eine Neuverschuldung erforderlich sein. Ab 2014 soll begonnen werden, die Landesschulden zu tilgen. Damit wird auch dem im Grundgesetz verankerten strukturellen Verschuldungsverbot ab 2020 Rechnung getragen. Hierfür ist die Bundesregierung gefordert, die Länder durch die Verringerung bundesgesetzlicher Standards bei der weiteren Konsolidierung zu unterstützen und entsprechende Vorschläge des Bundesrates konstruktiv zu prüfen.

IV. Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Berichtsjahr 2008 in Sachsen-Anhalt

In diesem Abschnitt erfolgt entsprechend dem vereinbarten Nachweisschema eine Darstellung der Verwendung der Solidarpaktmittel 2008. Diese sind seit 2005 entsprechend den Bestimmungen des § 11 Abs. 3 FAG, zuletzt geändert mit dem Solidarpaktfortführungsgesetz vom 20. Dez. 2001,

- für investive Zwecke und
- zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)

einzusetzen. Eine Anrechnung der weiterhin bestehenden teilungsbedingten Sonderlasten, insbesondere aus dem AAÜG, ist nach der neuen gesetzlichen Regelung seit 2005 nicht mehr vorgesehen.

IV.1 Der investive Einsatz der SoBEZ

Nach dem vereinbarten Berechnungsschema ergibt sich für die konsolidierte Landes- und Kommunalebene folgende investive Verwendung, siehe Tabelle IV.1.1:

Tabelle IV.1.1: Berechnung der aus den SoBEZ finanzierten Investitionen in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene) in Euro je Einwohner

	2004	2005	2006	2007	2008
1. Investitionsausgaben für Infrastruktur	879	825	762	734	675
- davon:					
Sachinvestitionen ¹¹	426	367	335	351	349
sonstige Investitionen	453	458	420	376	319
Schuldendiensthilfen ¹²		7	7	7	7
2. investive Einnahmen	422	401	364	331	266
- davon:					
Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	235	194	158	169	158
Zuschüsse für Investitionen von sonstigen Bereichen	187	207	206	162	108

¹¹ Die Darunterpositionen „Sachinvestitionen“ und „sonstige Investitionen“ wurden 2005 und 2006 korrigiert um den Anteil der Sachinvestitionen aus der ab 2005 erfolgenden Zuweisung an den Landesbetrieb Bau (LBB). Durch diese systematisch bedingte Korrektur erhöhen sich die Sachinvestitionen um 21 bzw. 26 Euro/Einw., dadurch verringert sich der bei den sonstigen Investitionen ausgewiesene Betrag gleichermaßen.

¹² Entsprechend der am 12. Juni 2006 mit dem Bund abgestimmten Änderung sind Schuldendiensthilfen, mit Ausnahme für den Wohnungsbau, ab 2005 anrechnungsfähig auf den Nachweis.

	2004	2005	2006	2007	2008
3. eigenfinanzierte Infrastrukturinvestitionen (1.–2.) ¹³	457	424	398	403	409
4. anteilige Neuverschuldung ¹⁴	344	271	151	-85	-121
5. aus den SoBEZ finanzierte Investitionen (3.–4.)	113	153	247	488	530
6. empfangene SoBEZ	662	667	671	671	671
7. investive Verwendung in % der SoBEZ	17,1	22,9	36,8	72,7	79,0
8. investive Verwendung in Mio. Euro	284	380	607	1.185	1.271

Wie aus der Darstellung ersichtlich ist, lag der Nachweis der investiven Verwendung im Jahr 2004 bei lediglich 17 %, da die eigenfinanzierten Investitionen die Höhe der Neuverschuldung nur geringfügig überstiegen haben. **Bis zum Jahr 2008 konnte aufgrund der Rückführung der Neuverschuldung eine deutliche Steigerung der investiven Verwendung auf nunmehr rd. 79 % der SoBEZ erreicht werden.**

Bei der Bewertung dieses Berechnungsschemas ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der gewählten Methode die investive Verwendung der SoBEZ bei gleichem Investitionsniveau in Abhängigkeit von der Höhe der Neuverschuldung stark schwanken kann. Die Aufbauleistung, die tatsächlich durch die SoBEZ bewirkt wird, lässt sich anhand des Berechnungsergebnisses also nicht darstellen. Darauf wird im Teil V dieses Berichts gesondert eingegangen.

IV.2 Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)

Die Gemeinden in den neuen Ländern haben eine deutlich geringere Steuerkraft als die Gemeinden in den finanzschwachen Westflächenländern, die sich mittelbar über die Kreisumlage auch auf die Landkreise auswirkt. Es ist daher erforderlich, dass die neuen Länder überproportional hohe Zuweisungen leisten, damit die Kommunen in den neuen Ländern den Kommunen der FFW vergleichbare Leistungen erbringen sowie zusätzliche Investitionen zur weiteren Schließung der Infrastrukturlücke tätigen können.

Da das Land aufgrund der UFK seiner Kommunen bereits Mittel aus dem Länderfinanzausgleich (LFA) einschließlich der allgemeinen BEZ, erhält, wird nur die danach verbleibende

¹³ Eine Bereinigung um die Fluthilfe wurde wie bereits in den Vorjahren nicht vorgenommen, da die Einnahmen und Ausgaben sich grundsätzlich ausgleichen.

¹⁴ Der Fehlbetrag 2003 ist dem Entstehungsjahr zugeordnet. Der „anteilige“ Betrag ergibt sich durch Abzug des Betrages, der außerhalb der Infrastrukturinvestitionen für (kreditfinanzierte) eigene Investitionen verausgabt wurde.

„Finanzierungslücke“ aus den SoBEZ gedeckt. Mit der erhöhten Anrechnung der Steuereinnahmen der Gemeinden im Länderfinanzausgleich ab 2005 (64 % statt vorher 50 %) sinkt der auf die SoBEZ-Verwendung anzurechnende Betrag für die UFK ab 2005 entsprechend ab. Die Länder haben bei der Beratung der Fortschrittsberichte 2005 mit dem Bundesministerium der Finanzen vereinbart, künftig für jedes Land die analog der Bundesmethode berechneten Beträge auf Basis eines Vergleichs mit dem nächstschwächsten Land in bundesstaatlichen Finanzausgleich (2008 = Bremen) auszuweisen¹⁵. Dies findet im Folgenden Verwendung, wenngleich die Bemessung der Finanzkraft eines Flächenlandes an der eines Stadtstaates gewisse methodische Zweifel (insbesondere wegen der starken Auswirkung der Einwohnerveredelung für Stadtstaaten) zulässt. Die einheitliche Methode wird für Sachsen-Anhalt in Tabelle IV.2.1 kurz dargestellt. Datenquelle sind die jährlichen vorläufigen Abrechnungen des Länderfinanzausgleichs durch das Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle IV.2.1: Ermittlung der auf die SoBEZ anzurechnende UFK für Sachsen-Anhalt

	in Euro je Einw.	
	Sachsen-Anhalt	Bremen
1. Kommunale Finanzkraft zu 100%	577	1.002
2. davon berücksichtigt im LFA 64%	369	641
3. komm. Ausgleichsmesszahl zu 64% ¹⁾	627	829
4. Ausgleich aus LFA und Allg. BEZ zu rd. 98% der kommunalen Ausgleichsmesszahl (3.)	248	169
5. Niveau nach LFA/Allg. BEZ (Summe 2. + 4.)	617	810
<i>(damit ausgeglichen in Prozent)</i>	<i>98,49</i>	<i>97,70</i>
6. komm. Ausgleichsmesszahl zu 100%	979	1.296
7. davon ausgeglichen bei voller Anrechnung der komm. Finanzkraft (Summe 1. + 4.)	825	1.171
8. verbleibende Lücke	154	125
9. möglicher Ausgleich aus SoBEZ ²⁾ <i>(in % der SoBEZ)</i>	56 8,3	--
10. Finanzkraft einschl. SoBEZ	881	1.171
Finanzkraft in % der AMZ zu 100% (6.)	89,96	90,37

1) unterschiedlich aufgrund höherer Einwohnerwertung HB im LFA (Stadtstaat)

2) entsprechend Berechnung § 10 Abs. 1 und § 11 Abs. 2 FAG (bundesstaatlicher Finanzausgleich)
AMZ=Ausgleichsmesszahl

¹⁵ Entsprechend der Bundesmethodik ist Bremen als Referenzland zu wählen, wenn man den Ausgleich der UFK über die SoBEZ im direkten Anschluss an den bundesstaatlichen Finanzausgleich vornimmt. Danach darf keine Verschiebung der Finanzkraftreihenfolge der Länder durch die Anrechnung der UFK-Ausgleichszahlungen bewirkt werden. Die auszugleichende kommunale Finanzkraft orientiert sich an der kommunalen Ausgleichsmesszahl des Länderfinanzausgleichs und entspricht somit nicht der Kassenstatistik.

Entsprechend der verwendeten Bundesmethode ergibt sich ein Betrag von rd. 134 Mio. Euro (56 Euro je Einwohner) für die Finanzkraftlücke der Kommunen, der 2008 aus den SoBEZ finanziert wurde.

Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass nach dem hier berechneten Ausgleich eine Finanzkraftlücke von rd. 236 Mio. Euro (98 Euro je Einwohner) bestehen bleibt. Zusätzlich ist das Problem der fiktiven Einnahmeberechnung zu sehen. Die tatsächlichen kommunalen Steuereinnahmen liegen deutlich unter dem fiktiven Aufkommen im Länderfinanzausgleich (Kassenstatistik: 536 Euro/Einw., LFA: 577 Euro/Einw.). Durch den Vergleich mit Bremen als Stadtstaat (Stichwort Einwohnerveredelung) wird dieses Problem noch verschärft.

IV.3 Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SoBEZ

Die Tabelle IV.3.1 beinhaltet die aus der Zusammenfassung der in den Abschnitten IV.1 und IV.2 ermittelten Beträge resultierende **gesamte Verwendungsrechnung**. Die Summe aus den eigenfinanzierten Investitionen sowie den zum Ausgleich der UFK erforderlichen SoBEZ wird den empfangenen SoBEZ gegenübergestellt.

Tabelle IV.3.1: Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SoBEZ (Landes- und Kommunalebene) für das Land Sachsen-Anhalt

	in Euro je Einw.				
	2004	2005	2006	2007	2008
1. Investive Verwendung	113	153	247	488	530
2. Ausgleich der UFK	112	68 bis 100	53	68	56
3. Nachweis gesamt (Summe 1. und 2.)	225	221 bis 253	300	556	585
4. empfangene SoBEZ ¹⁶	662	667	671	671	671
5. Nachweis in % der SoBEZ	34,0	33 bis 38	44,7	82,8	87,3
<i>nachrichtlich für Vorjahre:</i>					
<i>sonst. teilungsbedingte Sonderlasten</i>	162				
<i>Nachweis einschl. teilungsb.Lasten gesamt</i>	387				
<i>in % der SoBEZ</i>	58,5				

¹⁶ Seit 2005 gehen die SoBEZ absolut zurück. Der gleichzeitig stattfindende Einwohnerrückgang bewirkt einen seit 2006 gleichbleibenden Pro-Kopf-Betrag.

in Mio. Euro

	2004	2005	2006	2007	2008
1. Investive Verwendung	284	380	607	1.185	1.271
2. Ausgleich der UFK	281	168 bis 249	131	166	134
3. Nachweis gesamt (Summe 1. und 2.)	565	549 bis 629	738	1.352	1.405
4. empfangene SoBEZ	1.661	1.657	1.649	1.633	1.609
5. Nachweis in % der SoBEZ	34,0	33 bis 38	44,7	82,8	87,3

Zur Bewertung von Investitionen in Abgrenzung der Haushaltssystematik hinsichtlich ihres Aufbau- oder Zukunftswertes soll hier auf den **Finanzplan 2006 bis 2010 des Bundes** (S. 44) verwiesen werden:

„Die Einordnung einer Ausgabe als Investition ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit ihrer höheren Qualität gegenüber konsumtiven Ausgaben. Dies zeigt ein Blick auf die Bereiche Forschung und Bildung, Kinder oder Umwelt, bei denen auch viele im haushaltsrechtlichen Sinne ‚konsumtive‘ Ausgaben tatsächlich ‚Investitionen in die Zukunft‘ bedeuten.“

Im Ergebnis wurden rd. 87 % der empfangenen SoBEZ rechnerisch für das Jahr 2008 nachgewiesen. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ist sich bewusst, dass die noch nicht vollständige Nachweisung der empfangenen SoBEZ Ausdruck der weiter zu leistenden Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitiger weiter überdurchschnittlicher Investitionstätigkeit ist. Angesichts der steigenden Bedeutung der Zukunftsinvestitionen, wie z. B. in Bildung und Wissenschaft, ist aber auch zu betonen, dass die Zuordnung zur Haushaltssystematik nicht alleinige Richtlinie der künftigen Ausgabenschwerpunkte des Landes sein kann.

Die in der Vergangenheit auf die SoBEZ anrechenbaren teilungsbedingten Sonderlasten sind seit 2005 nicht mehr aus den SoBEZ zu finanzieren, obwohl die Belastung der Haushalte der neuen Länder aus diesen Verpflichtungen weiter besteht. Dies betrifft z. B. die bereits in Abschnitt III.1.1 angesprochenen Zahlungen des Landes im Rahmen des AAÜG oder die Finanzierung der kommunalen Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen nach dem Altschuldenregelungsgesetz vom 6. März 1997, aber auch teilungsbedingte Sonderlasten für zusätzliche Aufwendungen zur Beseitigung von Altlasten und für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Gleichwohl besteht die Belastung der Haushalte der neuen Länder aus diesen Verpflichtungen unvermindert weiter. Im Jahr 2008 haben die Ausgaben allein für die **Zahlungen nach dem AAÜG rd. 400 Mio. Euro** betragen. Die Höhe der AAÜG-Lasten entspricht in Sachsen-Anhalt rd. 24,7 % der SoBEZ. Diese Ausgaben

schränken die Haushaltskonsolidierung entsprechend ein. Der Bund hat deshalb eine weitere Entlastung der neuen Länder bei den Verpflichtungen für die Zusatz- und Sonderversorgung übernommen, die zumindest eine mittelfristige Stabilisierung dieser Ausgaben bewirkt. **Dies wird einen weiteren Beitrag zur vorgesehenen Haushaltskonsolidierung und damit letztlich auch zur Verbesserung des SoBEZ-Verwendungsnachweises leisten.**

V. Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum

Die quantitative Darstellung zur Verwendung der SoBEZ bedarf einer **qualitativen und quantitativen Ergänzung hinsichtlich des Beitrages des Landes Sachsen-Anhalt zur Beseitigung der Infrastrukturlücke** im Vergleich zu den alten Ländern bzw. zu den finanzschwachen Westflächenländern. Hierzu wurde im ersten vom Land Sachsen-Anhalt vorgelegten Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2002 zunächst eine Bestandsaufnahme der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern vorgenommen, wobei sich die Darstellung an dem im Zuge der Solidarpakt-II-Verhandlungen vorgelegten Gutachten orientierte. In den vergangenen Berichten wurde dokumentiert, wie die Infrastrukturinvestitionsaktivität seit 1991 in Sachsen-Anhalt auf der Ebene des Landes und seiner Kommunen zum Schließen der Infrastrukturlücke beigetragen hat. In diesem Fortschrittsbericht wird daran angeknüpft. Die Darstellung beschränkt sich daher zum Teil auf das Berichtsjahr 2008.

V.1 Zur Ausgangssituation: Höhe und Struktur der Infrastrukturlücke

Das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)¹⁷ hat folgende Bestände und Nachholbereiche bei der Infrastrukturausstattung der neuen Flächenländer (einschl. ihrer Kommunen) quantifiziert, siehe Tabelle V.1.1.

Tabelle V.1.1: Pro-Kopf-Bruttoanlagevermögen der neuen Flächenländer und Sachsen-Anhalts sowie der strukturschwachen Westflächenländer in Euro je Einwohner im Jahr 1999 zu Preisen von 1991 (die „**Nachholbereiche**“ sind hervorgehoben)

	finanzschwache Flächenländer West	neue Flächenländer	Sachsen-Anhalt
1. Zentrale Verwaltung	469	529	450
2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	325	343	323
3. Rechtsschutz	98	100	84
4. Schulen	2.444	1.474	1.458
5. Hochschulen und sonstige Forschung	745	558	557
6. Kultur	168	369	407

¹⁷ DIW (2000), *Infrastrukturausstattung und Nachholbedarf in Ostdeutschland*, Berlin 2000.

	finanzschwache Flächenländer West	neue Flächenländer	Sachsen-Anhalt
7. Soziale Sicherung	230	337	342
8. Sport und Erholung	447	393	405
9. Krankenanstalten	691	905	914
10. Wohnungswesen und Raumordnung	366	400	399
11. Landwirtschaft und Forsten	234	150	148
12. Verkehrsbereich insgesamt	4.505	2.406	2.520
- darunter Straßen	4.394	2.162	1.980
insgesamt (1. bis 12.): Kerninfrastruktur	10.718	7.963	8.008
13. Kommunale Gemeinschaftsdienste	2.720	639	652
14. Energie, Wasserwirtschaft	367	239	213
15. Wirtschaftsunternehmen	483	129	91
16. Allg. Grund-/Sondervermögen	505	253	310
insgesamt (1. bis 16)	14.782	9.224	9.274

Anmerkungen:

- 1) Die Daten sind der Tabelle 4 in DIW (2000) entnommen.
- 2) Die Angaben für Sachsen-Anhalt wurden aus den Tabellenanhängen A, B und C zum DIW-Gutachten 2000 berechnet. Bei den Hochbauten wurden die Kommunalen Gemeinschaftsdienste nicht berücksichtigt; dies entspricht der Verfahrensweise zur Tabelle 4 des DIW-Gutachtens.

Der größte Anteil des staatlichen Bruttoanlagevermögens entfällt auf den Verkehrsbereich und hier insbesondere auf den Straßenverkehr. In den neuen Ländern hatte dieser Bereich im Jahr 1999 einen Anteil von rd. 30 %, während in den alten Ländern der Anteil bei rd. 42 % lag. Dies ist auch der Bereich, in dem nach den Berechnungen des DIW sowohl die relativ als auch die absolut höchste Infrastrukturlücke zu verzeichnen ist. **Bedeutend ist ferner das Bildungssystem, besonders der Schulbereich,** auf den in den Westflächenländern rd. 23 % des Bruttoanlagevermögens, in den neuen Flächenländern hingegen lediglich ein Anteil von rd. 19 % entfallen. **Weitere staatliche Aufgabenbereiche mit einem Infrastrukturanteil von mehr als 5 % sind die Bereiche Hochschulen, allgemeine Verwaltung und der Krankenhausbereich.**

Eine Bewertung des weiteren Abbaus der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern muss auch den erheblichen demografischen Veränderungen in den neuen Ländern Rechnung tragen. So ist infolge des hohen und nachhaltigen Schülerrückgangs eine Anpassung der

Infrastrukturen in diesem Bereich auf das je Einwohner gerechnete „Westniveau“ kaum sinnvoll¹⁸, während in anderen Bereichen, wie z.B. bei der sozialen Sicherung, den Krankenanstalten, dem Wohnungswesen, usw., der schnellere Alterungsprozess in den neuen Flächenländern möglicherweise eine höhere (Pro-Kopf-) Infrastrukturausstattung erfordert als in den alten Flächenländern.

V.2 Infrastrukturinvestitionen des Landes Sachsen-Anhalt 2008

Im Land Sachsen-Anhalt wurden 2008 **rd. 1,6 Mrd. Euro für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Bereich der Infrastruktur** eingesetzt. Auf Landesebene wurde schwerpunktmäßig in die nachfolgend dargestellten Bereiche investiert:

Auch im Jahr 2008 konnte das **Landesstraßennetz Sachsen-Anhalts** mit einer Gesamtlänge von 3.951 km durch Um- und Ausbauarbeiten weiter verbessert werden. Inzwischen entsprechen 58 % des Landesstraßennetzes dem derzeitigen Standard (Vorjahr: 56 %, 2004: 48 %). 94 % der Bauwerke sind in ihrer Tragfähigkeit ohne Einschränkung nutzbar (Vorjahr: 93 %, 2004: 90 %).

Zu den im Jahr 2008 fertig gestellten Baumaßnahmen gehören beispielhaft der Ersatzneubau der Brücke über die weiße Elster bei Lochau (L 186), der Brücke bei Etgersleben (L 76) sowie der Um- und Ausbau der Ortsdurchfahrten in Baalberge (L 146) und Allstedt (L 219).

Erhebliche Investitionen wurden in dem Bereich **Verkehrsinfrastruktur** im kommunalen und unternehmerischen Sektor gefördert. Rund 235 kommunale Straßenbauvorhaben erhielten Mittel aus dem Entflechtungsgesetz, dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung sowie dem Finanzausgleichsgesetz. Ebenso konnte der Zustand der Binnenhäfen und Flugplätze in Sachsen-Anhalt verbessert werden. Weitere Investitionen erfolgten in die Eisenbahninfrastruktur des Landes Sachsen-Anhalt (z.B. Rübelandbahn und Hafenbahn Magdeburg). Insgesamt wurden 2008 im Straßenbau rd. 413 Mio. Euro umgesetzt, weitere 46 Mio. Euro für den ÖPNV und den Schienengüterverkehr.

Im Bereich der **Verkehrsforschung** werden in Umsetzung der Landesinitiative „Angewandte Verkehrsforschung / Galileo Transport Sachsen-Anhalt“ Entwicklungen und Innovationen im Verkehrs-, Mobilitäts- und Logistiksektor gefördert, bei denen Potentiale intelligenter

¹⁸ In dem bereits mehrfach zitierten DIW-Gutachten wird als „Vergleichsmaßstab“ im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl zurückgegriffen. In einzelnen Aufgabenbereichen, wie insbesondere dem Bildungssystem, aber auch in den Bereichen der Krankenhausversorgung usw., sind andere Vergleichsmaßstäbe (wie z.B. die Schülerzahlen) besser geeignet.

Verkehrssysteme, vor allem auf der Grundlage satellitengestützter und terrestrischer Ortungs-, Navigations- und Kommunikationssysteme, genutzt werden. Im Jahr 2008 wurden dafür insgesamt rund 3,5 Mio. Euro eingesetzt, davon 1 Mio. Euro in den Aufbau eines Entwicklungslabors und Testfeldes für Ortung, Navigation und Kommunikation in Verkehr und Logistik (Galileo Testfeld Sachsen-Anhalt) im Wissenschaftshafen Magdeburg.

Auch im Rahmen der **Städtebauförderung** konnten weitere Infrastrukturdefizite abgebaut werden. Die eingesetzten Mittel kamen insbesondere der städtebaulichen Erneuerung sowie der Aufwertung von Stadtteilen bzw. Stadtquartieren mit überdurchschnittlichen Defiziten zugute. Dabei ist in erster Linie in weitere Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie den Ausbau der kulturellen und sozialen Infrastruktur investiert worden. Im Mittelpunkt standen hier der kommunale Straßenbau in Sanierungsgebieten sowie die Erneuerung als auch Anpassung von Kindertagesstätten und Schulen an die demografische Entwicklung. Grundsätzlich erfolgt im Städtebau die Förderung von Projekten auf der Grundlage ganzheitlicher Entwicklungskonzepte (Sanierungs-, Stadtteilentwicklungskonzepte). Weitere Mittel wurden für Investitionsvorhaben in Gemeinden im ländlichen Bereich zur Beseitigung von Mängeln im Hinblick auf die bauliche Beschaffenheit von Gebäuden und die Erfüllung von Aufgaben (Infrastruktur) eingesetzt.

Die noch bestehende Infrastrukturlücke im Bereich der **Infrastruktur der Wirtschaft** konnte mit Mitteln der vom Land, dem Bund und der EU finanzierten Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ weiter verringert werden. Im Jahr 2008 wurden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe 42 Vorhaben der wirtschaftsnahen Infrastruktur gefördert. Das Investitionsvolumen betrug rd. 139 Mio. Euro, das Zuschussvolumen rd. 115 Mio. Euro (Vorjahr 31 Mio. Euro). Der Schwerpunkt der Förderung lag bei der Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten (9 Vorhaben mit einem Zuschuss von rd. 94 Mio. EUR), der Errichtung bzw. dem Ausbau von Verkehrsverbindungen (5 Vorhaben mit einem Zuschuss von rd. 9 Mio. EUR) sowie der Geländeerschließung für Fremdenverkehr (17 Vorhaben mit einem Zuschuss von rd. 9 Mio. EUR).

Eine wesentliche Rolle für den weiteren Aufbau Ost kommt auch der **Förderung der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung** zu. Für die Schaffung neuer und sicherer Arbeitsplätze ist es erforderlich, die Umgestaltung der Wirtschaft weiter voranzutreiben. Die Schlüsselrolle bei der Bewältigung des notwendigen Strukturwandels nehmen die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ein. Das Land Sachsen-Anhalt fördert daher aktiv marktorientierte Innovationsprozesse, die mit einem hohen wirtschaftlichen und technischen Risiko verbunden sind. Im Mittelpunkt stehen vor allem Projekte des produzierenden Gewerbes und der produktionsnahen Forschungsdienstleistungen aus den Bereichen

Chemie/ Kunststoffe, Maschinen- und Anlagenbau, Automotive-Zulieferindustrie, Biotechnologie, Pharmazeutische Industrie, Erneuerbare Energien und Medizintechnik/ Gesundheitswirtschaft sowie den Querschnittsbranchen Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere Virtual-Reality-/ Virtual-Engineering-Technologien, Mikrosystemtechnik, Nanotechnologie/ Neue Werkstoffe. Im Jahr 2008 hat das Land Sachsen-Anhalt in 118 Vorhaben insgesamt rd. 27,6 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung in Unternehmen investiert.

Investitionen in **Wissenschaft und Forschung** sind ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Sachsen-Anhalt. Das Land verfügt über 7 staatliche Hochschulen, davon 2 Universitäten und eine Kunsthochschule, sowie mehrere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, alle mit sehr guten Bedingungen hinsichtlich der Ausstattung, der Betreuungsrelation und der Möglichkeit eines schnellen und qualifizierten Abschlusses. Im Jahr 2008 wurden für die Ausstattung der Hochschulen mit Großgeräten und den Hochschulbau rd. 112 Mio. Euro investiert, der darin enthaltene Bundesanteil beträgt rd. 36 Mio. Euro Kompensationsmittel nach Art. 143 c GG und 10,25 Mio. Euro GA Forschungsförderung nach Art. 91 b GG. Darüber hinaus wurden rd. 42 Mio. Euro aus EFRE-Mitteln in den Hochschulbau investiert.

Mit der Föderalismusreform wurde die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Hinblick auf die angestrebte Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern und den Aufbau von Mischfinanzierungen zum 1. Januar 2007 beendet. Allerdings erhalten die Länder bis 2019, davon bis 2013 zweckgebunden, aus dem Bundeshaushalt Kompensationszahlungen für den Wegfall der Finanzierungsanteile des Bundes (Art. 143 c GG neu). Gleichzeitig wurde Art. 91 b GG umfassend geändert. Anknüpfungspunkt für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich Wissenschaft und Forschung (Art. 91 b Abs. 1 GG neu) ist die überregionale Bedeutung von Einrichtungen oder Vorhaben. Das heißt, Mischfinanzierungen sind weiter möglich, wenn die betreffende Einrichtung oder das betreffende Vorhaben Ausstrahlungskraft über das einzelne Land hinaus hat und bedeutend im nationalen oder internationalen Kontext ist. Im Einzelnen fallen unter diese erweiterte Gemeinschaftsaufgabe die bisherige Forschungsförderung, die überregionalen Bestandteile der alten Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau (einschließlich der Beschaffung von Großgeräten) und - mit Zustimmung aller Länder - sonstige Vorhaben der Wissenschaft und Forschung mit überregionaler Bedeutung.

Für Geräte und Bauinvestitionen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft (WLG), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle (UFZ) wurden im Jahr 2008 insgesamt rd. 6,9 Mio. Euro aus Lan-

desmitteln eingesetzt. Davon entfielen auf die WLG 4,1 Mio. Euro, die MPG 2,3 Mio. Euro und das UFZ 0,5 Mio. Euro.

Im Bereich der **Trinkwasserversorgung** und der **Abwasserbeseitigung** konnten weitere Fortschritte erzielt werden. Der Anschlussgrad der Bevölkerung an öffentliche Kläranlagen konnte auf 92,8 % erhöht werden (Vorjahr: 90,9 %, 2004: 86,8 %), der Anschlussgrad an die öffentliche Trinkwasserversorgung auf 99,95 %. Der Ausbau der öffentlichen Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurde im Jahr 2008 mit rund 42,5 Mio. Euro gefördert. Auch in den Bereichen **Abfall/Altlasten und Bodenschutz** konnten die Standortfaktoren weiter verbessert werden. Hierfür wurden 2008 fast 2,9 Mio. Euro Fördermittel ausgereicht. Für die Altlastensanierung im Rahmen der Altlastenfreistellung wurden im Jahr 2008 knapp 25 Mio. Euro aufgewendet.

Die **Stärkung des Wirtschaftsfaktors „Landwirtschaft“** erfolgt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ aus Mitteln des Landes, des Bundes und der EU. Die gegenwärtige Situation ist immer noch von Defiziten gekennzeichnet, insbesondere durch verkehrstechnische Unzulänglichkeiten und den hohen Sanierungsbedarf in den ländlichen Gemeinden. Das Hauptanliegen der Förderung **Dorferneuerung** besteht daher in der Verbesserung der infrastrukturellen und baulichen Verhältnisse in Dörfern mit agrarstrukturellem Bezug. Der Schwerpunkt der ausgereichten Fördermittel lag im Jahr 2008, ähnlich wie in den Vorjahren, im Bereich der kommunalen Investitionen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse. 2008 wurden in der Dorferneuerung 770 Vorhaben mit Zuschüssen von rund 22,6 Mio. Euro bewilligt. Davon für Vorhaben zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse rund 15,2 Mio. Euro.

Für die **Umsetzung des ländlichen Wegekonzeptes** in Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2008 rd. 6,5 Mio. Euro investiert. Dadurch konnte die Vernetzung des Straßen- und Wegenetzes im ländlichen Raum weiter vorangetrieben werden. Die verschiedenen Verkehrssysteme, die neben ihrer landwirtschaftlichen Nutzung zunehmend touristischen Anforderungen unterliegen, wurden weiter ausgebaut.

Weiterhin wurden erhebliche Mittel für **wasserwirtschaftliche Maßnahmen** zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes eingesetzt. Gefördert wurden hier im Wesentlichen der Neubau und die Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen.

Im Bereich der Kindertageseinrichtungen besteht auch weiterhin Sanierungsbedarf, da ein großer Teil der Kindertageseinrichtungen aus alter Bausubstanz besteht. Im Jahr 2008 wurden 68 Förderzusagen für Investitionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen gege-

ben. Diese Maßnahmen werden durch die EU, den Bund und das Land Sachsen-Anhalt gefördert und sollen in den kommenden Jahren bis 2013 umgesetzt werden. Dabei handelt es sich um Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie Ersatzneubauten zur Schaffung kindgerechter Innen- und Außenräume auch entsprechend den Anforderungen an eine barrierefreie Zugänglichkeit und eine räumlich barrierefreie Ausgestaltung sowie des Gesundheitsschutzes.

Im Bereich der Sportförderung wurde im Jahr 2008 der Nachholbedarf bei der Sanierung der vorhandenen Sportstätten weiter verringert. Das Land Sachsen-Anhalt hat im Jahr 2008 25 Investitionsmaßnahmen in einem Umfang von knapp 3,8 Mio. Euro gefördert.

Mit den im Jahr 2008 durchgeführten Investitionen konnte die bestehende Infrastrukturlücke weiter verringert werden. Auch zukünftig verfolgt die Landesregierung das Ziel, die zur Verfügung stehenden Mittel vorrangig in die Schwerpunktbereiche für den weiteren Aufbau der Infrastruktur zu lenken.

V.3 Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt

Auf Basis der festgestellten Situation, dass in den neuen Flächenländern und damit auch in Sachsen-Anhalt, Ende des Jahres 1999 noch erhebliche, wenn auch über die öffentlichen Aufgabenbereiche höchst unterschiedliche Infrastrukturlücken vorgelegen haben, wird hier dargelegt, in welchem Umfang die Investitionstätigkeit im Land einen Beitrag zum Schließen der Infrastrukturlücke geleistet hat.

Dazu zeigt die Abbildung V.3.1 das Volumen der investiven Ausgaben für Infrastruktur auf der Ebene des konsolidierten Haushaltes des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen im Vergleich zu den FFW. Im Berichtsjahr 2008 lagen die investiven Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen in Sachsen-Anhalt bei rd. 668 Euro je Einwohner, während diese in den finanzschwachen Westflächenländern rd. 428 Euro je Einwohner betragen. **Damit lag das gesamte Investitionsvolumen bei etwa 156 % des FFW-Wertes. Dies belegt, dass – insbesondere auch vor dem Hintergrund des höheren Ersatzinvestitionsbedarfs in den Westflächenländern – die Schließung der Infrastrukturlücke trotz der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt weiter vorangekommen ist.**

Abbildung V.3.1: Investive Ausgaben für Infrastruktur in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene – ohne Fluthilfe) im Vergleich zu den FFW

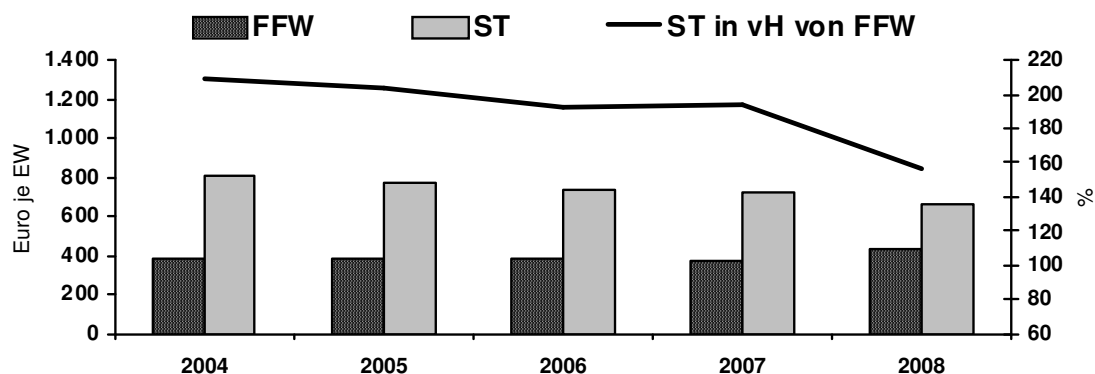
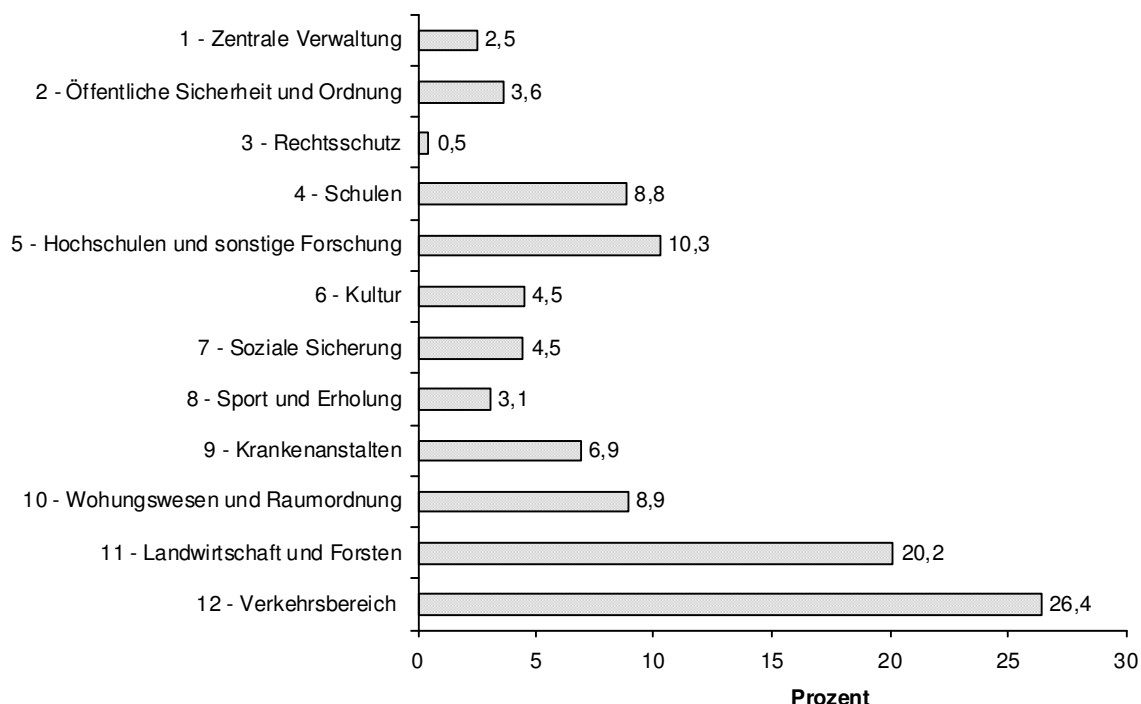


Abbildung V.3.2 zeigt die Verteilung der Infrastrukturinvestitionsausgaben im Land Sachsen-Anhalt auf die einzelnen Kerninfrastrukturbereiche im Jahr 2007¹⁹. **Ein Schließen der Infrastrukturlücke unter Beachtung der Struktur des Infrastrukturkapitalbestandes erfordert, dass öffentliche Infrastrukturinvestitionen insbesondere in jene Bereiche gelenkt werden, bei denen von einer besonders hohen Infrastrukturlücke auszugehen ist. Rd. 46 % der Investitionsausgaben für die Infrastruktur entfielen auf die Bereiche Verkehr und Bildung (Schulen und Hochschulen). Diese Aufgabenbereiche haben nach den Untersuchungen des DIW die umfangreichsten Infrastrukturdefizite zu verzeichnen.** Hingegen sind in die Bereiche, in denen es nach der DIW-Untersuchung Ende des Jahres 1999 Hinweise in Richtung einer „infrastrukturellen Überausstattung“ in den neuen Ländern gab, nur geringe Anteile der Infrastrukturinvestitionen geflossen. So entfielen auf die Bereiche Kultur und soziale Sicherung jeweils nur rd. 4,5 % der Investitionsausgaben für die Infrastruktur.

¹⁹ In Abgrenzung des Funktionenplans des Landes Sachsen-Anhalt für die Landesebene und der Gliederungsübersicht auf Gemeindeebene, für die Gemeinden liegen bislang nur die Angaben für 2007 vor.

Abbildung V.3.2: Anteil der Aufgabenbereiche an den Infrastrukturausgaben in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 im Bereich der Kerninfrastruktur (Landes- und Kommunalebene) in %



Ergänzend zeigt Tabelle V.3.1 die Anteile der einzelnen Bereiche an den Bauausgaben auf Landes- und Kommunalebene. Auch hier zeigt sich, dass ein erheblicher und seit 2006 wieder ansteigender Anteil der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen in den infrastrukturell noch defizitären (Straßen-)Verkehrsbereich geflossen ist. Auch in den Bereich Städtebau sowie in den Bildungsbereich – Schulen und Hochschulen – wird ein weiterhin hoher Anteil der Infrastrukturinvestitionen gelenkt.

Tabelle V.3.1: Anteil der Aufgabenbereiche an den Baumaßnahmen in den Jahren 2004 bis 2008 in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene) in %

	2004	2005	2006	2007	2008
Allgemeine Verwaltung	1,2	1,8	1,3	1,1	1,5
Schulen u. vorschulische Bildung	6,0	9,5	11,4	10,0	7,1
Hochschulen	2,6	3,3	6,1	9,8	9,0
Eigene Sportstätten	3,8	2,3	1,8	2,1	2,6
Städtebau sowie -planung u. ä.	16,9	18,5	18,2	13,8	12,3
Wohnungsbau/-fürsorge	0,2	0,1	0,1	0,1	0,5
Straßen	36,3	33,0	31,1	34,6	34,7
Allgemeines Grundvermögen	3,2	3,4	3,4	2,8	3,3

	2004	2005	2006	2007	2008
Ver- und Entsorgungsbereiche ²⁰	3,5	3,6	4,5	2,7	2,2
übrige Aufgabenbereiche	26,3	24,5	22,1	23,0	27,7

In der Tabelle V.3.2 wird betrachtet, in welchem absoluten Umfang Sachsen-Anhalt in der aktuellen Vergangenheit Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke im Vergleich zu den FFW geleistet hat. Hierzu werden die kumulierten Baumaßnahmen im Zeitraum von **2000 bis 2008** (d.h. seit dem Jahr 1999, das der Analyse des DIW zugrunde lag) in Sachsen-Anhalt mit den entsprechenden Werten in den FFW-Ländern verglichen (jeweils gerechnet in Euro je Einwohner). Zu beachten ist hierbei, dass die Investitionsstrukturen zwischen den Ländern nicht in allen Aufgabenbereichen vergleichbar sind, da hauptsächlich im Bereich der „kommunalen Gemeinschaftsdienste“ Aufgaben auf Zweckverbände und insbesondere öffentliche Unternehmen (teilweise sogar private Unternehmen) verlagert wurden.

Tabelle V.3.2: Kumulierte Bauinvestitionen nach Aufgabenbereichen in den Jahren 2000 bis 2008 in Sachsen-Anhalt und den FFW (Landes- und Kommunalebene)

in Euro je Einwohner

	ST	FFW	ST in % von FFW
Allgemeine Verwaltung	44	44	100,0
Schulen u. vorschulische Bildung	255	335	76,1
Hochschulen	194	84	231,0
Eigene Sportstätten	100	43	232,6
Städtebau sowie -planung u. ä.	455	75	606,7
Wohnungsbau/-fürsorge	12	6	200,0
Straßen	1.032	588	175,5
Allgemeines Grundvermögen	129	39	330,8
Ver- und Entsorgung	111	164	67,9
sonstige Aufgabenbereiche	803	504	159,3
insgesamt	3.133	1.881	166,6

Auch diese Angaben belegen, dass gerade in den Bereichen mit hohen Infrastrukturdefiziten die Investitionsausgaben (Baumaßnahmen) deutlich höher liegen als in den Vergleichsländern:

²⁰ Zusammenfassung von Abwasser- und Abfallbeseitigung, Energie- und Wasserwirtschaft, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.

So verzeichnet der **Straßenbau** in Sachsen-Anhalt im Zeitraum von 2000 bis 2008 die höchsten Investitionen aller Aufgabenbereiche. Es wurden in Sachsen-Anhalt 1.032 Euro je Einwohner investiert, während in den FFW das Volumen bei lediglich rd. 588 Euro je Einwohner lag.

→ + **76 % gegenüber den FFW**

Im **Hochschulbereich** ist ebenfalls ein erhöhtes Investitionsvolumen im Land Sachsen-Anhalt deutlich sichtbar. Während in Sachsen-Anhalt Investitionen in Höhe von rd. 194 Euro je Einwohner getätigt wurden, lag das Investitionsvolumen in den finanzschwachen Westflächenländern bei rd. 84 Euro je Einwohner.

→ + **131 % gegenüber den FFW**

Auch der **Bereich Städtebau/-planung** gehörte nach den DIW-Ergebnissen zu den Bereichen mit markanten Infrastrukturdefiziten. In diesen Bereich sind im Zeitraum von 2000 bis 2008 Bauinvestitionen in Höhe von 455 Euro je Einwohner geflossen, in den FFW waren dies nur rd. 75 Euro je Einwohner.

→ + **507 % gegenüber den FFW**

Insgesamt dokumentieren die vorgelegten Indikatoren, dass Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren deutlich höhere Infrastrukturinvestitionen getätigt hat als die FFW. Außerdem ist zu erkennen, dass diese Mittel schwerpunktmäßig in die Bereiche geflossen sind, bei denen von immer noch deutlichen Infrastrukturlücken auszugehen ist. Dies impliziert weitere Fortschritte beim Aufbau Ost, die unabhängig von der SoBEZ-Verwendungsrechnung allein aufgrund des hohen Investitionsniveaus in allen neuen Ländern erreicht wurden.

VI. Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt

Der Bund unterstützt die neuen Länder nicht nur durch die Gewährung von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, sondern auch durch überproportionale Leistungen in anderen Bereichen, wie z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a und b GG sowie den Finanzhilfen nach Art. 104 b GG. Im Rahmen des Solidarpakt I wurden diese Leistungen weder inhaltlich noch volumenmäßig quantifiziert. Der Solidarpakt II dagegen sieht hierzu explizit den „Korb II“ vor, für den der Bund ein über die SoBEZ hinausgehendes Volumen von weiteren rd. 51 Mrd. Euro – was 50 % der SoBEZ-Zahlungen entspricht – für den Zeitraum von 2005 bis 2019 zugesagt hat. Im Zuge der parlamentarischen Debatte um das Maßstäbengesetz und die Fortführung des Solidarpaktes wurde am 4. Juli 2001 mit großer Mehrheit eine EntschlieÙung des Bundestages²¹ verabschiedet, in der zum Korb II festgehalten wurde:

„Das Finanzvolumen des Korbes II (im Vergleich zu den westdeutschen Ländern überproportionale Leistungen des Bundes u. a. für Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen – ohne IfG –, EU-Strukturfondsmittel, Investitionszulage) beträgt derzeit über 10 Mrd. DM jährlich.“

Zum Inhalt des Korbes II haben Bund und Länder Ende 2006 eine Übereinkunft erzielt²². Danach sind folgende Bestandteile - jeweils in Höhe der überproportionalen Leistungen Ost - auf den Korb II anzurechnen:

- Politikfeld Wirtschaft: Bundesanteil an der Investitionszulage (gewerbliche Wirtschaft), GA Wirtschaft und Agrarstruktur/Küstenschutz, Leistungen für die Investorenwerbungsgesellschaft IIC, Absatzförderung ostdeutscher Produkte;
- Politikfeld Verkehr: Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, Regionalisierungsmittel (investiver Anteil), Finanzhilfen GVFG, EFRE-Bundesprogramm (nationale Kofinanzierung);
- EU-Strukturfonds: EFRE-Länderprogramme, EFRE-Bundesprogramm, EAGFL, FIAF;

²¹ Vgl. BT-Drs. 14/ 6577.

²² Schreiben der Bundeskanzlerin vom 18. Dez. 2006; MPK Ost am 30. Nov. 2006

- Politikfeld Wohnungs- und Städtebau: Bundesanteil an der Investitionszulage (Wohnungsbau), Finanzhilfen Städtebauförderung, Altschuldenhilfe Wohnungsbau, Finanzhilfen soziale Wohnraumförderung;
- Politikfeld Innovation, FuE, Bildung: GA Hochschulbau, Bildungsplanung und Forschungsförderung, Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen, Förderung innovativer Wachstumsträger, Netzwerkmanagement Ost, Unternehmen Region, PRO INNO, High Tech Gründerfonds;
- Politikfeld Beseitigung ökologischer Altlasten, Standortsanierung (investiver Anteil): Zuwendungen an Wismut GmbH, Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft, Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben, Energiewerke Nord;
- Sonstiges: Goldener Plan Ost (Sportstätten), Sportstättenbau Spitzensport.

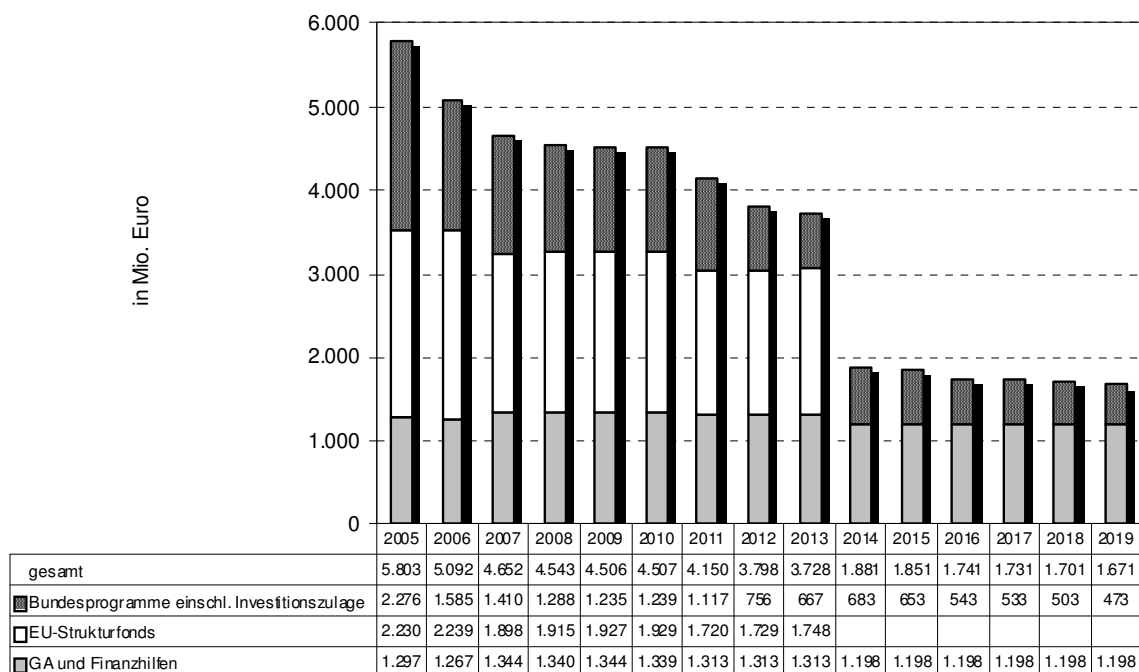
Abbildung VI.1 zeigt die nach der im November 2006 getroffenen Vereinbarung geplante Entwicklung der genannten Bereiche bis zum Jahr 2019²³. Mittel aus den EU-Strukturfonds werden entsprechend der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ab 2014 nicht mehr auf den Korb II angerechnet. Insgesamt ergeben sich über die Gesamtlaufzeit 51,355 Mrd. Euro für den Korb II.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden aus diesen Programmen insgesamt rd. 11 Mrd. Euro und im Jahr 2007 rd. 4,9 Mrd. Euro für die neuen Länder und Berlin bereitgestellt. Dies sind zusammen rd. 15,9 Mrd. Euro bzw. 31 Prozent des zugesagten Gesamtvolumens (Grundlage: Berechnungen der ZDL). Über die Entwicklung im Jahr 2008 wird der Bund in seiner Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten 2008 berichten (November 2009). Im Nachgang wird die ZDL die weiteren Regionalisierungen vornehmen.

²³ Entsprechend der zwischen Bund und Ländern getroffenen Vereinbarung werden die EU-Mittel nur bis einschl. der Förderperiode 2007 - 2013 angerechnet.

Abbildung VI.1:

Struktur und geplante Entwicklung des "Korb II" von 2005 bis 2020 - neue Länder und Berlin



Entsprechend der durch die Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL) vorgenommenen Regionalisierung²⁴ 2005 bis 2007 sind davon auf das Land Sachsen-Anhalt 2,8 Mrd. Euro bzw. 19,5 % entfallen. Diese verteilen sich nach Bereichen wie folgt:

Tabelle VI.1: Anteilige Korb-II-Mittel für Sachsen-Anhalt

in Mio. Euro

	Jahr	NBL gesamt	Sachsen- Anhalt	Anteil ST in %	Anteil ST in % (ohne BE)
Politikfeld Wirt- schaft (einschl. I-Zulage)	Vorjahre	2.433,7	444,1	18,2	19,6
	2007	1.194,6	195,4	16,4	17,7
	gesamt	3.628,3	535,1	17,6	19,0
Politikfeld Verkehr	Vorjahre	1.687,5	317,8	18,8	20,5
	2007	644,9	146,6	22,7	25,4
	gesamt	2.332,4	464,4	19,9	21,8
EU-Strukturfonds (indikative Pla- nung)	Vorjahre	4.468,1	869,4	19,5	19,7
	2007	1.879,6	398,4	21,2	22,2
	gesamt	6.347,7	1.267,8	20,0	20,4

²⁴ Hierbei wurden einige Bereiche entsprechend dem Ort der durchgeführten Maßnahmen, andere aufgrund der Einwohnerzahlen regionalisiert. Insbesondere 2005 weist die ZDL etwas höhere Beträge aus als der Bund in seiner Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten aus dem Jahr 2007, da nach Angaben der ZDL der Bundesberechnung noch teilweise die vorläufige Datenbasis der Vereinbarung vom November 2006 zugrunde lag.

	Jahr	NBL gesamt	Sachsen- Anhalt	Anteil ST in %	Anteil ST in % (ohne BE)
Politikfeld Wohn- ungs- und Städtebau (einschl. I-Zulage)	Vorjahre	1.465,0	280,7	19,5	20,5
	2007	620,9	113,5	18,3	19,6
	gesamt	2.085,9	394,2	18,9	20,2
Politikfeld Innova- tion, FuE, Bildung	Vorjah- re*	831,5	24,4	2,9	6,2
	2007	523,9	23,3	4,4	8,7
	gesamt	1.355,4	47,7	3,5	7,3
Politikfeld Beseit. ökolog. Altlasten, Standortsan.	Vorjahre	68,1	6,6	9,7	9,7
	2007	41,6	2,5	6,0	6,0
	gesamt	109,7	9,1	8,3	8,3
Politikfeld Sonst. (Sport)	Vorjahre	28,6	1,3	4,6	6,1
	2007	10,5	0,6	5,7	7,1
	gesamt	39,1	1,9	4,9	6,4
Korb II insgesamt	Vorjahre	10.982,4	2.001,5	17,7	19,3
	2007	4.915,9	833,4	17,9	20,1
	gesamt	15.898,3	2.834,9	17,8	19,5
Anteil NBL bis 2007 am Gesamtvolumen von 51,355 Mrd. Euro		31,0 %			

* Gegenüber dem Vorjahresbericht erfolgte durch die ZDL eine Korrektur bei der anteiligen Zuordnung des Umweltforschungszentrums Leipzig auf die finanzierenden Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt. Entsprechend sind auch die Vorjahreswerte angepasst worden.

VII. Ausblick

Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt, dass sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Land viel getan hat. Sachsen-Anhalt ist inzwischen ein Land mit hoher Dynamik, auch wenn gegenwärtig die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zu übersehen sind. Infolge der guten Steuereinnahmen der letzten Jahre, aber auch verstärkter Konsolidierungsbemühungen konnte die Landesregierung 2007 erstmals einen Haushalt ohne Neuverschuldung abschließen und dies auch 2008 erreichen. Sie ist sich der Tatsache bewusst, dass die weitere Konsolidierung des Landeshaushaltes insbesondere angesichts der Folgen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise enorme Herausforderungen für die nächsten Jahre bereit hält. Erinnert sei hier auch an die besondere Ausgangslage nach der Wende gerade in Sachsen-Anhalt, die gekennzeichnet war vom Zusammenbruch der Monstrukturen in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und Bergbau und dem damit verbundenen Verlust hunderttausender Industriearbeitsplätze. Diese konnte noch nicht ausreichend kompensiert werden; die Solidarpaktmittel werden in den nächsten Jahren hierbei weiter einen wichtigen Beitrag leisten.

Ein weiterer Faktor ist die Fortsetzung der Konsolidierungsanstrengungen in Land und Kommunen. Hier hat sich die Schere zwischen den Ausgaben in Sachsen-Anhalt und den Vergleichsländern weiter geschlossen. Der Erfolg der Konsolidierung ist aber nicht zuletzt auch abhängig von Entwicklungen, die nur zum Teil vom Land beeinflussbar sind. Hierzu zählen unter anderem die Entwicklung der Steuereinnahmen, der Konjunktur und der Geldpolitik.

Für den Mittelfristzeitraum bis 2013 hat sich die Landesregierung einerseits zum Ziel gesetzt, weiterhin auf hohem Niveau zu investieren – dazu trägt auch das Zukunftsinvestitionsgesetz bei, nach dem Bund, Land und Kommunen vorrangig in die Bildungsinfrastruktur investieren werden. Andererseits ist es erklärtes Ziel, die ab 2010 erneut notwendige Neuverschuldung so schnell wie möglich zu beenden und mit der Tilgung der Landesschulden zu beginnen. Damit wird Sachsen-Anhalt auch seiner Pflicht aus dem im Grundgesetz verankerten Verschuldungsverbot ab 2020 gerecht.

Dies alles soll auch dazu beitragen, den Nachweis der Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen mittel- bis langfristig weiter zu verbessern, was nur bei gleichzeitig hohem Investitionsniveau und einer stabilen Einnahmebasis erreicht werden kann. Eine Erhöhung des derzeitigen Investitionsniveaus, das in Sachsen-Anhalt wie in allen neuen Ländern deutlich über dem der Vergleichsländer West liegt, ist langfristig aufgrund des allmählichen Rückgangs der Einnahmen aus dem Solidarpakt wie auch von der

Europäischen Union weder möglich noch sinnvoll. Wichtig ist ein gezielter Einsatz der verfügbaren Mittel dort, wo die stärkste Wirkung für Wachstum und Zukunft zu erwarten ist. Die Orientierung am haushaltsrechtlichen Investitionsbegriff kann und wird daher nicht alleiniger Maßstab künftigen Handelns sein.

Trotz der gebotenen Konsolidierung soll die Investitionsquote 2009 bis 2013 weiterhin auf einem hohen Niveau liegen (im Durchschnitt rd. 15,7 %). Dies ist zum Teil auch den Ausgaben aus dem Konjunkturpaket II (Zukunftsinvestitionsgesetz) zu verdanken, mit dem die Investitionsquote des Landes bereits 2009 um fast 2 Prozentpunkte erhöht werden soll. Dies zeigt, wie ernst die Landesregierung das Ziel eines weiter hohen Investitionsniveaus nimmt. Aber auch andere Zukunftsausgaben – wie die zum Betrieb der Einrichtungen z. B. für Bildung und Forschung – genießen weiterhin eine hohe Priorität, unabhängig von ihrer haushaltssystematischen Einordnung. Schließlich muss den getätigten Investitionen auch eine sinnvolle Nutzung durch die Mitarbeiter z. B. in Lehre und Forschung folgen. In diesem Sinne stellen auch die Personalausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Polizei und Justiz Ausgaben der Zukunftsvorsorge dar.

Die Umsetzung der Gebiets- und Funktionalreform für die Gemeinden und Landkreise, die Umstellung derzeit überproportionaler EU-Fördermittel auf revolvingende Fonds zur Sicherung einer langfristigen Förderung und die konsequente Anpassung einwohnerabhängiger Ausgaben an die zurückgehende Bevölkerungszahl sowie die Fortsetzung der Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode werden weitere Beiträge zum Gelingen der Haushaltskonsolidierung leisten.

Die Landesregierung ist zuversichtlich, dass mit den Fortschritten der weiteren Konsolidierung auch die in Sachsen-Anhalt wie in allen neuen Ländern tatsächlich zu verzeichnenden Fortschritte beim Aufbau Ost stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden. Dies wird zu einem entscheidenden Teil den Solidarpaktmitteln zu verdanken sein, die auch in den nächsten Jahren – trotz oder gerade wegen ihres jährlichen Rückgangs – verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert eingesetzt werden. Damit soll Sachsen-Anhalt in die Lage versetzt werden, in den Jahren der finanzpolitischen Normalität ab 2020 ein handlungs- und leistungsfähiges Land zu sein.